



Stadtratssitzung
Donnerstag, 23. Juni 2005, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 13 vom 12. Mai 2005)	
2. Gesamterneuerungswahlen in die Schulkommissionen der Volksschulen der Stadt Bern für die Amtsdauer 1. August 2005-31. Juli 2009 (BSS: Olibet)	05.000015
3. Verschobene Geschäfte der Sitzung vom 16. Juni 2005 (ev. SUE: Hayoz)	
4. Jahresbericht 2004	04.000068
5. Bericht über die Verwaltungskontrollarbeit der Budget- und Aufsichtskommission im Jahr 2004	04.000068
6. Tätigkeitsbericht 2004 der Ombudsstelle an den Stadtrat (BAK)	04.000352
7. Dringliche Interpellation SVP/JSVP (Margrit Thomet, SVP): Schleppende Verhandlungstaktik der Stadt Bern! Wirtschaftsfreundliches Handeln ist für den Berner Gemeinderat ein Fremdwort! (Gemeinderat)	05.000159

Inhaltsverzeichnis	Seite
Protokoll Nr. 19	995
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	996
Traktandenliste	997
1 Protokollgenehmigung.....	997
2 Gesamterneuerungswahlen in die Schulkommissionen der Volksschulen der Stadt Bern für die Amtsdauer 1. August 2005–31. Juli 2009	997
7 Dringliche Interpellation SVP/JSVP (Margrit Thomet, SVP): Schleppende Verhandlungstaktik der Stadt Bern! Wirtschaftsfreundliches Handeln ist für den Gemeinderat ein Fremdwort!	1004
4 Jahresbericht 2004	1011
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.20 Uhr	1024
Dringlicherklärungen	1025
4 Fortsetzung: Jahresbericht 2004	1025
5 Bericht über die Verwaltungskontrollarbeit der Budget- und Aufsichtskommission im Jahr 2004	1035
6 Tätigkeitsbericht 2004 der Ombudsstelle an den Stadtrat (BAK)	1036
Eingänge	1041

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzender

Präsident Philippe Müller

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
 Michael Aebersold
 Raymond Anliker
 Carolina Aragón
 Gabriela Bader-Rohner
 Thomas Balmer
 Giovanna Battagliero
 Christof Berger
 Peter Bernasconi
 Dieter Beyeler
 Margrith Beyeler-Graf
 Markus Blatter
 Sibylle Burger-Bono
 Anna Coninx
 Conradin Conzetti
 Dolores Dana
 Myriam Duc
 Martina Dvoracek
 Andreas Flückiger
 Urs Frieden
 Verena Furrer-Lehmann
 Jacqueline Gafner Wasem
 Karin Gasser

Simon Glauser
 Thomas Göttin
 Beat Gubser
 Ueli Haudenschild
 Beni Hirt
 Stephan Hügli-Schaad
 Natalie Imboden
 Mario Imhof
 Ueli Jaisli
 Daniele Jenni
 Stefan Jordi
 Sarah Kämpf
 Daniel Kast
 Rudolf Keller
 Andreas Krummen
 Peter Künzler
 Claudia Kuster
 Daniel Lerch
 Liselotte Lüscher
 Corinne Mathieu
 Erik Mozsa
 Christoph Müller
 Reto Nause

Lydia Riesen-Welz
 Simon Röthlisberger
 Erich Ryter
 Hasim Sancar
 Franziska Schnyder
 Rolf Schuler
 Miriam Schwarz
 Ernst Stauffer
 Barbara Streit-Stettler
 Ueli Stückelberger
 Béatrice Stucki
 Margrit Thomet
 Martin Trachsel
 Gisela Vollmer
 Christian Wasserfallen
 Catherine Weber
 Anne Wegmüller
 Thomas Weil
 Maya Widmer
 Beat Zobrist
 Andreas Zysset

Entschuldigt

Rania Bahnan Buechi
 Peter Bühler
 Karin Feuz-Ramseyer
 Rudolf Friedli

Erich J. Hess
 Annette Lehmann
 Anna Magdalena Linder
 Patrizia Mordini

Nadia Omar
 Heinz Rub
 Beat Schori
 Sandra Wyss

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
 Barbara Hayoz SUE

Edith Olibet BSS
 Regula Rytz TVS

Kurt Wasserfallen FPI

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Jürg Stampfli

Stadtkanzlei

Irène Maeder Marsili

Traktandenliste

Traktandum 7 wird vorgeschoben und nach dem Traktandum 2 besprochen.

1 Protokollgenehmigung

Das Protokoll Nr. 13 vom 12. Mai 2005 wird stillschweigend genehmigt.

2 Gesamterneuerungswahlen in die Schulkommissionen der Volksschulen der Stadt Bern für die Amtsdauer 1. August 2005–31. Juli 2009

Geschäftsnummer 05.000015 / 05/091

Raymond Anliker (SP): Der Liste nach, sind an die 250 Sitze in den städtischen Schulkommissionen zu besetzen und es ist klar, dass der Dank von meiner Fraktion her vorerst denjenigen gilt, die bisher diese Ämter besetzt haben oder sich dazu bereit erklärt haben, sich in diesen Kommissionen erneut zu engagieren. Dass dies heute keine Selbstverständlichkeit ist, kann man als Gemeinplatz betrachten, ich selber habe aber meine sechs Jahre an der Volksschulkommission Länggasse anfangs der neunziger Jahre, als sehr interessant und äusserst lehrreich erfahren dürfen. Ich habe einen Einblick gewinnen können in das Innenleben einer Volksschule und in das Funktionieren einer Aufsichtskommission.

Wenn ich hier kurz das Wort für meine Fraktion ergreife, dann nicht nur um zu danken und den neuen Kommissionsmitgliedern Erfolg und Befriedigung zu wünschen. Angesichts der uns vorliegenden Liste, ist es notwendig, dass man auf ein paar Phänomene und pendente politische Forderungen hinweist:

Gemäss der Aufstellung können heute 48 der 250 Sitze noch nicht besetzt werden; ein paar davon möglicherweise nie. So bleiben circa 20% der Sitze vakant. Ein Vergleich zeigt, dass alle Parteien, ob links oder rechts, Vakanzen aufzeigen. Wir haben ein Problem mit der Rekrutierung von Leuten. Für mich zeigt dies einiges. Unter Anderem stellt sich die Frage, ob das Schulkommissionssystem in seiner heutigen Gestalt überhaupt noch zeitgemäss ist. Die Kommissionen sind gross, allenfalls zu gross, leiden unter einer gewissen Schwerfälligkeit und gelegentlich auch unter der Unklarheit ihrer Funktion. Ich beobachte immer wieder, dass sehr oft Schulkommissionsmitglieder im Schulalltag zutiefst operativ tätig sind und dann auch in Konflikte mit ihrer eigentlichen Aufsichtsfunktion geraten können.

Es liegt in unserer Hand, anlässlich der Revision des Schulreglements, die Funktion der Schulkommissionen den kantonalen Vorgaben anzupassen und wir müssen uns genau überlegen, ob wir nicht zu einer markanten Verbesserung der Situation beitragen können, wenn wir die Schulkommissionen verkleinern und wir ihnen klar festgelegte strategische Aufgaben zuweisen. Verbunden auch mit den notwendigen Ressourcen. Die Tatsache, dass wir heute 20% der Sitze nicht besetzen können, ist für mich Grund genug, die Situation der Schulkommissionen voll umfänglich zu durchleuchten.

Wie erklärt sich nun der Fakt, dass zehn Sitze der Elternvertretungen in den Kommissionen nicht besetzt werden können? Dies ist unabhängig von den Parteien. Hat es bei den Elternräten Terminprobleme oder ein Informationsdefizit gegeben, wäre eine Frage, die sich stellt. Oder können diese erst im neuen Schuljahr, wenn die Vertretungen im Elternrat bestimmt sind, ihre Leute in die Schulkommissionen delegieren?

Diese Vakanzen erstaunen uns und wir denken es ist wichtig, dass die Elternräte vertreten sind und über einen direkten Informations- und Einflusskanal verfügen. Deswegen bitten wir das Schulamt, diese Elternräte dazu aufzumuntern, diese vakanten Stellen möglichst schnell zu besetzen.

Schliesslich vermissen wir auf dieser Liste einmal mehr die Leute, die hier Steuern zahlen, die in den Quartieren mit uns leben und wohnen, die ihre Kinder mit den unseren in die Schule schicken und die sich auch Gedanken über unser Bildungssystem machen, aber keine Möglichkeit zur Einflussnahme haben. Ich spreche von den Mitbürgerinnen und Mitbürgern ausländischer Herkunft. Wie bekannt, liegt es nach wie vor nicht in unserer Hand, diesen beschämenden Zustand endlich zu beheben und leider ist die bürgerliche Mehrheit in diesem Kanton nicht bereit, die Integration in diesem Sinne zu fördern.

Die SP/JUSO-Fraktion wählt alle vorgeschlagenen Kommissionsmitglieder.

Die Wahl erfolgt einstimmig:

Schulkommission Altstadt/Schosshalde

Albisetti Giorgio, 1980, Student, Alpenstrasse 21, 3006, JF (seit 27.3.2003)
Amonn Anton Alfred, 1963, Dr. iur., Bitziusstrasse 53, 3006, FDP (seit 22.1.2004)
Bähler Lüthi Anna, 1959, Lehrerin/Historikerin, Nussbaumstrasse 30, 3006, SP (seit 1.8.2001)
Bertschi André, 1964, Landschaftsgärtner, Langmauerweg 17, 3011, EVP, (seit 17.6.2004)
Gerber Mirjami, 1945, Übersetzerin, Jupiterstrasse 57/1352, 3015, FDP, (seit 21.10.1999)
Schenk Robert, 1960, Dipl. Bauleiter/Informatiker, Nussbaumstrasse 56, 3006, SVP (seit 13.1.2000)
Schmid Barbara, 1957, Physiotherapeutin, Haspelweg 34, 3006, SP (seit 21.10.1999)
Sommer Andreas, 1951, Schulberater, Bolligenstrasse 14b, 3006, SP (seit 15.8.2002)
Josi Bieri Joseph, 1968, Jugendarbeiter, Nussbaumstrasse 30, 3006, Eltern (neu)
Minder Heidi, 1961, lic.phil. Sozialarbeiterin, Chavezstrasse 27, 3006, Eltern (seit 20.1.2005)
Vakant, GFL

Schulkommission Bethlehem

Baumgardt Charles, 1961, Disponent, Untermattweg 66, 3018, SD (neu)
Bütikofer Hans Rudolf, 1943, Beamter SBB, Riedernrain 319, 3027, GFL (seit 15.8.1996)
Christen Alice, 1946, Anwältin, Kasparstrasse 15/61, 3027, SP (seit 16.3.2000)
Cuttat Marcel, 1965, Redaktor, Messerliweg 9a, 3027, SP (neu)
Dubach Marianne, 1966, kaufm. Angestellte, Kornweg 63, 3027, FDP (seit 25.3.2004)
Imhof-Fund Monika, 1958, Gastronomin, Kornweg 43, 3027, SP (seit 1.8.2001)
Krieg Andreas, 1957, IV-Rentner in Umschulung, Gäbelbachstrasse 43, 3027, SP (seit 1.8.2001)
Portmann Astrid, 1955, Operationsschwester, Kornweg 66, 3027, CVP (seit 1.2.1999)
Villars Chantal, 1974, Drogistin/Hausfrau/Mutter, Kornweg 59, 3027, SVP (seit 4.9.2003)
Völgyi Katharina, 1945, Hausfrau, Riedernrain 304, 3027, FDP (seit 1.2.1994)
Weber Thomas, 1956, Dr.med., Messerliweg 26, 3027, EVP (seit 26.10.1995)
Vakant, GB, PdA, SP, Eltern, Eltern

Schulkommission Breitfeld/Wankdorf

Ackle Ulrich, 1954, Immobilientreuhändler, Parkstrasse 42, 3014, FDP (seit 20.2.1997)
Fehlmann Patrick, 1974, kaufm. Angestellter, Melchtalstrasse 8, 3014, SP (seit 1.10.2004)
Gehring Mark, 1974, Lehrer, Bottigenstrasse 71, 3018, SP (seit 14.9.2000) *
Grieder Estelle, 1942, Lehrerin, Wyttenbachstrasse 35, 3013, FDP (seit 1.8.2001)
Kleiner Bettina, 1957, Supervisorin, Birkenweg 29, 3014, SP (seit 1.8.1997)
Marty Isabel, 1964, Psychologin, Haldenstrasse 52, 3014, GB (seit 15.8.2002)
Meier Walter Susanne, 1966, Fürsprecherin, Haldenstrasse 91, 3014, SP (seit 5.3.1998)
Schlapbach Ralph, 1962, Sachbearbeiter, Waldmannstrasse 75/B18, 3027, SVP (neu) *

Schneider Rogger Ruth, 1946, Familientherapeutin, Breitfeldstrasse 19, 3014, SP (seit 1.8.2001)

Zahler Anita, 1967, Tagesmutter, Breitenrainstrasse 65, 3013, SD (seit 23.10.2003)

Richener Matthias, 1961, Gewerkschaftsfunktionär, Winkelriedstrasse 23, 3014, Eltern (seit 22.1.2004)

Valentin Iris, 1966, lic. Phil. Psychologin FSP, Elisabethstrasse 46, 3014, Eltern (seit 6.5.2004)

Vakant, FDP, GFL, GFL, SD, SVP

Schulkommission Brunnmatt

Berger Sabine, 1940, Musikerin, Schreinerweg 23, 3012, SP (seit 14.11.2002) *

Beuchat Henri-Charles, 1968, Kaufmann, Seftigenstrasse 10, 3007, CVP (neu)

Bill Lea, 1984, Studentin, Mühlemattstrasse 66, 3007, JA! (neu)

Horisberger Jecklin Anita, 1964, wissenschaftliche Mitarbeiterin/Fürsprecherin, Schlösslistrasse 11, 3008, FDP (neu)

Jakob Roland, 1966, Malermeister, Federweg 20, 3007, SVP (seit 23.1.2003)

Mischler Priska, 1965, Verkäuferin, Burckhardstrasse 16, 3008, GB (seit 15.8.2002)

Mitrovic Jelena, 1956, Lehrerin, Monbijoustrasse 108, 3007, SP (seit 1.8.2001)

Profe-Bracht Isabel, 1972, Studentin, Hopfenweg 28, 3007, SP (seit 1.8.2001)

Rüegsegger Kurt, 1953, Malermeister, Optingenstrasse 31, 3013, SVP (seit 17.6.2004) *

Salvisberg Roland, 1962, Jurist, Krippenstrasse 22, 3008, GB (seit 20.1.2005)

Von Werdt Christophe, 1969, Historiker, Holligenstrasse 44, 3008, FDP (seit 1.8.2001)

Neuenschwander Christoph, 1961, Übersetzer/Lehrer, Mutachstrasse 23, 3008, Eltern (seit 1.8.2001)

Zurbrügg Jolanda, 1974, kaufm. Angestellte, Lorystrasse 8, 3008, Eltern (seit 1.3.2005)

Schulkommission Bümpliz/Höhe

Bardakci Erika, 1969, Werbeassistentin/Grafikerin, Statthalterstrasse 47, 3018, SP (seit 24.1.2002)

Billaud Boris, 1968, Künstler, Benteliweg 1, 3018, SP (seit 17.6.2004)

Hiltbrunner Sandra, 1966, Hausfrau, Frankenstrasse 38, 3018, EVP (seit 1.8.2001)

Hostettler-Schmutz Rosmarie, 1961, Hausfrau/Bäuerin, Matzenriedstrasse 112, 3019, SVP (seit 1.8.2001)

Kaufmann Eveline, 1963, Familienfrau, Burgunderstrasse 108, 3018, SVP (seit 15.8.2002)

Kirac Olcay, 1969, Primarlehrerin, Scheibenstrasse 53, 3014, GB (neu) *

Kunteler Urs, 1965, Chauffeur, Freiburgstrasse 452, 3018, GFL (neu)

Sommer Barbara, 1971, Primarlehrerin/Studentin, Freiburgstrasse 147, 3018, SP (seit 22.1.2004)

Meier Christian, 1959, kaufm. Angestellter, Morgenstrasse 68, 3018, Eltern (seit 8.5.2003)

Rupp-Senften Christine, 1963, Hebamme, Bernstrasse 59, 3018, Eltern (neu)

Vakant, FDP, FDP, PdA, SP, SP

Schulkommission Kirchenfeld

Felix Rolf, 1939, Biochemiker, Junkerngasse 20, 3011, SP (neu)

Hess Sonja, 1955, Geschäftsfrau, Buristrasse 49, 3006, SVP (neu)

Mühlheim Barbara, 1959, Betriebsleiterin KODA, Gutenbergstrasse 42, 3011, GFL (seit 22.1.2004)

Neuhaus Manfred, 1973, dipl. Sozialarbeiter/lic.phil., Aegertenstrasse 54, 3005, SP (seit 1.8.2002)

Schorer Karin, 1959, Sekretärin, Thormannstrasse 54, 3005, FDP (seit 1.8.1997)

Zehnder Christoph, 1963, Kunsthistoriker, Aegertenstrasse 77, 3005, FDP (seit 1.1.2003)

Sitter Roland, 1964, Personalfachmann, Mottastrasse 12, 3005, Eltern (seit 17.6.2004)

Vakant, GB, Eltern

Schulkommission Kleefeld

Alleva Vania, 1969, Migrationsbeauftragte UNIA, Hallerstrasse 53, 3012, GB (neu) *
Beyeler Dieter, 1948, Techn. Industriebereiter, Wangenstrasse 52, 3018, SD (seit 14.1.1999)
Blaser Manfred, 1943, Unternehmer, Wangenstrasse 58, 3018, SVP (seit 1.8.2001)
Jaisli Ulrich, 1956, Unternehmer, Bottigenstrasse 85, 3018, SVP (seit 1.8.2001)
Krebs Martin, 1966, Fürsprecher, Erlachstrasse 16A, 3012, JA! (seit 15.1.1998) *
Mena-Leuthy Theres, 1961, Sozialarbeiterin, Rehhagstrasse 33, 3018, SP (seit 21.10.2004)
Pedersen Jeanette, 1966, Krankenschwester, Brännackerstrasse 37, 3018, SP (seit 1.8.2001)
Sahli Christine, 1946, Hortleiterin, Mädergutstrasse 41, 3018, SP (seit 1.2.1994)
Vakant, CVP, FDP, GFL, Eltern, Eltern

Schulkommission für die Kleinklassen und den Spezialunterricht

Breitenstein Barbara, 1960, Berufsschulleiterin, Klösterlistutz 20, 3013, SP (seit 2.9.2004)
Gadola-Wolf Christine, 1954, Sozialarbeiterin, Nussbaumstrasse 40, 3006, SP (seit 21.10.1999)
Göldlin Monique, 1956, Berufsschulleiterin, Klaraweg 33, 3006, FDP (seit 20.1.2005)
Gusset-Töndury Tonia, 1970, Heilpädagogin, Pappelweg 45, 3013, PdA (neu)
Lengacher Mathilde, 1943, Hausfrau, Schönburgstrasse 19, 3013, SVP (seit 30.5.1996)
Marretta Livio Leandro, 1974, Uhrmacher/Realschullehrer, Gutenbergstrasse 36, 3011, SP(neu)
Pürro Stefanie, 1970, Erwachsenenbildnerin, Talweg 3, 3014, GB (seit 24.2.2005)
Rentsch-Hirsbrunner Katharina, 1948, Sekretärin/Geschäftsführerin, Schulweg 15, 3013, SVP (seit 14.9.2000)
Sariaslan Emine, 1964, Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin, Standstrasse 42, 3014, GB (neu)
Scheurer Christoph, 1959, Lehrer, Gotthelfstrasse 16, 3013, EVP (seit 18.3.1999)
Wegenast-Rohrer Bettina, 1963, Autorin, Obstbergweg 8, 3006, GFL (seit 23.10.2003)
Zaugg Martin Roland, 1973, Fürsprecher/Gerichtsschreiber, Schenkstrasse 7, 3008, SP (seit 13.6.2002)
Zbinden Beatrice, 1962, Kulturmanagerin MAS Uni BS, Dappelsweg 2, 3007, GFL (neu)
Vakant, GFL, JA

Schulkommission Länggasse

Bloch Ursula, 1958, Berufsschullehrerin, Berchtoldstrasse 50, 3012, JA! (seit 8.5.2003)
Bucher Anliker Catharina, 1960, Krankenschwester, Engeriedweg 14, 3012, SP (seit 1.8.2001)
Falkner Anastasia, 1968, Fürsprecherin, Fischerweg 21, 3012, FDP (seit 1.8.2000)
Galizia Michele, 1956, Ethnologe, Engeriedweg 11, 3012, GB (seit 4.9.2003)
Granegger Hiltbrunner Gabriele, 1960, Lehrerin, Berchtoldstrasse 5, 3012, SP (seit 1.8.2001)
Kaltenrieder Erika, 1949, lic.iur., Unterer Aareggweg 17, 3004, SVP (seit 1.8.2001)
Moser Maria, 1963, Übersetzerin, Muesmattstrasse 20, 3012, GPB (seit 1.8.2001)
Münzel Guido, 1960, lic.phil., Finkenhübelweg 6, 3012, SP (seit 2.9.2004)
Nydegger Markus, 1959, Personalchef, Lerchenweg 27, 3012, FDP (seit 1.8.1997)
Stampfli Christiane, 1953, Mathematikerin, Gesellschaftsstrasse 15, 3012, EVP (seit 21.10.1999)
Zellweger Samuel, 1955, Betriebsökonom, Ahornweg 1A, 3012, SP (seit 1.8.1997)
Zemp Badura Andreas, 1961, Psychologe, Wyderrain 1, 3012, SP (seit 25.10.2001)
Bütler Liesch Daniela, 1964, Psychologin, Seidenweg 24, 3012, Eltern (seit 2.9.2004)
Reichardt Paul, 1954, Dipl.Ing.ETH, Tannenweg 12A, 3012, Eltern (seit 2.9.2004)
Vakant, GFL, GFL, GPB, JF

Schulkommission Laubegg

Bonny Jean-Claude, 1950, Projektleiter, Bürglenstrasse 56, 3006, GFL (neu)
Gerber Urs, 1957, Liegenschaftsbetreuer, Bürglenstrasse 27, 3006, FDP (seit 14.9.2000)

Giger Marcus, 1957, Ing. Agronom ETH, Böcklinstrasse 8, 3006, SP (seit 4.9.2003)
Hufschmid Peter, 1949, stv. Direktor, Tavelweg 25, 3006, FDP (seit 1.8.2001)
Isenschmid Esther, 1962, Hebamme/Familienfrau, Schosshaldenstrasse 16, 3006, EVP (seit 1.8.2004)
Lehmann-Schoop Annemarie, 1961, Fürsprecherin, Robinsonweg 41, 3006, FDP (seit 4.9.2003)
Mollet Witzig Georgette, 1960, Krankenschwester, Brügglerweg 22, 3006, SP (neu)
Rupp Linda, 1983, Studentin, Jubiläumsstrasse 65, 3005, JF (neu)
Stübi Roland, 1949, Sozialarbeiter, Bolligenstrasse 14B, 3006, SP (seit 1.2.1994)
Tschirren Gisella, 1955, Apothekerin, Rosenbergstrasse 44, 3006, SVP (seit 12.9.1996)
Berger Beat, 1949, Ressortleiter, Bürglenstrasse 64, 3006, Eltern (neu)
Grogg Katharina, 1965, Apothekerin, Weltstrasse 60, 3006, Eltern (seit 15.8.2002)
Vakant, GPB

Schulkommission Lorraine

Gass Thomas, 1968, Ethnologe, Dammweg 43, 3013, GB (neu)
Kramer Thomas, 1960, Berufs- und Laufbahnberater, Optingenstrasse 37, 3013, SP (seit 24.1.2002)
Loeffel Martin, 1953, Bauführer, Haldenstrasse 143, 3014, SVP (seit 26.8.1999)
Lotz Constance, 1949, Lektorin, Optingenstrasse 33, 3013, SP (seit 1.2.2000)
Müller-Stoll Peter Alex, 1969, Fürsprecher/Kammerschreiber, Wyttenbachstrasse 30, 3013, SVP (seit 1.8.2001)
Espinoza Franziska, 1963, IT Managerin, Wyttenbachstrasse 20, 3013, Eltern (seit 17.6.2004)
Strässler Heinz, 1964, Schreiner, Lagerweg 9, 3013, Eltern (seit 2.9.2004)
Vakant, GFL, GPB

Schulkommission Manuel

Eicher Bernhard, 1983, Student, Jupiterstrasse 5/522, 3015, JF (seit 27.3.2003)
Fuhrer Robert, 1952, Gymnasiallehrer, Hiltystrasse 28, 3006, GFL (seit 25.10.2001)
Ganz Sibylle, 1957, Lehrerin, Stürlerstrasse 14, 3006, SP (seit 1.8.2001)
Graber Patrick, 1964, Finanzchef, Hiltystrasse 24, 3006, FDP (seit 15.8.2002)
Hubacher Lorenz, 1964, Marketingplaner, Efenauweg 1, 3006, SP (seit 22.1.2004)
Jaouhari Tissafi Maya, 1965, Sozialarbeiterin/Gesundheitswissenschaftlerin, Efenauweg 75, 3006, GB (seit 19.6.2003)
Lehmann Rosemarie, 1943, Hausfrau, Murifeldweg 68, 3006, GFL (neu)
Müller Iseli Anna, 1956, Erwachsenenbildnerin, Zeerlederstrasse 26, 3006, SP (seit 1.8.1997)
Pfister Beatrice, 1951, Juristin/Familienfrau, Muristrasse 168, 3006, SP (seit 1.8.2001)
Provini Nicole, 1970, Kindergärtnerin/Lehrerin, Dunantstrasse 22, 3006, FDP (neu)
Röthlisberger Willy, 1935, alt.stv. Generalsekretär Finanzdepartement, Erlenweg 7, 3006, SVP (seit 17.6.2004)
Schifferli Simone, 1975, Lehrerin, Jubiläumsstrasse 53, 3005, CVP (seit 17.6.2004)
Sterchi Esther, 1962, Lehrerin/Erwachsenenbildnerin, Zeerlederstrasse 25, 3006, FDP (neu)
Wenger Andreas, 1948, Bundesangestellter, Jupiterstrasse 25/211, 3015, SD (neu)
Lips Marc, 1963, dipl. Kaufmann HKG, Hofmeisterstrasse 7, 3006, Eltern (seit 14.11.2002)
Vakant, GFL, Eltern

Schulkommission Munzinger/Sulgenbach

Abegg-Kuhn Ursula, 1966, Fürsprecherin, Holligenstrasse 89, 3008, FDP (seit 16.3.2000)
Beuchat-Ackermann Rita, 1973, Katechetin, Seftigenstrasse 10, 3007, CVP (seit 1.2.1994)
Dillier-Ritzler Maya, 1964, Familienfrau, Nigglerstrasse 16, 3007, EVP (seit 15.8.2002)
Fuhrer Georg, 1947, Ing. HTL, Bürenstrasse 23, 3007, FDP (seit 17.8.1995)
Josi Christian, 1973, Fürsprecher, Sahlstrasse 3, 3012, SVP (neu) *
Keller Hans, 1954, Jurist, Brunnmattstrasse 70, 3007, SP (seit 1.1.2000)

Lutz Daniela, 1959, Ärztin, Werdtweg 4, 3007, GFL (seit 25.10.2001)
Marti Heinz, 1951, Fürsprecher/Notar, Kirchbergerstrasse 28, 3008, SP (seit 15.8.2002)
Möri-Wirsch Hanni, 1960, Sachbearbeiterin, Kirchbühlweg 23, 3007, SP (seit 2.9.2004)
Müller Bühler Brigitte, 1959, Übersetzerin/Verwaltungsangestellte, Sulgenheimweg 9, 3007, GB (seit 14.9.2000)
Possehl-Frauchiger Maya, 1966, Psychiatrieschwester, Kirchbergstrasse 2, 3008, GB (seit 17.6.2004)
Remund Marcel, 1975, Buchhalter, Könizstrasse 4, 3008, FDP (seit 1.8.2001)
Soppelsa Pio, 1965, Werklehrer, Könizstrasse 39, 3008, EDU (neu)
Zihler Florian, 1975, Dr. iur./Jurist, Rosenweg 3, 3007, GFL (neu)
Zutter Baumer Barbara, 1964, lic. phil. Lehrbeauftragte HfF, Mayweg 15, 3007, SP (seit 4.9.2003)
Fehr Hornung Katharina, 1947, Sozialarbeiterin, Sonneggring 3, 3008, Eltern (seit 25.10.2001)
Vakant, Eltern

Schulkommission Oberbottigen

Bräker-Kobel Marianne, 1958, Krankenschwester/Hausfrau, Niederbottigenweg 98, 3018, SVP (seit 2.7.1998)
Dürrenmatt Fritz, 1944, Hauswart, Weiermattstrasse 26, 3027, ARP (seit 27.4.2000)
Lehmann Daniel, 1963, Landwirt/Jurist, Niederriedweg 41, 3019, SVP (seit 17.8.2000)
Nydegger Isabelle, 1960, Betagtenbetreuerin, Oberbottigenweg 68, 3019, SP (seit 18.1.2001)
Schmid Theodor, 1966, Käsermeister, Wangenstrasse 43C, 3018, GB (seit 24.01.2002)
Schüpbach Wilhelm, 1943, Garagist, Bernstrasse 4, 3018, SD (seit 1.8.1997)
Wanzenried Veronika, 1965, kaufm. Angestellte, Niederriedweg 35, 3019, FDP (seit 1.8.2001)
Marti Barbara, 1968, Hausfrau, Bottigenstrasse 123, 3018, Eltern (seit 21.10.2004)
Vakant, ARP, GB, Eltern

Schulkommission Rossfeld

Alvarez Cipriano, 1959, Fürsprecher, Hochfeldstrasse 117, 3012, SP (seit 23.4.1998)
Amrein-Zürcher Verena, 1967, Ärztin, Rossfeldstrasse 22, 3004, GFL (seit 2.7.1998)
Dreier Borleis Gabriela, 1963, Lehrerin für Menschen mit geistiger Behinderung, Reichenbachstrasse 146, 3004, GB (seit 22.1.2004)
Grunder Christina, 1981, Sachbearbeiterin, Hallerstrasse 34, 3012, FDP (neu)
Jungi Lorenz, 1966, Primarlehrer, Rossfeldstrasse 27, 3004, SP (seit 25.10.2001)
Kaiser Susanna, 1971, Fürsprecherin, Länggassstrasse 59, 3012, FDP (neu)
Grogg Rebekka, 1962, Pfarrerin, Granatweg 10, 3004, Eltern (seit 22.1.2004)
Stucki Daniel, 1963, Betriebswirtschafts-Ing. HTL/NDS, unterer Aareggweg 1, 3004, Eltern (seit 24.1.2002) Vakant, SVP

Schulkommission Schwabgut

Christen Bernhard, 1965, Mechaniker/Arbeitsagoge, Buchdruckerweg 8, 3018, GFL (neu)
Dler Kamil, 1961, Dolmetscher, Werkgasse 21, 3018, FDP (seit 25.3.2004)
Gerber Daniel, 1968, Betriebswirtschaftler, Ahornweg 7, 3012, SP (seit 13.6.2002) *
Graf Petra, 1972, wissenschaftliche Mitarbeiterin BFF, Freiburgstrasse 511e, 3018, SP (seit 22.1.2004)
Hofer Philipp, 1974, Verkäufer, Brünnenstrasse 37, 3018, ARP (seit 22.01.2004)
Huber-Ryf Käthi, 1941, Katechetin, Bürenstrasse 7, 3007, CVP (seit 1.8.1997) *
Jost Dannie, 1957, Dr. Physikerin, Junkerngasse 55, PF 422, 3000, FDP (neu) *
Klein Horst, 1940, Dipl.-Ing. FH, Normannenstrasse 21, 3018, SP (seit 17.6.2004)
Merdanli Michael, 1948, Maschinenmechaniker, Mühledorfstrasse 1/51, 3018, SP (seit 1.6.1995)
Schmied Nicolas, 1960, Beamter, Bethlehemstrasse 57D, 3018, SVP (seit 22.9.1994)

Schneider Doris, 1956, Fürsprecherin, Stöckackerstrasse 81, 3018, SVP (seit 8.5.2003)
Gysler Beat, 1964, Maschinenzeichner, Looslistrasse 21A, 3027, Eltern (seit 22.1.2004)
Merz Rosanna, 1964, Verkäuferin, Bienenstrasse 2, 3018, Eltern (seit 7.12.2000)
Vakant, ARP

Schulkommission Spitalacker

Eggimann Silvia, 1945, Hausfrau/Lehrerin, Moserstrasse 34, 3014, CVP (seit 1.2.1994)
Greull Andreas, 1975, Pflegefachmann, Pappelweg 25, 3013, JA! (neu)
Güdel Doris, 1973, Architektin ETH, Spitalackerstrasse 37, 3013, GFL (seit 2.9.2004)
Hofmann Ganz Antoinette, 1958, Fürsprecherin, Schützenweg 37, 3014, SP (seit 21.10.1999)
Korell Michaela, 1956, Therapeutin, Wylersstrasse 15, 3014, GFL (seit 15.8.2002)
Naef-Hochstrasser Irene, 1952, Lehrerin, Sonnenberggrain 35, 3013, FDP (seit 7.12.2000)
Reding Ursula, 1959, Hausfrau, Schönburgstrasse 19, 3013, SVP (seit 1.8.2001)
Richener Manuela, 1963, Familienfrau, Winkelriedstrasse 23, 3014, GB (seit 1.8.2001)
Rothen Jeannine, 1959, Anästhesieschwester, Rabbentalstrasse 65, 3013, SP (neu)
Steiner Martin, 1960, dipl. Arch. ETH, Oranienburgstrasse 7, 3013, FDP (seit 1.8.2001)
Vakant, SP, Eltern, Eltern

Schulkommission Stapfenacker/Brünnen

Blaser Adrian, 1955, Lehrer/Prorektor, Heimstrasse 28, 3018, SP (seit 14.9.2000)
Guzzi-Heeb Sandro, 1960, Historiker, Cedernstrasse 31, 3018, SP (seit 4.9.2003)
Kaltenrieder Johanna, 1964, Sekretärin/Familienfrau, Waldmeisterstrasse 76, 3018, EVP (neu)
Kutay Jale, 1976, Wirtschaftsinformatikerin IBS, Normannenstrasse 23, 3018, FDP (seit 18.1.2001)
Marthaler Andreas, 1958, Informatik-Ing.HTL, Veilchenweg 3, 3018, SVP (seit 1.8.2001)
Oppliger Ernst, 1943, Soziologe/Regionalsekretär Pro Juventute, Brünnenstrasse 98, 3018, SP (seit 7.12.2000)
Rageth Christian, 1959, Jurist Arbeitsgericht/Mietamt, Winterfeldweg 79, 3018, SP (seit 4.9.2003)
Rothenbühler-Gogolin Heike, 1961, Familienfrau, Zypressenstrasse 2, 3018, GFL (seit 1.8.2002)
Staiger Jeanette, 1966, eidg. dipl. Hauswirtschafterin, Olivenweg 9, 3018, EDU (neu)
Stimpfle Meinrad, 1953, dipl. Erwachsenenbildner/Lehrer, Winterfeldweg 120, 3018, SP (seit 13.6.2002)
Stulz Esther, 1964, Sozialpädagogin/Familienfrau, Waldmeisterstrasse 70, 3018, GB (seit 1.8.2001)
Brunner Marie-Louise, 1962, Mutter/Hausfrau, Stapfenackerstrasse 101, 3018, Eltern (seit 4.9.2003)
Fritz Thomas, 1958, Informatiker, Stapfenackerstrasse 57, 3018, Eltern (seit 4.9.2003)
Vakant, ARP, GB

Schulkommission Tscharnergut

Akcasayar Timur, 1978, Maschinenzeichner, Brünnenstrasse 102, 3018, SP (seit 4.9.2003)
Barka Marguerite, 1942, Hausfrau, Waldmannstrasse 39/A1, 3027, SVP (seit 29.2.1996)
Bärtschi Stefan, 1963, Geschäftsführer, Abendstrasse 30/67, 3018, SVP (seit 1.8.2001)
Lienert-Pärli Brigitte, 1957, Chemielaborantin, Fellerstrasse 54e, 3027, CVP (seit 25.10.2001)
Moosmann Esther, 1959, Hausfrau, Fellerstrasse 52A, 3027, FDP (seit 17.8.2000)
Sarigolu Muhsin, 1953, Lehrer, Fellerstrasse 30/A5, 3027, GB (neu)
Strüby Monika, 1965, Coiffeuse, Waldmannstrasse 45/01, 3027, Eltern (seit 14.9.2000)
Wüthrich Marcel, 1969, Dipl. Bauleiter HFP, Waldmannstrasse 31/D14, 3027, Eltern (neu)
Vakant, GFL, FDP, SP

Die mit * gekennzeichneten Personen wohnen nicht im Schulgebiet.

- Traktandum 7 wird vorgezogen. -

7 Dringliche Interpellation SVP/JSVP (Margrit Thomet, SVP): Schleppende Verhandlungstaktik der Stadt Bern! Wirtschaftsfreundliches Handeln ist für den Gemeinderat ein Fremdwort!

Geschäftsnummer 05.000159 / 05/097

An der Scheibenstrasse 70 befindet sich der Hauptsitz der Losinger Construction AG, welche die Erweiterung ihres Gebäudes plant.

Nun ist die Losinger Construction AG seit langem mit der Stadt in Verhandlung, um die angrenzende Parzelle Scheibenstrasse 72 zu erwerben, damit sie in die Umgebungsplanung der Firma einbezogen werden kann. Sie würde vor allem dazu dienen, die Grünflächen in der Umgebungsgestaltung zu vergrössern. Für den Firmensitz wäre diese kundenansprechende Grünflächengestaltung eine grosse Aufwertung ihres Standortes. Wenn die Firma Losinger eine umweltfreundliche attraktive Parkanlage realisieren könnte, würde dies positive Signale auf weitere interessierte Investoren im Raume ESP Wankdorf aussenden.

Die nun zähen und mühsamen Verhandlungen mit der Stadt sind unverständlich, zumal sich der Gemeinderat immer vordergründig als sehr wirtschaftsfreundlich ausgibt. In der Praxis allerdings fehlt jede Bereitschaft, den Unternehmern entgegenzukommen, selbst wenn keine plausiblen Gründe ersichtlich sind, die ein weiteres Hinauszögern der Verhandlungen rechtfertigen.

Für den Jugendtreff „Graffiti“, welcher sich auf diesem angrenzenden Grundstück befindet, gibt es ein ideales, sogar grösseres stadteigenes Gebäude ca. 200m vom jetzigen Standort entfernt. Zurzeit wird dieses Gebäude als Lagerraum genutzt.

Unverständlich ist die heutige verfahrenere Situation auch, weil die Stadt der Firma Losinger mündlich schon vor einiger Zeit den Handschlag zu diesem Landhandel gab. Ein mündlicher Zuschlag gilt unter verlässlichen Partnern als verbindlich. Heute anerkennt die Stadt diesen „Handshakedeal“ nicht mehr und stellt ganz andere Konditionen.

Aus der dargelegten Situation ergeben sich folgende Fragen:

1. Wie stellt sich die Stadtbauten als Besitzerin der Parzelle vor, wie die Kaufverhandlungen mit der Firma Losinger möglichst rasch erfolgreich abgeschlossen werden können?
2. Wie lange gedenkt die Direktion für Bildung, Soziales und Sport die Verhandlungen weiter zu erschweren?
3. Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung, dass nach dem Brand im Dachstock des Jugendtreffs Graffiti der Zeitpunkt für den Umzug an den neuen Standort gekommen ist?
4. Weshalb haben die Stadtbauten letzte Woche eine Baupublikation gemacht, um das brandgeschädigte Haus zu restaurieren?
5. Würde das von der Gebäudeversicherung erhaltene Geld nicht besser für die Einrichtungen des Jugendtreffs am neuen Standort eingesetzt?
6. Kann sich die Stadt eine solch wirtschaftsfeindliche Haltung gegenüber einer Firma leisten, die gegen 100 Arbeitsplätze anbietet und in unserer Gemeinde ihre Steuern bezahlt?

Begründung der Dringlichkeit:

Es ist sehr wichtig für das Image der Stadt Bern aber vor allem auch für eine zügige Realisierung des Bauprojektes, dass der Verkaufsvertrag mit der Firma Losinger Construction AG

bald erfolgreich abgeschlossen werden kann. Sonst könnten, einmal mehr wegen einer wirtschaftsfeindlichen Politik der Stadt Bern, viele Arbeitsplätze gefährdet werden.

Bern, 02. Juni 2005

Direktorin BSS *Edith Olibet* beantwortet die Dingliche Interpellation im Namen des Gemeinderats wie folgt: Die Stadt Bern betreibt keine wirtschaftsfeindliche Politik. Der Gemeinderat hält fest, dass von den 9354 Arbeitsstätten in der Stadt Bern (Betriebszählung von 2001), der grösste Teil mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durchaus zufrieden ist. Die Kontaktpflege mit der Wirtschaft ist dem Gemeinderat sehr wichtig. Sie stellt sicher, dass er frühzeitig über Veränderungen und auftauchende Fragen bei Firmen informiert ist. Die Präsidialdirektion des Wirtschaftsamtes besucht zudem jährlich über 80 Firmen und kommt so zu Informationen aus erster Hand. Jährlich werden rund 200 Anfragen zu verschiedenen Themen behandelt und dies in den meisten Fällen zur Zufriedenheit der Firmen. An verschiedenen Networking-Veranstaltungen nehmen jedes Jahr über 900 Personen teil, die hier auch die Gelegenheit haben, auf allfällige Probleme hinzuweisen oder Fragen zu stellen. Der Gemeinderat misst der Jugendarbeit, angesichts der für Jugendliche bestehenden Schwierigkeiten wie Jugendarbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven, Sucht- und Gewaltprobleme eine hohe Priorität zu. Der Jugendtreff Graffitti wurde vor zwanzig Jahren zusammen mit Jugendlichen gebaut. Er ist nebst dem Jugendzentrum Gaskessel die einzige Liegenschaft in der Stadt Bern, die speziell als Jugendtreff geplant und neu gebaut worden ist. Das Raumkonzept ist jugendgerecht und kann sehr flexibel neuen Bedürfnissen der Jugendarbeit angepasst werden. Der Treffpunkt, den der Trägerverein für offene Jugendarbeit auch im Auftrag der Stadt Bern führt, wird von den Jugendlichen sehr stark und auf unterschiedlichste Weise genutzt. Es ist der einzige Jugendtreff im bevölkerungsreichen Nordquartier. Im Nordquartier ist ein Jugendtreff als Basis für die offene Jugendarbeit im Quartier unverzichtbar. Der Gemeinderat hat einerseits auch grosses Verständnis für den Wunsch der Firma Losinger Constructing AG, die nähere Umgebung und namentlich die Eingangssituation des Firmensitzes ansprechender zu gestalten. Die Umsetzung dieser Pläne hätte aber als Bedingung den Abriss des Jugendtreffs Graffitti. Ein neuer, geeigneter Standort und eine neue, vielfältig nutzbare Liegenschaft für den Jugendtreff zu finden, ist aus naheliegenden Gründen z.B. Lärmemissionen schwierig. Ein grosses Problem bei der Suche nach einer Alternative ist, die Akzeptanz der Nachbarschaft zu finden. Das, und nicht die schleppende Verhandlungstaktik, erklärt auch, dass es kurzfristig nicht möglich ist, Verkaufsverhandlungen erfolgreich abzuschliessen. Die Liegenschaftsverwaltung, die StaBe und die Direktion BSS haben verschiedene Standorte geprüft. Bei dem in der Interpellation genannten Grundstück an der Scheibenstrasse wird zurzeit abgeklärt, ob und wie die dort stehende Baracke in ein Jugendtreff umgebaut werden kann. Bereits jetzt zeigt sich, dass mit hohen Kosten gerechnet werden muss. Auch ist es aus der näheren Nachbarschaft zu Opposition gegen den Standort gekommen.

Zu den einzelnen Fragen:

Zu Frage 1: Für den Jugendtreff Graffitti ist ein gleichwertiger Realersatz notwendig. Konkret bedeutet das, dass einer von der Nachbarschaft akzeptierter Standort mit einem bewilligten Bauprojekt vorliegen muss, bevor auf das bestehende Lokal verzichtet werden kann. Der Ersatz muss für die Stadt konzeptionell und finanziell vertretbar sein. In diesem Sinn suchen die StaBe und die Firma Losinger seit längerer Zeit, in einem guten Verhandlungsklima, nach einer Lösung.

Zu Frage 2: Die Direktion BSS hat die Verhandlungen nie erschwert. Sie hat im Gegenteil immer signalisiert, dass sie eine einvernehmliche Lösung anstrebe, welche die Interessen beider Parteien angemessen berücksichtige. In diesem Sinn unterstützt sie die Suche nach einem geeigneten und gleichwertigen Ersatzstandort für den Jugendtreff Graffitti.

Zu Frage 3: Wie zuvor dargestellt, eignet sich die heutige Liegenschaft sehr gut als Jugendtreff. Ohne gleichwertigen Realersatz kann auf den bestehenden Standort nicht verzichtet werden. Dementsprechend kann der Brand im Dachstock nicht der Grund und Auslöser für einen Umzug sein.

Zu Frage 4: Es geht darum, wachsenden Schaden zu verhindern. Der Brand ereignete sich im Sommer 2004. Dabei wurden vor allem Teile des Daches und des Dachgeschosses beschädigt. Dies kann nicht mehr Vertragskonform genutzt werden. Um die Sicherheit der Benutzerinnen und Benutzer zu gewährleisten, und die dringend für die Jugendarbeit benötigten Räume wieder instand zu setzen, kann die Reparatur dieses Hauses nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Angesichts der Tatsache, dass nach einem Standort gesucht wird, wird das ursprüngliche Sanierungsvorhaben auf die dringendsten Massnahmen reduziert. Dies auch zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften.

Zu Frage 5: Ich verweise auf die Antwort zur Frage 4.

Zu Frage 6: Die Firma Losinger steht bei verschiedenen Projekten in engem Kontakt mit diversen Verwaltungsstellen der Stadt Bern. Sie hat die Stadt bisher, zum Beispiel im Zusammenhang mit realisierten Projekten wie die Hotels am Guisanplatz, nie als wirtschaftsfeindlich eingestuft. Auch im Fall der Parzelle Scheibenstrasse 72 hat die Firma Losinger darauf hingewiesen, dass Verhandlungen im Gang sind. Von der Drohung einer Sitzverlegung in eine Agglomerationsgemeinde, wie dies die Medien berichteten, hat sich die Firma distanziert.

- Auf Antrag der Interpellantin beschliesst der Rat Diskussion. -

Interpellantin *Margrit Thomet* (SVP): Ich möchte mich für die Antwort von Gemeinderätin Edith Olibet bedanken. Ich schildere noch einmal kurz die Situation der Firma Losinger und werde schliesslich näher auf die Antworten eingehen. An der Scheibenstrasse 70 befindet sich der Firmensitz der Losinger Construction AG. Sie beschäftigt über hundert Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Gemeindegebiet. Schweizweit bietet sie gut 900 Arbeitsplätze und gut dreissig Ausbildungsplätze an. Die Losinger Construction AG plant eine Vergrösserung und Modernisierung ihres Hauptsitzes an der Scheibenstrasse und hat die Baubewilligung dazu erhalten. Mit diesem geplanten Neubau wird die Bürofläche mit 7500 Quadratmeter um das Dreifache vergrössert. Laut den Aussagen der Firmenverantwortlichen wird durch diesen Aus- und Neubau das Arbeitsplatzangebot ebenfalls verdreifacht. Mit dem Ausbau ihres Konzerns möchte die Firma auch ihre Umgebung einladend und kundenfreundlich gestalten. Die Parzelle, um die es sich in meiner Interpellation handelt und auf der sich der Jugend- und Freizeittreff Graffiti befindet, grenzt direkt an das Hauptgebäude der Firma. Das Haus des Jugendtreffpunktes ist nur wenige Meter vom Haupteingang der Firma entfernt. Das Unternehmen gedenkt, diese Parzelle als Grün- und Parkanlage mit künstlerischem Element (z.B. mit einer Skulptur) zu bereichern und zu realisieren, damit die Umgebung aufgewertet wird. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zur Standortaufwertung, nicht nur für die Losinger Construction AG sondern auch für das gesamte Industriegebiet rund um den Schlachthof und des ESB Wankdorf. Hinzu kommt, dass für den Jugendtreff in 200 Meter Entfernung ein städtisches Gebäude ist, welches momentan als Lagerraum genutzt wird und als Ersatz bestens geeignet wäre. Gemeinderätin Edith Olibet hat uns dies geschildert.

Zur Einrichtung des neuen Standortes müsste unserer Meinung nach, der wegen der Brandschäden anfallende Gebäudeversicherungsbetrag an diesem neuen Standort eingesetzt werden. In der heutigen Situation macht es keinen grossen Sinn, wenn man dieses Geld voreilig in den Dachstock dieses Gebäudes investiert.

Am 7. Februar 2005 hat die Firma Losinger von den Stadtbauten eine schriftliche Verkaufsofferte mit dem Verkaufspreis erhalten. Es handelt sich also nicht nur um ein mündliches, sondern auch um ein schriftliches Verkaufsangebot der StaBe. Am 8. März 2005 hat die Firma

Losinger ihre Kaufbestätigung schriftlich an die StaBe gesendet. Zum grossen Erstaunen der Firma ist das Verkaufsangebot der StaBe in der Zwischenzeit um beinahe das Fünffache erhöht worden. In der Begründung zu dieser markanten Erhöhung steht, dass das Jugendamt der StaBe jährlich Fr. 40 000.00 Zins entrichten müsse und würde dieser Zins kapitalisiert, so würde sich für dieses alte Haus ein Wert von gut Fr. 600 000.00 ergeben. Hinzu kommt noch der Landwert der Parzelle, was schliesslich über 1 Mio. Franken ausmacht.

Hier ergibt sich eine neue Frage an den Gemeinderat: Beahlt das Jugendamt wirklich diesen utopischen Mietzins an die StaBe? Wenn Ja, so möchten wir einen detaillierten Auszug des Konto Nr. 316 (Mieten, Pachten und Benutzungsgebühren des Jugendamtes) sehen. Das Jugendamt wird sich wohl nicht erlauben können, einen derart hohen Mietzins für dieses alte Haus zu zahlen.

Ich komme jetzt auf die Antworten des Gemeinderates zurück. Edith Olibet hat uns gezeigt, dass der Gemeinderat nach einer Lösung sucht und auch sehr wirtschaftsfreundlich ist. Aus den Antworten des Gemeinderates lässt sich jedoch erkennen, dass der Jugendtreffpunkt Graffiti einen höheren Stellenwert einnimmt als die wirtschaftlichen Anliegen der Losinger AG. Deswegen möchte ich noch einmal dringend darauf hinweisen, dass die Losinger Construction AG auf Gemeindeebene ein wichtiger Arbeitgeber und dementsprechend auch ein wichtiger Steuerzahler ist. Wir wissen, dass die Firma Losinger in der Stadt Bern, im Kanton und landesweit viele Arbeits- und Ausbildungsplätze anbietet. Die Stadt muss in dieser angespannten Lage, in Bezug auf das Angebot an Stellen- und Lehrlingsplätzen, Firmen wie der Losinger AG entgegenkommen. Sonst verliert die Stadt ihre Glaubwürdigkeit in Bezug auf ihre Wirtschaftsförderung. Ich glaube Edith Olibet, dass der Gemeinderat mit der Wirtschaft in gutem Kontakt steht und dieser auch gepflegt wird. Aber wenn es sich um Taten handelt, werden andere Interessen wichtiger. Wir verstehen, dass der Jugendtreff ein wichtiges Angebot ist für die öffentliche Jugendarbeit. Dieses Angebot wäre hier nicht gefährdet. Wir wollen lediglich eine seriöse Prüfung eines anderen Standortes und auch sichtbar machen, dass Arbeitsplätze und Lehrstellen ebenso wichtig sind wie ein Jugendtreffpunkt.

Man darf nicht vergessen, dass durch gute Steuerzahler wie die Losinger AG, die Finanzierung von solchen Jugendprojekten erst möglich wird. Dies müssen die Betreiber und die jugendlichen Benutzerinnen und Benutzer zur Kenntnis nehmen. Würden sie dies einsehen, so würden sie auch nicht die Wände des Unternehmens versprayen und verschmieren. Die letzte Reinigung hat die Firma über Fr. 3700.00 gekostet. Wir bitten den Gemeinderat der Firma Losinger eine möglichst vernünftige und erträgliche Lösung anzubieten.

Fraktionserklärungen

Claudia Kuster (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Das Graffiti ist ein sehr gut genutzter Jugendtreff, der problemlos funktioniert und dank der guten Lage gibt es aus der Nachbarschaft keine Reklamationen bezüglich Lärm. Der Treff wird von begleiteten Jugendlichen, von Jugendlichen autonom und auch von weniger jugendlichen Menschen erfolgreich genutzt. Als die Firma Losinger 1986 ihr Bauvorhaben publizierte, machte der Jugendtreff eine Einsprache. Der Treff sah die nachbarschaftlichen Interessen beeinträchtigt und man wehrte sich dagegen, dass die Firma Losinger direkt beim Treff baue. Die Firma Losinger hat sich von diesen Bedenken nicht abhalten lassen und baute sehr nahe an das Graffiti heran. Dies mit der Begründung, die betriebseigenen Büros könnten so sinnvoll angeordnet werden. Im Bund von 22. August 1986 wird die Frage gestellt, ich zitiere: „Gibt es dafür wirklich keine, weniger brutale Lösung für den Jugendtreff Wyler?“ Wie wir wissen hat es diese Lösung nicht gegeben. Und genau diese Nähe ist es, die die Firma Losinger stört. Als Betreiber des Treffs, wehrt sich der TOJ nicht grundsätzlich gegen einen Umzug, fordert aber für das Graffiti einen Realersatz. Für die SP/JUSO-Fraktion ist es klar, dass dieser Ersatz nicht zulasten der Stadt

gehen darf. Der Verkaufserlös muss die nach sich ziehenden Kosten für die Stadt decken. Wie wir gehört haben, möchte die Firma Losinger mit dem Erwerb des Grundstücks ihren Zugangsbereich verschönern. Es wird demnach mit dem Verkauf kein einziger Arbeitsplatz geschaffen und es wird kein Franken Steuern mehr gezahlt werden. Wer nun die Wirtschaftsfreundlichkeit der Stadt einfordert, muss sich fragen, ob diese darin besteht, dass die Stadt eigene Vermögenswerte an Private übergibt. Die Stadt besitzt das, was die Firma Losinger gerne hätte. Wenn wir von Wirtschaftsfreundlichkeit sprechen, dann so, dass sich dieses Geschäft für die Stadt lohnt, oder dass sie zumindest nicht mehr zahlen muss. Die Interpellantin schreibt, dass es für das Graffiti ein ideales und sogar grösseres, der Stadt eigenes Gebäude gibt. Dem muss widersprochen werden. Wie es Frau Gemeinderätin Edith Olibet bereits gesagt hat, ist das Graffiti für und mit Jugendlichen gemäss deren spezifischen Interessen gebaut worden.

Die guten Besucherzahlen des Treffs zeigen, dass dies heute noch gilt. Also: eine klare Erfolgsgeschichte. Das in der Interpellation angesprochene Gebäude ist mit dem Graffiti in keiner Weise vergleichbar und auch die Sicherheit der Jugendlichen ist dort nicht garantiert. Zum Bahngelände hin gibt es, anders als beim Graffiti, keinen Zaun. Was eine grosse Gefahrenquelle darstellt. Ein Umbau des Gebäudes, damit es als Treff genutzt werden kann, wird Einiges an Kosten mit sich bringen. Die SP/JUSO-Fraktion stellt sich nicht gegen den Verkauf des Grundstücks und des Jugendtreffs, aber der neue Standort muss ein wirklicher Realersatz für das Graffiti sein. Insbesondere was Lärmschutz, Innenausbau und Sicherheitsvorkehrungen betrifft. Auch dürfen die Mietkosten für den TOJ nicht höher sein als bisher.

Es ist nicht nur für die Firma Losinger, sondern auch für das Graffiti wichtig, dass bald eine Lösung gefunden wird. Der durch den Brand verursachte Schaden erschwert die Arbeit im Treff wesentlich und eine Sanierung wird auf Dauer unerlässlich. Die SP/JUSO-Fraktion fordert die Firma Losinger auf sich zu überlegen, ob es im Geschäftsinteresse liegen könnte, sich für die Jugendlichen einzusetzen und sich finanziell am neuen Graffiti zu beteiligen, und so in der Öffentlichkeit als jugendfreundlich und als Förderer der offenen Jugendarbeit wahrgenommen werden.

Die Stadt muss ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen wahren und deswegen fordern wir einen Realersatz, damit es nicht zu einem Verlustgeschäft für Stadt und TOJ wird.

Anne Wegmüller (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Gestern haben wir den Jahresbericht 2004 des TOJ erhalten. Dort können wir nachlesen, was die Jugendarbeit in der Stadt Bern alles leistet. Im Jugendtreff Graffiti gibt es ein grosses Spektrum an Angeboten: z.B. die Unterstützung Jugendlicher bei der Suche nach Arbeits- und Lehrstellen oder auch eine umfassende Infothek zu jugendspezifischen Themen. Als Beilage zum Jahresbericht ist ein Schreiben bezüglich den beiden Vorstössen von der SVP und den SD zum Verkauf des Graffiti verschickt worden. Darin wird nachvollziehbar aufgezeigt, wo das Problem liegt und warum der TOJ auf das Angebot der Losinger AG nicht eingehen konnte. Wie wir sehen können, hat der Jugendtreff Graffiti seit dem Brand keinen Lagerraum mehr. Material wie Musikanlage, Leinwand, Video-Beamer oder Werkzeug kann im Treff nicht mehr deponiert werden. Dieser Umstand erschwert die Arbeitsbedingungen der Jugendarbeiter. Das Material wird zurzeit vom 300m weit entfernten Büro hin und her transportiert. Im abgebrannten Lagerraum war auch ein Büro, das den Jugendarbeitenden als Rückzugsmöglichkeit diente, um in Ruhe mit den Jugendlichen deren Anliegen zu besprechen. Der Russ verunreinigt permanent die Räumlichkeiten und schadet der Gesundheit. Letzten Winter sind die Heizkosten gestiegen, weil die Wärme durch das Dachprovisorium entflieht. Durch den Brand besitzt das Graffiti keine Dachrinne mehr und das Wasser fliesst den Wänden entlang, was im Winter eine Vereisung der Umgebung des Treffs verursacht. Dies führt zu einem erhöhten Unfallrisiko. Durch die nicht erfolgte Reparatur wird der Treff zunehmend baufällig. Seit beinahe einem Jahr laufen die Verhand-

lungen zwischen der Losinger AG, dem TOJ und den Stadtbauten. Daher lässt sich nicht behaupten, die Bereitschaft zu Verhandlungen sei nicht vorhanden. Der vorgeschlagene Standort, die Baracke an der Scheibenstrasse 64, ist bereits im November 2004 von zwei unabhängigen Architektinnen geprüft und vom Vorstand, von der Geschäftsleitung des TOJ, den zuständigen Jugendarbeitenden und von einem Vertreter des Jugendamtes besichtigt worden. Es hat sich gezeigt, dass sich die von der Firma Losinger vorgeschlagene Baracke als Standort für einen Jugendtreff nicht eignet. Die Baracke ist in einem desolaten Zustand und deren Renovation und eine gerechte Anpassung an die Bedürfnisse eines Jugendtreffs würden das verfügbare Budget um ein Mehrfaches übersteigen. Ausserdem hätte die Jugendarbeit Aussenräume verloren und der neue Treff wäre näher bei den Wohnhäusern gelegen als heute. Dieser Standort für das Graffiti im Bereich der Scheibenstrasse wurde bereits bei dessen Planung im Jahre 1982 geprüft, jedoch wegen diverser Einsprachen als zu problematisch verworfen. Zentral ist für die GB/JA!-Fraktion, dass der Betrieb des Jugendtreffs Graffiti ohne Unterbruch sichergestellt ist. Für die Fraktion ist klar, dass das Graffiti am aktuellen Standort renoviert werden muss. Unter diesen Umständen kann es leider noch zwei bis drei Jahre dauern, bis ein neuer Standort für den Jugendtreff gefunden wird. Der momentane Zustand des Graffiti ist nicht mehr länger tragbar. Der nächste Winter kommt bestimmt und der Brandschaden muss behoben werden. Ausserdem soll die zuständige Verwaltungsstelle aktiv nach gleichwertigen Standorten suchen. JA! und GB können sich beispielsweise das Schlachthofareal, über das wir nächste Woche diskutieren werden, als Standort für einen neuen Jugendtreff vorstellen. Wir danken dem Gemeinderat für die gute Antwort.

Einzelvoten

Daniel Lerch (CVP): Ich möchte euch die Leidensgeschichte der Firma Losinger darstellen. In guten Jahren war die Firma Losinger die Nummer Eins unter den Baufirmen im Raum Bern. Sie wissen alle, die neunziger Jahre haben ihre Opfer verlangt, Firmen sind eingegangen und Losinger wurde verkauft. Sie ist in französischen Händen und diese zögern nicht lange, wenn ihnen etwas nicht gefällt und ziehen um. Die Firma Losinger hat keinen sicheren Standort hier in Bern. Will die Stadt Bern diese Firma auch noch verlieren? Es ist klar, dass die Franzosen bezüglich der Umgebung ihre eigene Philosophie haben. Wie der Bahnhofplatz die Gäste willkommen heissen soll, so möchte die Firma Losinger ihre Kunden mit einem gewissen Know-how begrüßen können. Wenn die Möglichkeit besteht, in der Nähe einen Ersatz für den Jugendtreff zu finden, sehe ich nicht ein, warum die Stadt nicht alles versucht, um diesen Ersatz zu realisieren.

Daniele Jenni (GPB): Es geht darum sicherzustellen, dass der Treffpunkt Graffiti weiterhin, wie vor dem Brand, und ohne Unterbruch weiter funktionieren kann. Dies setzt ein paar Dinge voraus: die bisherigen Schäden müssen behoben werden. Sie machen die Situation für die Benutzenden und diejenigen, die dort arbeiten sehr schwer. Seit dem 10. Juni 2005 hat die StaBe dort einen Baustopp verfügt. Dieser Baustopp muss wieder aufgehoben werden. Man kann nicht einfach warten bis ein Ersatz kommt, sondern muss die sich aufdrängenden Reparaturen durchführen. Eine Veräusserung ist erst dann denkbar, wenn ein gleichwertiger Ersatz nicht nur beschlossen ist, sondern auch zur Verfügung steht. Die ins Auge gefasste Baracke ist kein Ersatz, da sie baufällig ist und sehr wahrscheinlich neu gebaut werden müsste. Es ist absehbar, dass es dagegen Einsprachen geben wird und das würde viel Zeit kosten und hätte als Folge den Unterbruch der Tätigkeiten des Graffiti.

Um diese Sachen sicherzustellen, reiche ich heute eine Motion ein, die genau dies verlangt. Nämlich: Die notwendigen Reparaturen und die Zusicherung, dass eine Veräusserung nur dann gemacht wird, wenn ein Ersatz vorhanden ist. Zudem soll geprüft werden, ob es möglich

ist, unter Beibehaltung des jetzigen Standorts des Graffitti, das Anliegen der Firma Losinger nach einem Face-Lifting ihrer Umgebung erfüllt werden kann. Es würde sich lohnen, dies zu prüfen und wäre auch ökonomisch eine gute Lösung. Schliesslich gilt zu beachten, dass auf der einen Seite ein Jugendzentrum ist, welches wichtige Funktionen auch für das Quartier hat. Auf der anderen Seite geht es der Firma Losinger nicht darum, ihre Produktion auszuweiten oder neu zu bauen, sondern darum, ihre Umgebung zu verschönern. Wägt man die Interessen ab, so sind sie sicherlich legitim, doch gewichtiger ist das Interesse am Weiterwirken des Graffitti, ohne einen Unterbruch.

Margrit Thomet (SVP): Ich bin enttäuscht, dass die links-grüne Seite die politischen Schwergewichte so setzt, dass der Wirtschaftsstandort geschwächt wird. Es ist selbstverständlich, dass die Jugendarbeit gefördert werden und eine Alternative für das Graffitti gefunden werden muss. Den Voten nach ist das Graffitti wichtiger als eine prosperierende Wirtschaft, die attraktive Standorte haben muss, um die nötige Kundschaft empfangen und bedienen zu können. Ich bin darüber enttäuscht, dass gezögert wird, wenn es darum geht wirtschaftsfördernd zu handeln.

Béatrice Stucki (SP): Die links-grüne Seite ist nicht gegen einen Standortwechsel, aber sie verlangt nach einem gleichwertigen Ersatz. Der uns vorgeschlagene Standort ist so baufällig, dass er nicht einfach nur saniert werden kann.

Direktorin BSS *Edith Olibet:* Der Gemeinderat kann nicht nur auf eine Karte setzen. Eine Karte ist die Wirtschaft und ihre Interessen. Die andere Karte sind die Jugendlichen und die Jugendarbeit. Wir müssen die Interessen beider Seiten wahrnehmen und die Antwort des Gemeinderates zeigt, dass wir Verhandlungen führen, damit die Interessen aller berücksichtigt werden können. Ich wehre mich vehement gegen die Behauptung, die Wirtschaftsfreundlichkeit des Gemeinderates zeige sich nur als Lippenbekenntnis. Es stimmt nicht. Und die Zahlen zeigen es. Der Gemeinderat hat aber die Aufgabe, eine Win-Win-Situation zu erreichen.

Das von Margrit Thomet vorgeschlagene Gebäude ist in seinem heutigen Zustand nicht geeignet. Ich bin davon überzeugt, dass es nicht in ihrem Interesse liegt, Jugendliche zu gefährden. In Bezug auf den Bauten- bzw. Landpreis, kann es nicht sein, dass die Stadt Bauten verschenkt oder unter dem Preis verkauft. Dies hat auch Vertretern der Firma Losinger eingeleuchtet.

Ein weiterer Punkt ist, dass es der Firma Losinger klar ist, dass wir nicht von einem Tag auf den andern eine Lösung finden werden. Und sie erwartet dies auch nicht.

Bezüglich der Bereitschaft der Firma Losinger etwas für die Jugend zu tun, gilt zu sagen, dass sie und der TOJ, aber auch die Stadt Bern und die Direktion BSS bereit sind, eine gute Lösung im Interesse aller zu finden.

Zur Aussage von Daniele Jenni: Es handelt sich hier nicht um einen Baustopp. Das Bauge-such wird beim Bauinspektorat weiter behandelt und wir werden das Dringendste und Nötigste machen.

Die Interpellantin ist **teilweise** zufrieden mit der Antwort des Gemeinderates.

- Traktandum 3 fällt weg, weil es keine verschobenen Geschäfte aus der Sitzung vom 16. Juni 2005 gibt. -

4 Jahresbericht 2004

Geschäftsnummer 04.000068 /

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat hat den vorliegenden Jahresbericht mit allen Bestandteilen an seiner Sitzung vom 4. Mai 2005 beschlossen, nachdem er bereits am 9., 16. und 23. März 2005 die NRM-Rechnung und alle Produktgruppen-Rechnungen einzeln genehmigt hatte. Er beantragt dem Stadtrat:

- Genehmigung des Jahresberichtes 2004 (Produktgruppen-Rechnung und Bestandesrechnung) sowie der Investitionsrechnung.
- Kenntnisnahme der Laufenden Rechnung 2004 nach Neuem Rechnungsmodell.
- Kenntnisnahme der Nachkredite von Fr. 20 868 337.24 (Verwaltungsdirektionen) in der Kompetenz des Gemeinderates.
- Kenntnisnahme vom Bericht des Rechnungsprüfungsorgans.

*Fragen aus dem Stadtrat / Antworten des Gemeinderats siehe Anhang
(nur im Internet und Archiv)*

Präsident BAK *Beat Zobrist* (SP) über den Vorberatungsablauf: Am 9. Februar 2003 hat die Stimmbevölkerung der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung zugestimmt. Der Name dieser Verwaltungsführung in der Stadt heisst NSB bzw. Neue Stadtverwaltung Bern. NSB ist am 1. Januar 2004 in der ganzen Stadtverwaltung flächendeckend eingeführt worden. Damit ist die siebenjährige Pilotzeit von NSB, NRM-Budget (Neues Rechnungsmodell-Budget), der Verwaltungsbericht und die NRM-Rechnung abgelöst worden.

Heute genehmigt der Stadtrat anstelle der Jahresrechnung mit dem Verwaltungsbericht erstmals den Jahresbericht. Der Jahresbericht ist das neue Instrument der Berichterstattung und Rechnungslegung des Gemeinderates an den Stadtrat. Zentrale Elemente des Jahresberichts sind die Produktgruppen-Rechnung, die Bestandesrechnung (Bilanz) und der statistische Teil des Berichts.

Die Einführung von NSB hat ebenfalls eine Neuordnung des Kommissionswesens bedingt. Neben der Budget- und Aufsichtskommission, die ehemalige Geschäftsprüfungskommission, sind drei Sachkommissionen ins Leben gerufen worden. Die Zusammenarbeit zwischen den Sachkommissionen und der BAK erfolgte zum ersten Mal im Sommer 2003, als es um die Vorberatungen des Produktgruppen-Budgets 2004 ging. Dieses Jahr erfolgte sie zum ersten Mal zur Vorberatung des Jahresberichts 2004. In welcher Qualität die Zusammenarbeit, sowohl bei den zwei vorangegangenen Budgets als auch bei der Vorberatung des Jahresberichts vonstatten gegangen ist und welche Optimierungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit zwischen den Sachkommissionen und der BAK bestehen, ist eine Aufgabe mit der sich die Umsetzungskommission auseinandersetzen muss.

Die Organisation der Vorberatung, aber auch die Arbeit der Sachkommissionen an sich, sind durch die Regierungsreform 2004 erschwert worden. Es galt, die Produktgruppen von sieben Direktionen zu überprüfen, obschon es heute nur noch fünf gibt. Die Vorberatung dieses Jahresberichts ist mit der Entsendung von Delegationen der Sachkommissionen eröffnet worden. Das war Mitte April, als der erste Vorabzug des Jahresberichts 2004 vorgelegt bzw. dem Ratssekretariat zuhanden der zuständigen Sachkommissionen übergeben wurde. Neun Delegationen haben von Anfang bis Ende April insgesamt 42 Dienststellen besucht. Den Dienststellen wurden die Fragen vorangehend in schriftlicher Form zugestellt. Diese wurden dann schriftlich beantwortet. Für die SAKO-Mitglieder und die Verwaltung ist dies ein aufwändiges

Verfahren, weil alles schriftlich ist. Im Gegenzug sind die Antworten kompetenter und die Protokollführung der folgenden Sitzungen wird vereinfacht.

Auf der Grundlage dieser Aktennotizen veranstalteten die Sachkommissionen am 2. Mai 2005 halbtägige Plenarsitzungen. Sie fanden am gleichen Tag, aber getrennt statt. Die Protokolle dieser drei Plenarsitzungen wurden der BAK zugestellt. Für die BAK waren diese jedoch schwer zu verstehen, da nur die Antworten aufgeschrieben worden waren und die BAK die Fragen nicht kannte. Am 23. Mai hat das BAK die Produktgruppenrechnung geprüft. Da diese Prüfung von den Sachkommissionen bereits gemacht wurde, war die Prüfung durch die BAK lediglich summarischer Natur. Sie hat die Vertretung der Sachkommission und diejenige der Direktion angehört und verzichtete weitgehend auf Detailfragen. Trotzdem stellt sich hier die Frage nach der Doppelspurigkeit zwischen SAKOs und BAK besonders deutlich.

An ihrer zweiten Sitzung vom 30. Mai 2005 hat sich die BAK eingehend mit den Revisionsberichten, der Bestandesrechnung und mit der Investitionsrechnung befasst.

Wie erwähnt, sind einige Fragen bezüglich der Zusammenarbeit und der Aufgabenteilung zwischen der BAK und den Sachkommissionen zu klären. Abschliessend bleibt noch ein gewichtiger Nachteil zu erwähnen, nämlich dass die Sachkommissionen während der Prüfung des Jahresberichts nicht über die Revisionsberichte verfügten. Diese wurden erst Mitte Mai vom Gemeinderat zuhanden des Stadtrats und seiner Sachkommissionen verabschiedet. Hier muss nach einer Lösung gesucht werden.

Der Beratungsablauf sieht vor, dass jetzt die Präsidentinnen und Präsidenten der Sachkommissionen zur Produktgruppen-Rechnung (Band 2) referieren.

Zur DSI

Thomas Göttin (SP), Präsident FSU: Der Jahresbericht galt als Grundlage für den Delegationsbesuch. Wir haben vier Delegationen à je drei Mitglieder gebildet und je zwei Delegationen zu den zwei Direktionen geschickt, für die wir in der Kommission zuständig sind.

Die Erfahrungen mit dieser Aufteilung waren gut. Gemäss einem Raster haben wir den Jahresbericht überprüft. Dabei ging es um Zielerreichung, Steuerungsvorgaben und Finanzen und wir haben den Kontakt mit der Verwaltung gesucht. Es handelt sich ein Stück weit um Vergangenheitbewältigung und gleichzeitig auch um die Vordiskussion für das Produktgruppen-Budget. Die Diskussion in der Kommission wurde aufgrund der Delegationsprotokolle und der mündlichen Berichte geführt. Wir haben jeweils Schlussabstimmungen zu allen Dienststellen einer Direktion gemacht. D.h. wir haben vier Mal eine Abstimmung gemacht, da wir, nach alter Zählung, Dienststellen aus vier verschiedenen Direktionen hatten: Finanzen, Polizei, HSE und BUI.

Ein Wunsch: Es wäre gut, wenn der Vorabdruck und die Endversion die gleichen Seitenzahlen hätten.

Ich möchte jetzt grundsätzliche und inhaltliche Hinweise geben: Der zentrale Punkt ist, dass die FSU keine Anträge stellt und alle Jahresberichte einstimmig zur Annahme empfiehlt.

Zweiter Punkt: Wir hatten den internen Revisionsbericht nicht zur Verfügung. Die Kommission erwartet, dass dieser das nächste Mal vorliegt.

Dritter Punkt: Obwohl die grundlegende Diskussion bereits geführt wurde, gilt zu erwähnen, dass das Bonus-Malus-„Malaise“ in beiden Direktionen aufgetaucht ist.

Und zum Schluss geht unser Dank an die Verwaltung, die unter erschwerten Bedingungen eine gute und geschätzte Arbeit geleistet hat.

Meine *Schlussfolgerung* als Präsident der Kommission: Das Verfahren zur Festlegung der Steuerungsvorgaben und Kennzahlen ist noch nicht klar und nicht überall bekannt. Der Grundsatz ist, dass Änderungen nur durch den Stadtrat beschlossen werden können. Im Jah-

resbericht gilt es nicht nur, die Zahlen zu beachten, sondern auch, ob die Aufgaben korrekt, sinnvoll und gut erfüllt worden sind.

Es ist wünschenswert, wenn die Arbeit der Kommissionen und Delegationen mehr auf Aufträgen und Schwerpunkten basiert, d.h. die Schwerpunkte werden in der Kommission vor besprochen und der Verwaltung angekündigt, so dass vertiefte Informationen und Unterlagen als Grundlage für die Diskussion vorliegen.

Ich komme nun zur DSI und zu der Zusammenfassung der Punkte, die wir in der Kommission oder Delegation diskutiert haben. Dies im Sinne einer Berichterstattung an den Stadtrat.

Zur Stadtpolizei: - Bei der Stadtpolizei hat sich die Delegation in Absprache mit der BAK intensiv zum Stützpunkt West, über Police Bern und über die interkantonale Polizeischule Hitzkirch informieren lassen. Diese Geschäfte werden uns wahrscheinlich auch im Stadtrat weiterhin beschäftigen.

- Es gibt nicht erreichbare Haushaltsverbesserungen im Bereich des Botschaftsschutzes. Eine halbe Million wäre vorgesehen gewesen. Dies ist nicht erzielbar, da eine Pauschale in diesem Bereich besser ist als Verhandlungen über eine detaillierte Abgeltung.

- Auf Seite 138 sind zwei neue Kennzahlen: Kosten pro Veranstaltung und Kundgebung. Bei einem nächsten Delegationsbesuch wird sicher wichtig sein zu sehen, wie diese hinzugekommen sind und wie sinnvoll sie sind.

- Erfreulich bei den Steuerungsvorgaben in Bezug auf den Verkehr ist, dass die Kontrolltätigkeit in Stunden deutlich über dem Soll liegt. Der Stadtrat hat die Vorgaben für 2004 erhöht, obwohl es zuerst hiess, dies sei nicht möglich. Grund für dieses Resultat ist ein neues Kontrollkonzept, welches Schülerinnen und Schüler der Verkehrsdienstschule im ordentlichen Dienst einsetzt und schliesslich den Botschaftsschutz einbezieht.

Zum Polizeiinspektorat: - Dauerbrenner sind dort die Wartezeiten, das Schriftenwesen und die Einwohnerkontrolle. Einerseits gab es 2004 eine weitere Zunahme der Vorsprachen um 25%. Massnahmen wurden jedoch ergriffen, um die Wartezeiten zu vermindern, was die Delegation ausdrücklich würdigte.

- Optimierungsbedarf gibt es bei den Schnittstellen der verschiedenen Gewerbegebühren.

Der Vertrag mit dem beco bezüglich Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz und um die Bewilligung für Nacht- und Sonntagsarbeit ist ab 1. Januar 2005 nicht verlängert worden. Bis vor ein paar Jahren übernahm die Stadt Arbeiten im Auftrag des Kantons. Das Resultat der Diskussion in der Kommission ist, dass der Kanton vermutlich nicht über die gleichen Mittel und dasselbe Wissen verfügt wie die Stadt, die das bisher gemacht hat.

- Bemerkung seitens der Verwaltung: Die Bereiche Schattenwirtschaft und Menschenhandel benötigen einen zunehmenden Aufwand und Fachwissen, die Aufgabenbereiche nehmen zu und mehr Personal wäre nötig. Diese Diskussion hat schon früher stattgefunden, sei es in der FSU oder kürzlich im Stadtrat bei der Motion zum Schutz der Tänzerinnen. Hier wird die Delegation in der Diskussion zum Produktegruppen-Budget sicher darauf zurückkommen.

Zur Sanitätspolizei: Durch die Annahme des Volksvorschlages zum Spitalversorgungsgesetz im Kanton ist auch das Rettungswesen neu geregelt worden, was wichtig für die Stadt und die Sanitätspolizei ist.

Zum Feuerwehr/Zivilschutz/Quartieramt (FZQ): - Die Delegation hat sich über die Pläne zu einer neuen Feuerwehrkaserne informieren lassen und wird diese weiter verfolgen. Sie hat sich auch über den Stand der Regionalisierung informieren lassen.

- Ein Hinweis zur Zielerreichung beim Zivilschutz: es gab einen Einbruch beim Erlös, der durch Kostensenkungen aufgefangen worden ist. Dieser Einbruch ist die Folge vom Wegfall der Subventionen von Bund und Kanton, was eine Tendenz zur Abwälzung der Kosten auf die Gemeinden zeigt.

- Auf Seite 184, Kennzahl 9 (Diensttage zugunsten der Gemeinschaft): hier sind 112 Diensttage für den FIS-Langlauf vermerkt und hinzu kommen Kosten von beinahe Fr. 50 000,- aus

dem Bereich DSI und schliesslich die Gebührenbefreiung bei der Präsidialdirektion. Der FIS-Langlauf ist wie ein Irrlicht durch die Verwaltung und die politische Diskussion herum geschwirrt.

Zum Tierpark: - Dieser ist von der alten HSE neu in den Bereich der Polizeidirektion gekommen. Die Delegation hat die Nachbearbeitung der Tierpark-Affäre angeschaut und hat sich orientieren lassen, was im Bereich der Neuorganisation geschehen ist.

- Bei den Steuerungsvorgaben haben wir uns über das Bärengraben-Projekt informieren lassen. Ab 2006 ist ein neues Produkt „Bärengraben“ vorgesehen und in diesem Zusammenhang steht die Zusammenarbeit mit anderen Direktionen. Zum Projekt „Bären-Park“ gibt es einen Leitungsausschuss und auch eine Projektgruppe, in der ebenfalls Bern-Tourismus vertreten ist.

Zum Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle: - Die Teilnehmerinnen- und Teilnehmerzahl bei der Lokalen Agenda 21 ist in den letzten drei Jahren tendenziell gestiegen (von 1000 auf 1400 und endlich auf 1900 Teilnehmer/innen). Das Projekt läuft gut und ist mit der Überbelastung des Personals und Vakanzen in der Leitung beinahe ein Opfer seines eigenen Erfolgs.

- Eine Umweltschutzkommission, die in den achtziger Jahren vor allem für Vollzugsfragen eingesetzt wurde, soll jetzt durch einen Beirat ersetzt werden, der sich auch weiteren Themen, wie nachhaltige Stadtentwicklung oder LA 21 annehmen wird, und der eher motivieren und überzeugen soll als Gebote und Verbote aufzustellen. Wir sind gespannt auf die Resultate.

DSO und BUI

Vize-Präsident SBK *Simon Röthlisberger* (JA!): Die SBK empfiehlt den Jahresbericht sowohl der DSO als auch der BUI zur Annahme. Auch die SBK hat der Verwaltung Besuche abgestattet. Teilweise wurden sehr ausführliche Gespräche geführt und sehr viele Fragen sind gestellt worden. Ich möchte ein paar Hauptpunkte der Diskussion bei der DSO darstellen:

- Es wurde festgestellt, dass durch den Rückgang der Asylsuchenden, Leistungsverträge mit NGOs aufgelöst werden mussten und sich die Stadt teilweise oder ganz aus dem Bereich der Asylbetreuung zurückzieht. Mit dem Rückgang der Zahl der Asylsuchenden, wird wie bereits erwähnt, die Zahl der illegalisierten Migrantinnen und Migranten auch in der Stadt Bern zunehmen. Die Verwaltung hat versichert, dass die gesamte Asylstrategie im Städteverband diskutiert wird. Beim Thema Asyl ist festgestellt worden, dass Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende eine sehr grosse Nachfrage hatten und ausgelastet waren, obwohl wenig Werbung betrieben wurde. Weiter wurde festgestellt, dass die Betroffenen zum Handeln gewillt sind.

- Zum Thema Jugendarbeitslosigkeit wurde die SBK bei einem Besuch dazu angeregt, eine Kennzahl zu schaffen mit einer Warteliste, damit auf einen Blick sichtbar würde wie viele arbeitslose Jugendliche es gibt, die nicht an einem Programm der Stadt Bern teilnehmen können. In der SBK hat man sich entschieden keine Kennzahl zu schaffen, sondern dies im Sinne eines Nachfrageüberschusses festzuhalten.

- Bei den Leistungsverträgen der DSO, dies hat auch allgemeine Gültigkeit, ist festgestellt worden, dass es insbesondere bei mehrjährigen Leistungsverträgen ein positives oder negatives Risiko für den Leistungsvertragsnehmer bedeutet, wenn die Soll-Vorgaben nicht mehr verändert werden können.

- Der SBK ist zudem aufgefallen, dass bei den Leistungsverträgen im Jahresbericht zum Teil Soll-Vorgaben aufgeführt waren, die nicht steuerbar sind. Diskutiert wurde, ob diese Soll-Vorgabe in Kennzahlen umgewandelt werden soll und wir sind zum Schluss gekommen, dass wir der NSB-Umsetzungskommission den Antrag stellen, damit diese eine Lösung findet, wie

diese Soll-Vorgaben in den Leistungsverträgen im Jahresbericht und im Budget darzustellen sind und wo die Steuerungsmöglichkeit des Stadtrats liegt.

Zudem ist in der SBK angeregt worden, dass Rückstellungen und die Auflösung von Rückstellungen transparenter gemacht werden sollen und somit auch für die Rechnungs-Nachprüfer nachvollziehbar werden.

- Immer wieder ist bei den DSO-Besuchen die Frage aufgekommen, ob die neue Datenbank „KISS“ (eine Datenbank, die verschiedene Amtsstellen innerhalb der DSO bzw. der BSS vernetzen soll) eine Arbeitserleichterung mit sich bringt. Die SBK möchte gerne informiert werden, wann dieses System funktioniert.

- Bei der ehemaligen Direktion BUI ist insbesondere beim Schulamt aufgefallen, dass die Wartelisten für den Spezialunterricht relativ lang sind. Das haben die Delegationen bei Budget-Besuchen bereits in früheren Jahren bemerkt. Offensichtlich wird es hier keine Verbesserungen geben, da der Kanton bereits im Jahre 2000 beschlossen hat, in der Stadt Bern weniger Plätze für den Spezialunterricht zu finanzieren. Wie in der SBK festgestellt wurde, steht dies im Widerspruch zum Integrationsartikel. Die Verwaltung hat zur Abschwächung darauf hingewiesen, dass man auf den Gruppenunterricht im Rahmen des Spezialunterrichts hin arbeitet. Offensichtlich hat der Kanton der Stadt explizit untersagt, zusätzliche Kosten durch das Angebot von mehr Lektionen im Spezialunterricht zu generieren.

- Bezüglich des Gesundheitsdienstes wurde in der BUI festgestellt, dass insbesondere die psychosoziale Vorsorge ein Bedürfnis ist, dass aber innerhalb des GSD keine Ressourcen vorhanden sind, um dieses wahrzunehmen. Es finden jedoch innerhalb der Verwaltung Abklärungen statt, um eine Lösung zu finden.

Ein paar allgemeine Bemerkungen zur Jahresberichts-Debatte, die wir geführt haben: Es ist sehr vielen SBK-Delegationen aufgefallen, dass der Lastenausgleich des Kantons nicht deutlich erkennbar ist. D.h. was ist im Lastenausgleich beinhaltet oder nicht und wie hoch ist er? Eine einheitliche Darstellung wäre wünschenswert gewesen, was aber offensichtlich in der BUI und DSO bzw. BSS nicht möglich ist, weil beide diese nicht identisch verbucht haben.

Die einheitliche Verbuchung wird wahrscheinlich erst ab 2007 möglich sein. Ganz allgemein ist in der SBK festgehalten worden, dass ein Wissensdefizit besteht bezüglich dem Funktionalisieren des Lastenausgleichs und es ist seitens der Verwaltung versichert worden, dass die SBK drüber informiert werden wird. Dies aber erst nachdem der Kanton die SKOS-Richtlinien als verbindlich erklärt hat und die Abgeltung auch im Sozialbereich geklärt ist.

Es wurde ausserdem festgestellt, dass durch die Änderung von Produktgruppen, die Vergleichbarkeit teilweise nicht mehr gewährleistet ist. Dies vor allem bei der Übertragung von Leistungen von einer Gruppe in die andere. Es besteht der Wunsch, dass dies transparenter gehandhabt wird. Nicht zuletzt haben auch einige Leute bei uns gefragt, wie das mit dem Bonus-Malus-System geht, welches bei der Verwaltung keinen grossen Anklang findet.

Die Ziel-, Steuerungs- und Finanzvorgaben wurden in beiden Direktionen eingehalten. Abweichungen sind der SBK und deren Mitglieder nachvollziehbar begründet worden.

Die SBK beantragt dem Stadtrat, den Jahresbericht der BUI und DSO einstimmig anzunehmen.

PVT und HSE

Vize-Präsident PVS *Andreas Flückiger* (SP): Das Instrument NSB mit Produktgruppen, Budget und Kennzahlensystem hat aus unserer Sicht den Stand noch nicht erreicht, damit man sagen kann, es funktioniert. Das System ist noch nicht ganz durchschaubar. Der Stand der Zielerreichung wird von der Kommission aber als gut beurteilt. Gewisse Fragen kommen jedes Jahr wieder auf und deswegen haben wir die Direktionen dazu angeregt im Hinblick auf die Steigerung der Effizienz, einen Fragekatalog oder ein FAQ zu erstellen.

Bei jeder Kennzahl muss immer überlegt werden, ob man über ein paar tausend Franken diskutiert oder sich im Millionenbereich befindet. Das System ist sehr komplex und ist abhängig von der fachlichen Kompetenz der Mitarbeitenden der Verwaltung. Das Parlament kann nur überprüfen, ob die Zahlen eingehalten werden. Erst Zeit-Reihen und allfällige Bench-Marks geben dann Indizien über den Stand und das Entwicklungspotential. In diesem Zusammenhang ist es fraglich, ob die Sachkommissionen tatsächlich in der Lage sein werden, die Verwaltungssteuerung wahrzunehmen. Wichtig waren für uns die schriftlichen Einführungen und Ausführungen. Die Selbsteinschätzung von den Dienststellen und die Kommentare zu den Kennzahlen machen das Ganze überhaupt erst verständlich und bilden die Basis für die Steuerungsvorgaben im Produktegruppen-Budget. Dienststellen, die ihre Berichte im Copy-and-Paste-Verfahren erstellen, erschweren die Aufgabe der Kommission und lassen das System zu einem Papiertiger verkommen.

Eine Problematik bleibt: Die Steuerungsvorgaben für das kommende Jahr basieren auf den Vorgaben des vorletzten Jahres. Wir haben also eine Kluft im System von anderthalb Jahren. Wir haben uns ein Inhaltsverzeichnis mit Seitenzahlen und einem Abkürzungsverzeichnis gewünscht.

Die Delegationen überprüfen die Kennzahlen nach ihrer Tauglichkeit und welche Auswirkungen die Steuerausgaben haben. Unsere Kommission hat versucht sich anhand der Detailinformation ein Gesamtbild zu machen, wobei hier der persönliche Kontakt mit der Verwaltung sehr wichtig ist. Die NPM-Begeisterung ist etwas verflogen; ob NSB wirklich funktioniert, können wir nicht beurteilen und die Arbeitsbelastung ist durch NSB auf ein unrealistisches Mass angestiegen.

Ein Lob geht an die Verwaltung. Wir haben sehr offene Gespräche führen können und sorgfältige Antworten auf unsere Fragen bekommen. Mangelhaft waren teilweise die Protokolle der Delegationsbesuche, da manchmal wichtige Punkte fehlten, die die Berichterstattung im Rat und in der BAK vereinfacht hätten.

Zum Tiefbauamt, PVT: Wichtig ist hier das rasante Wachstum zu einem sehr grossen Amt. Zurzeit werden alle Bauwerke erhoben, um den Sanierungsbedarf zu eruieren. Dies ist wichtig, um Überraschungen zu vermeiden und um bei Investitionsplanungen Prioritäten zu setzen. Problematisch sind hier jedoch die fehlenden Mittel zur Erhaltung der Bauten. Abweichungen in der Jahresrechnung sind durch neue Erhebungsmethoden entstanden. Neu wird ein standardisierter Sauberkeitsindex erhoben. Die Kommission wird sich dieses Jahr mit diesem Thema noch auseinandersetzen.

Sonderrechnung Stadtentwässerung: Die Stadtentwässerung ist aufgeteilt in einen Teil Tiefbauamt und einen Teil Stadt. Die Kosten, das Personal etc. betreffen das Tiefbauamt, der Rest die Stadt. Von Gesetzes wegen muss diese Rechnung ausgeglichen sein, da die Finanzierung über einen Fonds erfolgt. 2004 sind aus diesem 8 Mio. Franken verwendet worden. Mehr Geld wurde gebraucht als Geld eingenommen wurde. Der Kanton verlangt seit Anfang Jahr eine Spezialfinanzierung für den Werterhalt, was einen neuen Fonds verlangt.

Abfallentsorgung: Auch hier gibt es eine Spezialfinanzierung. 2004 wurden 4,3 Mio. Franken dem Fonds entnommen. Gleich viel bleibt ungefähr übrig. Ohne Gebührenerhöhung kommt es bald zu einer Verschuldung. Das neue Abfallreglement bietet hier die Möglichkeit die Gebühren anders zu erheben, was zu einer Verbesserung der finanziellen Situation führen sollte. In diesem Zusammenhang haben wir intensiv die Koordination mit der Region diskutiert. Bei einer regionalen Organisation im Abfallwesen, müsste die Stadt die Hauptarbeit übernehmen und zusätzliche Belastungen in Kauf nehmen. Zu verhindern gilt es, dass die Bewohner der umliegenden Gemeinden ihren Abfall in die Stadt bringen.

Direktionsstabsdienste PVT: Es gibt hier nicht viel zu sagen. Die Steuerungsmöglichkeiten sind dort und in den Fachstellen bescheiden.

Fachstelle Wohnen: Im Verfahren gab es eine Panne, die jedoch behoben werden konnte. Die Arbeit der Delegation und der Kommission wurde dadurch erschwert, dass kein Gespräch mit der Leiterin der Fachstelle zustande gekommen ist. Der Bereich Wohnen ist ein zentraler politischer Bereich für die Stadt Bern. Deswegen werden die Tätigkeiten der Fachstelle genau betrachtet.

Fachstelle öffentlicher Verkehr: Auffallend ist, dass die Stadt Bern pro Einwohner am meisten für den öffentlichen Verkehr zahlt. Der Betrag ist nochmals um Fr. 7 000 000.00 angestiegen. Dies obwohl das Tram Bern West vom Kanton abgelehnt worden ist. Da der öV eine kantonale Angelegenheit ist, muss die Stadt Bern diese Kosten akzeptieren. Nach der Abstimmungsniederlage bezüglich Tram Bern West, soll ein neues öV-Projekt in Angriff genommen werden. Das Tram soll zukünftig wieder in den Dringlichkeits-Fond des Bundes aufgenommen werden.

Direktionsstabsdienste HSE: Anhand von Einzelfällen haben wir das Thema der gesundheitlichen Probleme bei Mitarbeitenden diskutiert. Namentlich über Überforderung und Burn-Out-Probleme. Bezüglich der Langzeitabsenzen ist im Mai ein Projekt „Absenzen-Betreuung“ gestartet worden.

Das Beschaffungsbüro hatte viel mehr zu tun als erwartet. Es bearbeitet alle Beschaffungen im offenen und selektiven Verfahren für sämtliche Dienststellen. Alles was über 100 000.00 Franken beträgt, geht in die Beschaffungs-Kommission.

Stadtgärtnerei: Ähnlich wie bei den Strassenanlagen reichen die vorhandenen Mittel bei den Grünanlagen nicht für den Erhalt der Substanz.

Die sinnvollen Einrichtungen der Familiengärten sind besonders diskutiert worden. Der Betrieb dieser privaten Gärten ist zurzeit für die Stadt nicht kostendeckend; d.h. die Pachtzinsen decken die Kosten von Abschreibungen, Zinsen und baulichem Unterhalt nicht. Auf diesen Sachverhalt werden wir ein Auge werfen müssen.

Bonus-Malus-System: Die Stadtgärtnerei hat ein gutes Beispiel gegeben wie man einen Bonus sinnvoll verwenden kann. Sie haben sich ein geographisches Informationssystem und sicherheitskonforme Dienstkleider beschaffen.

Fazit: Aus der Sicht der Kommission gibt es bezüglich dem Einhalten der Steuerungsvorgaben, dem Stand der Zielerreichung und der Einhaltung der finanziellen Vorgaben, keinen Grund die Jahresberichte der Direktion abzulehnen. Wir empfehlen sie zur Annahme.

Zur FPI

Thomas Göttin (SP) Präsident FSU: Im Generalsekretariat hat es andauernde, durch einen Direktionswechsel und einen Unfall begründete Personalausfälle gegeben. Die Delegationen sollten auf diese Umstände ein Auge werfen.

Finanzverwaltung, Liegenschaftsverwaltung, Steuerverwaltung und Informatikdienste: Guter Ablauf der Delegationsbesuche. Der Jahresbericht ist aussagekräftiger geworden und deswegen sind weniger Fragen aufgekommen.

Personalamt: die Haushaltsverbesserung wird als nicht erfüllbar betrachtet. Es geht um die Zentralisierung im Personalamt gegenüber den Direktionspersonaldiensten. Kostenpunkt: ca. Fr. 500 000.00. Es lässt sich aber nicht alles Zentralisieren.

Die neu aufgetauchten Kennzahlen „Zeitaufwand für Vorstösse, für Sitzungen von Kommissionen etc.“ werden beim nächsten Delegationsbesuch diskutiert werden.

Grundsätzlich empfiehlt unsere Kommission einstimmig die Annahme des Jahresberichts und stellt keine Anträge.

Vize-Präsident PVS *Andreas Flückiger (SP)* zum Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik: Aus der Sicht der Kommission war es schwierig für den Fonds sinnvolle Steuerungsvorgaben und Kennzahlen zu definieren. Die Gespräche bei den Delegationsbesuchen fielen zufrieden stel-

lend aus. Das Kennzahlensystem des Fonds wird nächstes Jahr überprüft. In Bezug auf die städtischen Restaurants haben wir zur Kenntnis genommen, dass sie nach den Pächterwechseln und den Sanierungen gut funktionieren.

Die Nichteinhaltung des Fonds-Reglements in Bezug auf den Artikel 25 des Reglements, welcher der Stadt bei Verkäufen ein befristetes Vorkaufsrecht einräumt um Spekulationen zu verunmöglichen, hat zu Diskussionen geführt. Wie weit dieses Problem zu behandeln ist, muss die BAK klären. Der Finanzdirektor hat der Kommission PVS zugesichert, dass der Artikel 25 ab sofort wieder eingehalten werden wird.

Grundsätzlich ist die Zielsetzung des Fonds widersprüchlich. Der Fonds soll einerseits wirtschaftlich sein, andererseits soll er sozial handeln. Das vorgeschriebene Vorkaufsrecht dient der Wirtschaftlichkeit bzw. der Sanierung des Fonds nicht.

Zu diskutieren gegeben haben die Veräusserungen von so genannten nicht-strategischen Liegenschaften im Rahmen der Teilstrategie Wohnen. Die operativen Fragen haben wir bilateral geklärt.

Fazit: Bezüglich der Einhaltung der Steuerungsvorgaben, dem Stand der Zielerreichung und der Einhaltung der finanziellen Vorgaben, gibt es für diese Kommission keinen Grund dem Jahresbericht nicht zuzustimmen. Wir empfehlen ihn zu genehmigen.

Zur PRD

Vize-Präsident SBK *Simon Röthlisberger (JA!)*: Der externe Revisionsbericht zum Jahresbericht wäre auch in der SBK erwünscht gewesen. Es ist unklar geblieben, inwiefern es zeitlich möglich wäre, diesen Bericht noch vor den Delegationsbesuchen bei den einzelnen Amtsstellen zu erhalten.

Bei der PRD/Stadtkanzlei hat ein ausführlicher und langer Besuch stattgefunden. Es gab viele Fragen u.a. zum Ablauf der Personalentwicklung in der PRD. In der SBK ist vor allem die Kultur diskutiert worden, d.h. über das Verhältnis zwischen dem Paul-Klee-Zentrum und dem Kunstmuseum.

Fazit: die Steuerungsvorgaben und die finanzielle Zielerreichung wurden auch hier erfüllt und die SBK empfiehlt die Jahresberichte anzunehmen.

Andreas Flückiger (SP), Vize-Präsident PVS: *Stadtplanungsamt*: Das Amt vertritt den Standpunkt, dass es keine sinnvollen Kennzahlen und Steuerungsvorgaben gibt. Das Amt wird jetzt neu organisiert und wir konnten feststellen, dass mittlerweile bei den Produktegruppen „Fachplanung“ und „Planungsverfahren“ Kennzahlen und Steuerungsvorgaben vorhanden sind.

Die Produktegruppe „Budget 2006“ wird zeigen, ob unsere Forderung nach sinnvollen Kennzahlen für das ganze Amt erfüllt werden kann. Erst dann wird es möglich sein konkrete Diskussionen zu führen.

Bei der *Grünraumplanung* fehlt nach Meinung der Kommission ein Instrument, das es ermöglichen würde nebst quantitativen auch Aussagen zur Qualität der Grünräume zu machen. Die Fachleute sollten zu diesem Zweck ein Instrumentarium zur Verfügung stellen. Aus der Sicht der Kommission muss die Zusammenarbeit mit der Region in Planungsfragen verbessert werden. Hier kommt der Agglomerationskommission eine grosse Bedeutung zu. Wichtig ist ein guter Einbezug der Parlamente, denn reine Exekutiv-Gremien führen zu einer Distanz zu den Parlamenten, was Misstrauen zur Folge hat.

Die Koordination der Gestaltung des öffentlichen Raumes war ein Thema. Es gibt eine Fachstelle, die für Fragen und auch für die Anregungen der Bürger zuständig ist. Die interne Koordination funktioniert zwar gut, die Bürger/Innen haben jedoch keinen Ansprechpartner. Wir haben der Direktion empfohlen, analog zum Abfall-Telefon, eine Anlaufstelle für Fragen zum öffentlichen Raum einzurichten.

Bauinspektorat: Hauptdiskussionspunkt war der Einführungsprozess der neuen Software, die gewisse Arbeitsabläufe vereinfachen soll. Die Kommission will sich dieses System im Laufe dieses Jahres noch detailliert vorstellen lassen.

Die Budgetierung des Bauinspektorats basiert bereits auf der Einführung eines neuen Gebührenreglements. Entsprechend hat man die Einnahmen allzu optimistisch eingeschätzt.

Wir haben festgestellt, dass im Bauinspektorat das Bonus-Malus-System mit einiger Sicherheit nie funktionieren wird.

Fazit: Unter den Aspekten der Einhaltung der Steuerungsvorgaben, dem Stand der Zielerreichung und der Einhaltung der finanziellen Vorgaben, gibt es für die Kommission keine Gründe die Jahresberichte der Direktion PRD abzulehnen. Wir empfehlen sie zur Annahme.

Bemerkungen und Gesamtwürdigung der BAK

BAK-Referent *Hans-Peter Aeberhard* (FDP) zur Rechnung: Wir sind bei der Jahresrechnung nicht allzu tief in die Details gegangen, da wir uns ein Gesamtbild machen müssen. Es ist uns aufgefallen, dass die Rechnung in den letzten Jahren immer ausgeglichen war, und da wir das Bonus-Malus-System nicht einführen, werden wir die Rechnung um Fr. 939 000.00 verbessern können.

Am 30. Mai 2005 hat die BAK vor allem von den internen und externen Revisionsberichten Kenntnis nehmen dürfen und müssen. Aufgefallen ist insbesondere der externe Bericht, der einen Aktivierungsbedarf von rund 55 Mio. Franken ausweist. Man muss sich bewusst sein, dass die vier Bilanzierungspflichten (Ferien, Feiertage, Überstundenguthaben der Mitarbeitenden) mit 7, 5 Mio. Franken und die Schuld gegenüber der Personalvorsorgekasse von rund 43,3 Mio. Franken zu Buche schlagen können. Das kommt von Teuerungszulagen aus den Jahren 1972, 1984 und 1985, die zu bilanzieren sind. Bilanziert werden müssten schliesslich auch die Verpflichtungen gegenüber den Altgemeinderäten und Altgemeinderätinnen, die je nach Amtsdauer verschiedene Pensions- und Ruhegelder beziehen, die 3,5 Mio. Franken ausmachen.

Die Finanzverwaltung zeigt uns im Bericht, dass die Rechnung zwar ausgeglichen ist, aber kein Grund zu Optimismus besteht. Eine zurückhaltende Finanzpolitik ist weiterhin notwendig. Der verbleibende Verlustvortrag von 210,4 Mio. Franken aus den Rechnungsjahren 1990-1998 muss gemäss Sanierungsplan bis 2015 abgeschrieben werden. Es handelt sich also um grosse Beträge, die die Stadt entrichten muss.

Im Übrigen hat die BAK zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Rechnungsführung die Kontrolle der Verpflichtungskredite mangelhaft geführt wird, und dass Umlageschlüssel teilweise von der Verwaltung nicht nach dem vorgesehenen Prozedere geändert worden sind, was einen Einfluss auf die Würdigung im Stadtrat hat.

Schliesslich hat sich die BAK erkundigt inwieweit Risiken bei den Mehrwertsteuer-Revisionen bestehen können. Wir haben aber festgestellt, dass eine Arbeitsgruppe „Mehrwertsteuern“, die quartalsweise Kontrollen macht, diese Mehrwertsteuern offenbar im Griff hat.

Fazit: Wir sind in der BAK zum Schluss gekommen, dass wir diese Jahresrechnung, trotz dem möglicherweise bestehenden Bilanzierungsbedarf von rund 55 Mio. Franken, genehmigen können. Dies mit der entsprechenden Kenntnisnahme der Risiken, die hier bestehen und der Stagnation der Steuereinnahmen.

BAK-Referent *Markus Blatter* (FDP) zu den Revisionsberichten: Am 30. Mai haben wir die Revisionsberichte ausgiebig studiert. Anwesend waren Vertreter von der KPMG, von der internen Revisionsstelle, der zuständige Direktor und die Finanzverwaltung und das Finanzinspektorat. Zum Vorgehen: Es ist der KPMG nicht möglich die ganze Rechnung selber zu

revidieren. Sie basiert auf den Berichten der internen Revision und sie geben aufgrund letzterer ihre Stellungnahme ab.

Zum Ergebnis: Vor allem drei Punkte sind erwähnt worden, die das AGR abklären lässt. Sind beispielsweise die Annuitäten der Pensionskasse oder die Gelder für die Ferien, Feiertage und die Überstundenguthaben zu bilanzieren? Der dritte Punkt ist das Ruhegeld der Altgemeinderätinnen und Altgemeinderäte.

Fazit der KPMG (Siehe S. 209f; Band 1): Sie genehmigen die Rechnung, erwähnen aber diese drei Vorbehalte.

Interne Revisionsberichte: Wie bereits erwähnt muss die Kontrolle der Verpflichtungskredite verbessert werden. Ein wichtiger Punkt, vor allem für NSB, sind die Umlageschlüssel. Die BAK hat einstimmig dem Antrag des Finanzinspektorats zugestimmt, man solle alle Stellungnahmen, die von den Direktionen gefordert wurden, zur Verfügung stellen. Im Brief vom 16. Juni 2005 haben die Sachkommissionen Kenntnis nehmen können, dass nicht nur die BAK diese bekommt, sondern auch die Sachkommissionen.

Präsident BAK *Beat Zobrist* (SP): Macht der Abend Sinn? Wenn Ja: Warum und für Wen? Wenn nicht, sollte man die Besprechung des Jahresberichts in dieser Form abschaffen oder ersetzen. Heute Abend haben viele kompetente Personen Referate gehalten und weitere werden folgen. Sie haben viel Zeit investiert, obwohl sie wussten, dass niemand zuhören würde. Ich bitte die zuständigen Gremien sich Gedanken zu dieser Zeremonie zu machen und über das, was anders gemacht werden könnte.

Zu den Ausgelagerten betrieben ewb/StaBe: Wie dem Band 1 des Jahresberichts zu entnehmen ist, liefert das ewb der Stadtkasse den budgetierten Gewinnanteil von 32,4 Mio. Franken ab, während die StaBe ursprünglich 4,2 Mio. Franken abliefern sollte. Dies hat sie aber nicht geschafft, viel mehr ist ein Verlust von Fr. 600'00.00 zu verbuchen. Obschon die BAK den Gemeinderat schriftlich aufgefordert hat, sich von diesen beiden Betrieben die Jahresberichte und weitere Unterlagen zukommen zu lassen, haben wir zum Zeitpunkt der Jahresberichtsberatung Ende Mai, über kein Informationsmaterial verfügt. Uns ist nichts anderes übrig geblieben, als diese beiden Jahresberichte von der BAK-Traktandenliste abzusetzen und sie auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Mit dem Schreiben vom 27. Mai hat der Gemeinderat unseren Brief beantwortet und gesagt, er würde die Geschäftsberichte, Rechnungen und weitere Unterlagen in ihrer definitiven Fassung bis Mitte Juni bekommen und der BAK möglichst schnell zukommen lassen.

Die BAK kann sich an der heutigen Sitzung leider noch nicht zu der Jahresrechnung und dem Jahresbericht von ewb und StaBe äussern. Ohne jemandem einen Vorwurf machen zu wollen, gilt trotzdem zu sagen, dass diese Situation unhaltbar ist. Die Ergebnisse aus deren Abschlüssen werden erhebliche Auswirkungen auf den Jahresbericht und die Rechnung der Stadtverwaltung haben. Diese wird wiederum der Stadtrat genehmigen müssen. Damit die Stadtverwaltung nicht blockiert ist, hat die BAK entschieden, dem Stadtrat diesen Jahresbericht mit dessen Rechnungen trotzdem zu empfehlen. Die BAK wird bei gleichen Voraussetzungen den Jahresbericht vom kommenden Jahr kaum mehr empfehlen.

Gesamtwürdigung des Jahresberichts: Trotz der schwierigen Zeiten beinhaltet die Jahresrechnung 2004 viel Erfreuliches. Sie schliesst bei einem Aufwand und einem Ertrag von je 868,5 Mio. Franken ausgeglichen ab. Der altrechtliche Bilanzfehlbetrag hat mit 20,8 Mio. Franken wie geplant abgeschrieben werden können. Er beläuft sich jetzt noch auf 210,4 Mio. Franken, ursprünglich waren es noch 325 Mio. Gemäss Vorgabe Sanierungsplan des Regierungsrates des Kantons Bern von 8. Dezember 1999 könnten wir jetzt maximal bei 228,8 Mio. Franken sein. So haben wir einen Vorsprung auf den Sanierungsplan von 18,4 Mio. Franken. Zu den einzelnen Zahlen: Der Cashflow, die wesentliche Beurteilungsgrösse einer Jahresrechnung ist dank den Abschreibungen auf dem Bilanzfehlbetrag mit 48,3 Mio. gut. Gegen-

über dem Voranschlag fällt er mit 3,6 Mio. Franken besser aus. Zum fünften Mal seit 2000 und seit der Einführung des neuen Rechnungsmodells wird kein Finanzierungsfehlbetrag ausgewiesen. Der massgebliche Finanzierungsüberschuss beträgt 13,6 Mio.; im Vorjahr waren es 2,6 Mio. Franken. Das ist darauf zurückzuführen, dass ein Drittel der Abschreibungen auf dem Bilanzfehlbetrag zur Finanzierung von Investitionen verwendet worden sind. Trotzdem konnten bei guter Liquidität und dank Umfinanzierungen weiteres Fremdkapital im Ausmass von 125,2 Mio. Franken zurückbezahlt werden. Zum ersten Mal ist die Gemeinderechnung als Produktgruppe ins Budget eingeführt worden. Auffallende Zahlen: Gegenüber dem Vorschlag gab es die grössten Einsparungen beim Personalaufwand mit 7,4 Mio. Franken (5,9 Mio. für die Löhne). Dieser Betrag hat aufgrund nicht besetzter Stellen gespart werden können. Das weist auf die Kehrseite der Medaille, nämlich die anhaltend grosse Belastung der städtischen Mitarbeitenden. Mit eigenen Beiträgen konnten 4,1 Mio. Franken gespart werden. Ein Minderaufwand von 7,5 Mio. Franken für Privatinstitutionen, insbesondere für Domizile für Senioren, dank einem neuen Finanzierungssystem. Beim Stadttheater sind auch Gelder von aussen gekommen. Der Minderaufwand von 2,4 Mio. Franken für Passivzinsen ist zurückzuführen auf Fremdkapitalien.

Mehraufwand: Einlagen in Spezialfinanzierungen von 4,8 Mio. Franken, davon 4 Mio. zweckgebundene Erträge aus Mehrwertabschöpfungen, 1,1 Mio. für NSB-Boni – nach dem kürzlich erfolgten Stadtratsentscheid können diese aber wieder eingespart werden. Mehraufwand gab es beim Sachaufwand, vor allem für Honorare und Mehrwertsteuern und mit 3,3 Mio. der Unterhalt des Tiefbaubereichs.

Beim Ertrag sind höher ausgefallen: Die Entgelte um 4 Mio., die Vermögenserträge um 3,2 Mio. Wesentliche Mindererträge gab es, mit 5,2 Mio., durch den nicht eingetroffenen Gewinn bei den Stadtbauten (4,2 Mio.). Die schwer voraussehbaren Steuererträge von 4,2 Mio. und die Rückerstattung von Gemeinwesen von 2,9 Mio. Erwähnenswert ist die durch die BSS vorgenommene Ertragsabgrenzung im Lastenausgleich von 1,8 Mio. Franken. Wesentlich ist der Ertragsausfall durch die Abschaffung der Billetsteuer durch den grossen Rat. 2003 haben wir mit dieser Steuer noch 6,2 Mio. Franken einnehmen können, die heute fehlen.

Der Grossteil der Steuererträge (268 Mio.) stammt von natürlichen Personen. Die Einnahmen von juristischen Personen sind immerhin um 15% auf 77 Mio. gestiegen. Entscheidend für das Rechnungsergebnis sind die Teilungen der Gemeindesteuer, insbesondere bei den juristischen Personen.

Die Budget- und Aufsichtskommission dankt dem Gemeinderat und allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für deren Einsatz im Jahre 2004. Die BAK bedankt sich besonders bei der Finanzverwaltung für deren Arbeit und bei den Sachkommissionen.

Die BAK empfiehlt dem Stadtrat mit 9 : 0 Stimmen, bei einer Enthaltung, den Jahresbericht mit den Produktgruppen-Rechnungen, der Bestandesrechnung und der Investitionsrechnung zu genehmigen und allen Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Fraktionserklärungen

Raymond Anliker (SP) für die Fraktion SP/JUSO: die Fraktion dankt allen Mitarbeitern der Stadt Bern und dem Gemeinderat für die gute Arbeit. Der Dank geht auch an die Sachkommissionen und an die BAK. Der Jahresbericht legt ein gewichtiges Zeugnis ab für die Vielfältigkeit der Verwaltungstätigkeit. Das erste Exemplar des vollständigen, NSB-kompatiblen Berichts, ermöglicht uns einen vertieften Einblick in die geleistete Arbeit, beinhaltet aber auch viel Zahlen- und Wortmaterial, was ihn unserer Meinung nach nicht gerade lesbar und verständlich macht. Grundsätzlich sind wir in der Fraktion überzeugt, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Im konstruktiven Sinn möchten wir Vorschläge zur Verbesserung der Berichterstattung machen und diese in der Umsetzungscommission einbringen.

Wir befinden uns in einem engen zeitlichen Rahmen. Wird auch nur ein Termin bei den Abläufen zwischen Gemeinderat und Kommissionen nicht eingehalten, so lastet der Druck noch viel stärker auf den Beteiligten. Die Form der Berichterstattung hat noch Mängel: Ein Jahresbericht kann zum Beispiel nicht darin bestehen, dass das Budget in einer praktisch unveränderten Form als Rechnung präsentiert wird. Die Lesbarkeit müsste durch eine Vereinheitlichung der Berichterstattung verbessert werden. Speziell gefördert werden muss die Kohärenz zwischen den Führungsinstrumenten des Gemeinderates; d.h. zwischen den Legislaturrichtlinien, der Investitionsplanung und daraus resultierend, die Umsetzung über die Produktgruppen und einzelnen Produkte. Erst wenn diese Zusammenhänge hergestellt worden sind, kann zielgerichtet geführt werden.

Der Gemeinderat sollte der Verbesserung der Abläufe mehr Gewicht beimessen. Die Vorschläge der Umsetzungskommission müssen hier einbezogen werden. Ein Grund für dieses überambitionierte Zeitmanagement ist die Tatsache, dass wir unser Budget nach wie vor dem obligatorischen Referendum unterstellen. Es gibt viele gute Gründe uns zu überlegen, ob wir nicht wie in anderen Städten und Gemeinden üblich, das Budget nur noch dem Volk vorlegen, wenn es eine Änderung des Steuerfusses beinhaltet.

Die Abläufe zwischen den Kommissionen und speziell deren Kompetenzen müssen geprüft werden. Die Rolle der BAK ist insbesondere in Bezug auf ihre Zuständigkeit im Budget- und Rechnungsbereich zu klären. Es ist zudem sicherzustellen, dass die Kommissionen rechtzeitig über alle Dokumente verfügen, so dass sie ihren Auftrag gegenüber Parlament und Bevölkerung erfüllen können. Die Umsetzungskommission NSB soll nächstes Jahr noch einmal einen Berichterstattungs- und Budgetierungsprozess begleiten können.

Ich komme zu ein paar weiteren Punkten:

Erstens: Ausgelagerte Betriebe neigen dazu, wie wir gesehen haben, ihre Unabhängigkeit zu betonen und streben eine Emanzipation von der politischen Aufsicht an. Die BAK hatte Mühe die Rechnungen von ewb und StaBe reglementsconform zur Einsicht zu erhalten und zu besprechen. Die Kompetenzen und Abläufe werden deswegen sicherlich Gegenstand der Studie sein, die die BAK in Auftrag gegeben hat.

Zweitens: Handlungsbedarf auf der Stufe des Gemeinderates erkennen wir in folgenden Bereichen. Die Empfehlungen der externen Revisionsstelle im Zusammenhang mit der fehlenden Bilanzierung von Arbeitsüberzeit und Freizeit, den Annuitätzahlungen und den so genannten Ruhegeldern, müssen dazu führen, dass diese Fragen befriedigend geklärt werden.

Dem Reglement für Boden- und Wohnbaupolitik muss entsprochen werden, insbesondere dem Artikel 25, der die Vorkaufsrechte regelt.

Im Bereich Stadtplanung ist der Zusammenarbeit mit der Agglomeration mehr Gewicht beizumessen. Besonders bei directionsübergreifenden Planungsbereichen ist dafür zu sorgen, dass gegen Aussen eine wahrnehmbare und sichtbare Ansprechstelle existiert.

Ein Blick auf den Abfallfonds zeigt, dass wir bald von einer Verschuldung ausgehen müssen, wenn hier nicht endlich das vorgesehene Reglement Abhilfe verschafft. Auch hier ist eine grössere Koordination mit der Agglomeration anzustreben um einen Abfall-Tourismus und die damit verbundenen Kosten zu verhindern.

Bei der Gewerbebehörde orten wir einen Vollzugsnotstand. Die Kontrolle der Betriebe ist unter anderem wegen Personalmangels vernachlässigt worden. Möglicherweise ist in diesem Bereich eine grundsätzliche Aufgabenüberprüfung und eine Betriebsanalyse notwendig. Das sind einige der Bereiche auf die wir ein Auge werfen werden. Ob ein Eingreifen in den Budgetprozess notwendig ist, werden wir von der SP/JUSO-Fraktion gründlich untersuchen.

In einer Gesamtwürdigung kommen wir zum Schluss, dass die Verwaltung und der Gemeinderat ihre Arbeit gut gemacht haben.

Der Jahresbericht wird von der SP/JUSO-Fraktion einstimmig angenommen.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Philippe Müller*

Der Protokollführer: *Glenn Müller*

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.20 Uhr

Vorsitzender

Präsident Philippe Müller

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Raymond Anliker
Carolina Aragón
Gabriela Bader-Rohner
Thomas Balmer
Giovanna Battagliero
Christof Berger
Peter Bernasconi
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler-Graf
Markus Blatter
Sibylle Burger-Bono
Anna Coninx
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Myriam Duc
Martina Dvoracek
Andreas Flückiger
Urs Frieden
Verena Furrer-Lehmann
Jacqueline Gafner Wasem
Karin Gasser

Simon Glauser
Thomas Göttin
Beat Gubser
Ueli Haudenschild
Erich J. Hess
Beni Hirt
Stephan Hügli-Schaad
Natalie Imboden
Ueli Jaisli
Daniele Jenni
Stefan Jordi
Sarah Kämpf
Daniel Kast
Rudolf Keller
Andreas Krummen
Peter Künzler
Claudia Kuster
Daniel Lerch
Liselotte Lüscher
Corinne Mathieu
Erik Mozsa
Christoph Müller
Reto Nause

Lydia Riesen-Welz
Simon Röthlisberger
Erich Ryter
Hasim Sancar
Franziska Schnyder
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Ernst Stauffer
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Thomet
Martin Trachsel
Gisela Vollmer
Christian Wasserfallen
Catherine Weber
Anne Wegmüller
Thomas Weil
Maya Widmer
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt

Rania Bahnan Buechi
Peter Bühler
Karin Feuz-Ramseyer
Rudolf Friedli

Mario Imhof
Annette Lehmann
Anna Magdalena Linder
Patrizia Mordini

Nadia Omar
Heinz Rub
Sandra Wyss

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
Barbara Hayoz SUE

Edith Olibet BSS
Regula Rytz TVS

Kurt Wasserfallen FPI

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Jürg Stampfli

Stadtkanzlei

Irène Maeder Marsili

Dringlicherklärungen

1. Der Antrag auf Dringlichkeit der Motion Daniele Jenni (GPB): Jugendzentrum Graffiti - Sicherstellung des fortlaufenden Betriebs, wird vom Stadtrat mit 38 : 20 Stimmen angenommen.
2. Der Antrag auf Dringlichkeit der Interpellation Simon Glauser (SVP): Wer bezahlt Mehrwertsteuer in der Berner Reitschule? wird mit 14 : 47 Stimmen abgelehnt.

4 Fortsetzung: Jahresbericht 2004

Fortsetzung: Fraktionserklärungen

Ueli Stückelberger (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Zunächst möchte ich der Verwaltung für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit danken. Ich werde in meinem Votum nicht auf die materiellen Punkte, sondern nur auf die formellen Aspekte eingehen. Für uns alle ist NSB etwas Neues. Wir finden es gut, einmal alle Bereiche nach demselben System mittels Produktgruppen begutachten zu können. Unsere Fraktion sieht den Nutzen dieser neuen Regelung. Wir fanden vor allem die Besuche der Delegationen der Sachkommissionen gut. Das stellt einen wesentlich intensiveren Prozess dar und ermöglicht einen vertiefteren Dialog mit der Verwaltung, als es der GPK früher möglich war. Uns ist wichtig, dass möglichst immer dieselben Delegationen dieselben Teile der Verwaltung besuchen. Denn nur Kontinuität schafft letztlich den zur Beurteilung der Verwaltung im Parlament benötigten Überblick. Die umfangreichen Unterlagen, die wir dank NSB erhalten, haben aber eine negative Folge. Ich bin überzeugt, dass sie von fast niemandem intensiv gelesen werden. Die Mitglieder der verschiedenen Delegationen betrachten die sie betreffenden Bereiche, und der Rest der Unterlagen wird kaum studiert. Mir ist es dabei nicht anders ergangen. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, dass die Delegationsbesuche sehr seriös vorbereitet werden. Die jeweilige Delegation muss ihre Unterlagen wirklich sehr gut studieren. Wenn es in diesen Gremien nicht geschieht, wird es wohl kaum jemand anderes tun. Es ist fast nicht möglich, im Rahmen eines Milizparlaments solch umfangreiche Unterlagen seriös zu studieren. Wir finden, dass der Nutzen der Diskussionen in den Sachkommissionen fürs Plenum nicht gegeben ist. Es braucht hier eine Ergänzung. Ich möchte dazu zwei Vorschläge machen, die den Nutzen für uns im Rat erhöhen könnten. Zunächst fände ich es gut, wenn es wieder eine Gesamtwürdigung der BAK gäbe. Und zwar nicht in Form eines Rechenschaftsberichts wie im letzten Jahr, sondern mittels eines kurzen schriftlichen Berichts über die wichtigsten Erkenntnisse der BAK als Obergremium über die Verwaltung im letzten Jahr. Der zweite Vorschlag betrifft die Sachkommissionen. Es wäre gut, wenn sich diese pro Verwaltungseinheit auf die drei wichtigsten Erkenntnisse festlegen würden und diese in einem kurzen Bericht festhalten würden. Daraus würde ein Bericht im Umfang von 5 bis 10 Seiten zur gesamten Verwaltung resultieren. Wir könnten dadurch etwas besser vergleichen, und es liessen sich klarere Aussagen treffen. Eine knappe, durch die Sachkommissionen gewürdigte Übersicht über die wichtigsten Punkte würde für uns einen grösseren Nutzen darstellen als die zahlreichen heute gehörten Voten der Kommissionspräsidenten. Es ist fast nicht möglich, dass man alles aufnimmt, was sie gesagt haben. Ich teile deshalb die Ansicht von Beat Zobrist, dass die Art, wie wir heute im Parlament mit dem Jahresbericht verfahren, nicht viel bringt. Ich finde auch das Stellen von Fragen hier im Plenum wenig sinnvoll. Diese Fragen sollten in den Sachkommissionen gestellt werden und nicht hier in schriftlicher Form, wo sie nur viel Aufwand für die Verwaltung generieren und politisch relativ wenig Wirkung zeitigen. Viel sinnvoller wäre es, wenn uns, wie

bereits erwähnt, Ergebnisberichte der Sachkommissionen unterbreitet würden. Diese könnten danach hier im Stadtrat zusammen mit den Berichten der Verwaltung politisch gewürdigt werden.

Wir finden das System NSB gut, der Nutzen ist sicher gegeben und wird noch grösser, je mehr Erfahrungen wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier damit machen. Es ist ein vertiefterer und strukturierterer Einblick in die Verwaltung möglich als früher. Die Fraktion GFL/EVP wird von diesem Verwaltungsbericht zustimmend Kenntnis nehmen.

Stephan Hügli-Schaad (FDP) für die Fraktion FDP: Zunächst möchte ich auch seitens unserer Fraktion ein grosses Dankeschön an alle Beteiligten aussprechen. Es galt eine sehr grosse Menge an Papier zu sichten. Diese neue Art der Berichterstattung finde ich positiv. Früher kümmerte sich jeweils je eine Person pro Fraktion ums Budget und um die Rechnung. Heute haben alle, wenn nicht die Pflicht, so zumindest das Recht, Einsicht in Budget und Rechnung zu nehmen. Es waren in den Sachkommissionen und in der BAK wesentlich mehr Leute involviert, was dazu führte, dass zwei Drittel aller Ratsmitglieder schon rein aufgrund ihrer Kommissionstätigkeit zumindest einen Teil des Jahresberichts studieren mussten. Das fördert mit Sicherheit das Verständnis für die Verwaltung und deren System. Wir finden das gut.

Allerdings steckt dieses Projekt noch in den Kinderschuhen. Es bedarf noch einer gewissen Zeit. Der Umgang mit Steuerungsvorgaben, Kennzahlen und die Überprüfung des Ganzen muss erst erlernt werden. Es ist klar, dass so ein Jahresbericht auch dazu dient, das neue Budget vorzubereiten und dass man dazu Fragen stellen kann, sich auch überlegt, was in der abgelaufenen Periode gut gelaufen ist und was nicht. Dass dieser Ablauf noch nicht perfekt ist, versteht sich von selbst.

Ich komme nun trotzdem zu einer Gesamtwürdigung, auch hinsichtlich des finanziellen Aspekts. Es geht um jene Positionen, wo Uneinigkeit darüber besteht, ob sie in die Bilanz gehören oder nicht. Es wurden von der BAK, von unserem Revisionsorgan und von der Finanzkontrolle drei Punkte gerügt: Es handelt sich einerseits um das Überstundenguthaben von rund 7,5 Millionen Franken. Das AGR ist nach neuester Auskunft - so wie wir übrigens schon seit längerer Zeit - der festen Überzeugung, dass man dies unbedingt in die Bilanz aufnehmen müsse. Unsere Fraktion wird zusammen mit der Fraktion SVP/JSVP den Antrag stellen, dass man dies bilanziert, da es gemäss Bilanzvorschriften so sein muss. Wir stimmen dieser Jahresrechnung zu, wenn die 7,5 Millionen Franken in die Bilanz aufgenommen werden wie man es aus Gründen der Bilanzwahrheit und -offenheit tun muss. Weiter geht es um die 43,3 Millionen Franken für Annuitäten der Pensionskassen, die zwar ausgewiesen, jedoch nicht bilanziert wurden. Sie sind zwar bei der Pensionskasse bilanziert, nicht aber bei der Stadt. So darf man nicht verfahren. Die einen führen den Posten als Guthaben, und bei den anderen erscheint er nicht in der Jahresrechnung. Wir wissen, dass dieser Betrag bezahlt werden muss, es handelt sich also hier nicht um etwas Ungesetzliches oder ganz Gravierendes, aber gemäss unserem Rechnungslegungsrecht müssen wir diese Position in die Bilanz aufnehmen. Wenn wir dies aber im jetzigen Zeitpunkt fordern würden, hätte die Stadt Bern ein derart grosses Defizit, dass ihr ein ernsthaftes Problem erwachsen würde. Der dadurch resultierende Fehlbetrag von über 50 Millionen Franken wäre innerhalb eines Jahres nicht abbaubar. Aus diesem Grund erwarte ich heute noch eine möglichst verbindliche Antwort seitens des Gemeinderats, wie er mit dieser Situation in Zukunft umzugehen gedenkt. Letztlich geht es noch um die 3,5 Millionen Franken Altersruhegehälter der Alt-Gemeinderatsmitglieder. Wir folgen diesbezüglich der Argumentation des AGR. Es handelt sich um laufende Verpflichtungen, die man zwar entsprechend ausweisen muss, aber nicht unbedingt in der Bilanz. Sie erscheinen jährlich wieder und man weiss nicht, ob man sie leisten muss oder nicht. Es könnte auch der Fall eines verfrühten Todes eintreten, was ich niemandem wünsche, oder dass sich die Situation eines Alt-Gemeinderatsmitglieds anderweitig verändert und das Ruhegehalt nicht mehr in

derselben Form ausbezahlt werden kann oder muss. Man muss es deshalb selbstverständlich jährlich budgetieren, jedoch nur in der Grössenordnung, in der es im entsprechenden Jahr anfällt.

Wir stellen also den Antrag, den erwähnten Posten noch in die Rechnung aufzunehmen und möchten vom Gemeinderat zudem hören, wie er in zukünftigen Bilanzen mit den Pensionskassen-Annuitäten zu verfahren gedenkt. Wir verzichten darauf, bezüglich der Ruhegehälter der Alt-Gemeinderatsmitglieder hier eine Lösung zu fordern, da es offenbar so stimmt.

Ich gebe zu bedenken, dass mit dem heute der Öffentlichkeit präsentierten Budget 2006 wieder neue Ausgaben vorgesehen sind, die sich im zweistelligen Millionenbereich bewegen. Zusätzlich wurden in den letzten drei Jahren über 200 Stellen neu geschaffen. Und dies bei einer absolut prekären Finanzsituation, in der es immer noch altrechtliche Bilanzfehlbeträge abzutragen gilt. Dies liegt schlicht nicht drin und ist eigentlich nur machbar, weil beispielsweise die ewb jährlich fast 30 Millionen Franken in die Stadtkasse abliefert. Wir nagen am Hungertuch und das Wasser steht uns wirklich mehr als nur bis zum Hals. In einer solchen Lage sollte man nicht zusätzliche Forderungen stellen. In diesem Sinn nehmen wir vom Jahresbericht Kenntnis und hoffen, dass unserem Antrag zugestimmt wird.

Natalie Imboden (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir schauen heute auf ein Reorganisationsjahr unserer Stadtverwaltung zurück. Es ist einerseits das erste Jahr der flächendeckenden Einführung von NSB. Andererseits wurde die Verwaltung im letzten Jahr durch die Reduktion der Direktionen von sieben auf fünf massiv umstrukturiert. Das sind zwar beides verwaltungsorganisatorische Aspekte, die aber auch sehr direkten Einfluss auf die Politik und auf die Erbringung der städtischen Leistungen haben. Beide Reorganisationen haben von den städtischen Angestellten grosse Zusatzleistungen verlangt. Diese lagen teilweise an der Grenze der Zumutbarkeit. Die Einführung von NSB und die Reduktion auf fünf Direktionen kostete nicht nur sehr viel Zeit, sondern auch sehr viel Nerven. Die hohen Überstundenzahlen stehen als Beleg für den Faktor Zeit. Die Nervenbilanz der städtischen Angestellten ist in der Jahresrechnung nicht ersichtlich. Die Fraktion GB/JA! dankt an dieser Stelle den 2 945 städtischen Angestellten, welche sich tagtäglich mit ihrem Einsatz für den städtischen Service Public einsetzen.

Die Stadt Bern war aber leider auch im Jahr 2004 keine politische Insel. Die Sparschrauben von Kanton und Bund werden immer stärker angezogen. Zwar hat auch die Stadt Bern zusammen mit dem Kanton und eigentlich zusammen mit der gesamten Schweiz das unsägliche Steuerpaket abgelehnt, aber Bundesbern hat der Bundeshauptstadt kein Hauptstadtgesetz gegönnt. Es ist vor der Entstehung in der Sparschublade verschwunden. Anscheinend fürchtet Bundesbern die Diskussionen mit der Stadt Bern über die Abgeltung von Hauptstadtleistungen. Im letzten Jahr ist allerdings, von aussen betrachtet, Bewegung in die Agglomerationsfrage gekommen. Wir hoffen, in diesem Bereich später die Früchte ernten zu können. Erstmals müssen wir jedoch auf die 6 Millionen Franken verzichten, welche nach der Abschaffung der Billettsteuer nun nicht mehr eingehen. Vor diesem Hintergrund ist es eigentlich sehr erfreulich, dass die Stadtrechnung ausgeglichen abschliesst. Die Billettsteuer fehlt, wir haben geringere Steuererträge, und wir mussten gewisse Sicherheiten hinsichtlich Beiträge, die seitens des Kantons noch nicht zugesichert wurden, einstellen. Trotzdem konnten wir den Bilanzfehlbetrag besser abtragen, als zwingend notwendig gewesen wäre. Der Gesamtaufwand sank um 3,1 Prozent. Allerdings gibt es gewisse offene von den Vorrednerinnen und Vorrednern bereits erwähnte Punkte. Dies bezüglich der Überstunden, der altgemeinderätlichen Gehälter und der Pensionskassenverpflichtungen. Wir sind der Meinung, dass es hier eine rasche Regelung braucht. Aber eine, die einem öffentlichen Gemeinwesen angemessen ist. Eine Stadt ist nicht einfach ein privatwirtschaftlicher Betrieb. Ich nehme Bezug auf das Votum von Raymond Anliker: Für uns ist der Wechsel zu NSB sicher kein Grund, die Unterbreitung

des Budgets der Bevölkerung von Bern vorzuenthalten. NSB wurde nicht mit dem Ziel eingeführt, um der Bevölkerung die Mitsprache zu verwehren.

Der Jahresbericht ist sehr umfangreich, sagt aber noch nichts über die reale Transparenz aus. Im Gegenteil, manchmal droht, dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht oder vor lauter Zahlen in diesem Jahresbericht die politischen Inhalte nicht mehr wahrnimmt. Die Arbeit der Sachkommissionen und der BAK war sehr gross. Der Aufwand war sowohl personell wie zeitlich beachtlich. Es gibt gewisse Doppelspurigkeiten, die nicht sinnvoll sind und eliminiert werden müssen. Unsere Fraktion stimmt kritisch, dass der externe Revisionsbericht anmerkt, dass von 290 kontrollierten Steuerungsvorgaben deren 52 - das heisst jede sechste Steuerungsgrösse - entweder nicht nachvollziehbar sind oder auf unzutreffenden Berechnungsgrundlagen beruhen. Man muss sich fragen, ob es nicht etwas naiv ist, wenn wir hier einfach diesen Zahlen im Jahresbericht glauben. Hier besteht unserer Ansicht nach Handlungsbedarf.

Im möchte nun auf einige Zahlen eingehen und dazu politisch Stellung nehmen. Der Anteil der städtischen Kulturgelder, welcher für zeitgenössisches Kulturschaffen ausgegeben wird, beträgt 9,04%. Diese Zahl ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken, was nicht erfreulich ist. Wir werden im Stadtrat demnächst die Frage beantworten müssen, ob wir fürs Zentrum Paul Klee eine weitere halbe Million Franken zur Verfügung stellen wollen. Falls wir sie mit Ja beantworten, würde das Verhältnis der etablierten Kulturinstitutionen gegenüber den 9,04% für die Direktförderung noch einmal zusätzlich ins Ungleichgewicht geraten. Hier besteht sicher Handlungsbedarf.

Es fanden durch die Stadt im letzten Jahr 1055 Wegweisungen statt, welche grundrechtlich fragwürdig sind. Zudem vermisst unsere Fraktion Überlegungen, in welcher Art hier die wirkungsorientierte Verwaltungsführung eingreifen müsste. Ist es wirkungsorientiert, wenn man 1055 Leute weg weist?

Bei Neuanstellungen wurde im letzten Jahr im Kaderbereich nur in 8 von 50 Fällen eine Frau eingestellt. Damit ist der Frauenanteil im Kader im Verhältnis zum Gesamtbestand gesunken. Er beträgt im gesamten Kader 19%, bei Neuanstellungen jedoch nur 16%. Ein Rückgang in Sachen Frauenförderung im Kaderbereich ist offensichtlich und es besteht Handlungsbedarf.

38 Wohnliegenschaften der Stadt wurden im Zuge der Teilstrategie Wohnen verkauft oder im Baurecht abgegeben. Gleichzeitig ist der Neuzuwachs an Wohnungen nur um 28 Einheiten angestiegen. Auch hier besteht Handlungsbedarf.

Es fehlen heute in der Stadt Bern 811 Kinderbetreuungsplätze. Es handelt sich um die so genannten Wartelisten (593 Plätze bei den Kindertagesstätten, 100 bei den Tagesheimen, 93 bei den Tageseltern, 25 bei den Tagesschulen). Demgegenüber stehen 55 neu geschaffene Plätze. Dies ist eine Herausforderung für die Zukunft, vor allem vor dem Hintergrund, dass der Grosse Rat den Geldhahn hier zudrehen will. Dabei ist die Chancengleichheit und die Integration der Kinder eine der zukunftssträchtesten Investitionen.

Dass das Tram nach Bern West nicht realisiert werden konnte, gehört ebenso zur tristen Bilanz des letzten Jahres. Schliessen möchte ich mit einer erfreulichen Begebenheit: Im letzten Jahr wurde eine Jugendmotion von Jugendlichen aus dem Stadtteil 3 eingereicht. Sie präsentierten hier im Rat ihre Vorstellungen einer attraktiven Stadt und zeigten konkret auf, wie politische Partizipation aussehen kann.

Das Verwaltungshandeln der Stadt lässt sich nicht nur in Zahlen und Fakten messen. Es gibt auch Ereignisse, die politisch Schaden für die Stadt Bern hinterlassen, auch wenn man sie im Jahresbericht nur sehr am Rand findet. Ein solches Thema ist zum Beispiel, wie die Stadt Bern mit dem Problem der sexuellen Belästigung umgeht. Die Aufsicht des Parlaments ist notwendig und hinter jeder Zahl verbirgt sich eine politische Gewichtung. Keine Zahl ist neutral. Die Fraktion GB/JA! empfiehlt die Annahme des hier vorliegenden Jahresberichts.

Peter Bernasconi (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Der heutige Tag ist sehr ereignisreich. Einerseits diskutieren wir heute Abend den Jahresbericht 2004, andererseits wurde heute Morgen eine Pressekonferenz zum Budget 2006 abgehalten. Ich möchte zunächst Andreas Flückiger meinen Dank aussprechen. Er hat als Vizepräsident der PVS das ganze Traktandum sehr gut kommentiert. Er hat mir Arbeit abgenommen, die eigentlich zu meinen Pflichten gezählt hätte. Leider konnte ich ihr nicht nachkommen, da ich anlässlich der Diskussionen in der Kommission abwesend war. Wir von der SVP/JSVP greifen grundsätzlich keine Themen mehr auf, welche in den Sachkommissionen oder hier bereits behandelt wurden. Unsere Fraktion möchte den Mitarbeitenden der Verwaltung für die grosse Arbeit danken. Sie haben alle mit grossem Engagement und durch unzählige Überstunden eine riesige Menge Information auf Papier gebracht und ihre Aufgabe verantwortungsbewusst erfüllt. Mehrmals haben sie den Neugierigen sicher dieselben Fragen beantwortet. Den Stadträten haben sie anlässlich der Delegationsbesuche unermüdlich Auskunft erteilt und die Sachkommissionen mit den nötigen Fakten bedient. Die Angestellten der Verwaltung haben hervorragende Arbeit geleistet. Dies ist umso mehr zu würdigen, als dies auf der Basis von NSB, dem neuen Rechnungslegungsmodell, geschehen ist. Die gesamte Rechnungsablage wurde gegenüber früher transparenter, auch wenn noch die eine oder andere Verbesserung gemacht werden kann. Für uns ist das Wichtigste, dass Kontinuität gewährleistet wird. So wird diese Rechnung transparenter. Es hat sich gelohnt, NSB einzuführen. Wenn die vorher erwähnten Punkte die alleinige Messgrösse dieses Traktandums wären, könnten wir nun zum nächsten Traktandum übergehen. Leider ist dem aber nicht ganz so. Es gibt einige wenige Punkte, mit denen unsere Fraktion ganz und gar nicht einverstanden ist. Sie betreffen die Bemerkungen der verwaltungsunabhängigen Revisionsstelle und des Finanzinspektorats zur vorliegenden Rechnung. Die Fraktion SVP/JSVP hofft, dass die Verantwortlichen diese Kritik nicht persönlich nehmen, sondern im Interesse einer sachgerechten, wahrheitsgetreuen Rechnungslegung diese annehmen und mithelfen, die beanstandeten Punkte zu verbessern.

Der erste Punkt betrifft die Ferien-, Feiertags- und Überstundenguthaben von ungefähr 5 Millionen Franken, welche unserer Ansicht nach zu bilanzieren sind. Dieser Sachverhalt ist im Management-Letter der Revisionsstelle vom 13. Mai 2004 bereits dargelegt worden. Der Gemeinderat hat damals geantwortet, eine Bilanzierung sei nicht nötig. In einer Rechnung wird der Ertrag dem Aufwand eines Rechnungsjahres gegenübergestellt. Wenn Überstunden in einem Jahr erbracht werden und in der Rechnung nicht entsprechend berücksichtigt sind, kann man sich über dieses Jahr kein aussagekräftiges Urteil bilden. Die Leistungen haben die Leute in diesem Jahr erbracht, somit sollte auch der Aufwand entsprechend erfasst sein. Wenn man den Aufwand im folgenden Jahr verbucht, braucht es eine Erklärung. Man muss nämlich darlegen, weshalb plötzlich ein Aufwand, aber keine entsprechende Leistung dafür da ist. Ertrag und Aufwand sind unserer Ansicht nach im selben Jahr zu bilanzieren.

Der zweite Punkt betrifft die Annuitätenschuld gegenüber der Personalvorsorgekasse im Umfang von rund 43,5 Millionen Franken. Auch diese Position wurde von der Revisionsstelle im Management Letter kritisiert. Das kantonale Amt für Stiftungsaufsicht besteht schon lange auf der Bilanzierung dieser Schuld. Es ist das Aufsichtsorgan, welches die Stiftung kontrolliert, und in der Stiftung sind die 43,5 Millionen Franken bilanziert. Ich bin es mir nicht gewohnt, dass man einerseits an einem Ort ein Aktivum hat, aber andererseits nirgends ein entsprechendes Passivum vorfindet. Wenn ich meine Steuererklärung so einreichen würde, bekäme ich wohl Schwierigkeiten mit der Stadt. Diese heisse Kartoffel ein weiteres Mal dem Amt für Stiftungsaufsicht zur Entscheidung zuzuschieben, finden wir nicht in Ordnung. Immer wenn sich zwei Parteien nicht einig sind, werden Experten mit der Klärung des Sachverhaltes beauftragt. Solche Experten wurden auch hier beigezogen. Der Experte, der von der Stadt beauftragt wurde, kam zum Schluss, die Position sei nicht zu bilanzieren. Der von der Stiftungsaufsicht beauftragte Experte machte eine gegenteilige Aussage. Es steht also Aussage gegen

Aussage und die Sache wird um ein weiteres Jahr verschoben. Es braucht nicht viel Phantasie um zu sehen, weshalb diese Verpflichtungen nicht bilanziert werden. Der altrechtliche Finanzfehlbetrag muss gemäss Auflage des Kantons um jährlich 20 Millionen Franken amortisiert werden. Bei konkreter Bilanzierung der oben erwähnten Schuld würde somit ein Verlust entstehen. Die Folge einer richtigen Bilanzierung ist, dass der Fehlbetrag nicht amortisiert werden kann, sondern auf die 170 Millionen, die wir in der Rechnung 2004 haben, aufgestockt werden muss. Fehlbeträge verstossen ganz klar gegen die vom Kanton gegenüber der Stadt gemachten Auflagen. Und was macht man nun, um diesem Problem auszuweichen? Man bilanziert den Posten einfach nicht. Bei der Vorsorgekasse ist diese Position, wie bereits erwähnt, als Aktivum verbucht. Gemäss Antrag der verwaltungsunabhängigen Kontrollstelle ist die vorliegende Rechnung unter dem Vorbehalt der eben erwähnten Punkte zu genehmigen. Was bedeutet dieser Vorbehalt? Ich möchte hier nicht spekulieren, aber es handelt sich mit Sicherheit nicht um eine Carte Blanche.

Die Fraktion SVP/JSVP kann der vorliegenden Rechnung nicht zustimmen. Wir möchten in dieser Angelegenheit nicht in die Pflicht genommen werden. Es gibt öffentliche Vorsorgeeinrichtungen, die ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten. Die Frage der Verantwortlichkeit hat sich bei solchen Stiftungen in zwei Fällen gestellt und es laufen Untersuchungen. Ich kann nicht verstehen, dass sich der Gemeinderat dagegen sträubt, etwas zu vollziehen, das er bis jetzt gar nicht - vor allem die neuen Gemeinderätinnen - zu verantworten hat. In der heutigen Medienkonferenz wurde erwähnt, dass sich die Finanzfehlbeträge auf 170 Millionen Franken belaufen, dass sich der Cashflow im Voranschlag 2006 verschlechtere und dass sich der Aufwand um 34,3 Millionen erhöhe. Das Budget sei dank Buchgewinnen ausgeglichen. Zudem würde aufgrund der Einwohnerfluktuation mehr Steuersubstanz aus Bern abwandern als neu dazu komme. Die Fraktion SVP/JSVP stellt hier einen Antrag. Man kann jetzt nicht alle diese Fehlbeträge der Rechnung belasten. Der Antrag verlangt, dass man 7,5 Millionen Franken dieser Rechnung belasten soll. So könnten auch wir dem Jahresbericht zustimmen.

Einzelvoten

Daniele Jenni (GPB): Die Art, wie die Diskussion des Jahresberichts organisiert ist hinsichtlich der Fragen der Stadtratsmitglieder an den Gemeinderat, wurde bereits kritisiert. Ich habe Bemerkungen zu drei von mir gestellten Fragen.

S.122 letzter Abschnitt	Ist es angängig, die Bearbeitungszeiten für Vorstösse dann nicht zu beachten, wenn ein Reglement zum gleichen Thema geplant ist? Vorstösse wollen unter anderem Reglemente gestalten, sollten also vorher behandelt werden. <i>Antwort:</i> Es besteht ein enger sachlogischer Zusammenhang (Einheit der Materie) zwischen den Anliegen der 3 Vorstösse und dem Videoreglement. Deshalb hat der Gemeinderat beschlossen diese 4 "Vorlagen" zusammenhängend zu beraten und zu verabschieden.
-------------------------------	--

Zu Seite 122 des zweiten Bandes des Jahresberichts habe ich gefragt und eine unbefriedigende Antwort erhalten. Diese Vorstösse, beispielsweise zur Videoüberwachung, hätten ja einen sachlichen Zusammenhang mit dem geplanten Video-Reglement. Das stimmt natürlich schon, aber man beabsichtigt ja mit Vorstössen, namentlich mittels Motionen, zu erreichen, dass man im Bezug auf Reglemente bestimmte Weichen stellen kann. Folglich müssten Motionen, die sich mit der Videoüberwachung befassen, nicht erst dann behandelt werden, wenn der Gemeinderat sein Reglement hier präsentiert, sondern vorher, nämlich dann, wenn die zur Behandlung angesetzte Frist abgelaufen ist. Nur so kann der Stadtrat Einfluss darauf nehmen, in welcher Art der Gemeinderat in gewissen Punkten das Reglement dem Stadtrat ges-

talten und unterbreiten soll. Das Zusammenfassen von Vorstössen zusammen mit den Reglementen, erlaubt es natürlich dem Gemeinderat, Ergebnisse von Vorstössen nicht abwarten zu müssen. Das ist nicht der Sinn eines Vorstosses. Ich möchte den Gemeinderat deshalb fragen, ob er sich dazu nicht neue Überlegungen machen will.

Seite 137 Vorgabe 1)	Weshalb wurde nicht der Verkehrsdienst priorisiert, statt 5'672 Stunden „sichtbare Präsenz“ der Sicherheitspolizei mehr zu leisten als budgetiert? <i>Antwort:</i> Weil alle Budget-Ziele und Vorgaben des SR eingehalten bzw. erreicht wurden, war dies nicht nötig. In erster Linie sind die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.
-------------------------	---

Eine zweite Frage betrifft Seite 137. Dort habe ich festgestellt, dass man im Jahr 2004 für die so genannte sichtbare Präsenz der Sicherheitspolizei 5672 Stunden mehr aufgewendet hat, als in den Zielvorgaben vorgesehen. Ich habe gefragt, weshalb man da und nicht zum Beispiel bei den Kapazitäten für Verkehrsüberwachung aufgestockt habe. Das ist eine politische Frage der Priorisierung. Ich habe zur Antwort bekommen, die Zielvorgaben seien ja in beiden Fällen eingehalten worden, und es seien in erster Linie die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Natürlich wurden die Vorgaben auch bei der Verkehrsüberwachung eingehalten, aber eben auch bei der sichtbaren Präsenz der Sicherheitspolizei. Der Gemeinderat beantwortet mir nicht, weshalb man am einen Ort aufstockt und am anderen nicht. Welches sind die Bedürfnisse der Bevölkerung? Ist die Präsenz der Sicherheitspolizei ein Bedürfnis der Bevölkerung und die Überwachung des Verkehrs nicht? Wer entscheidet das und wer rechtfertigt seine Entscheidungen? Die Antwort des Gemeinderats auf meine Frage befriedigt nicht.

S. 143 zu Kenn- zahl 2:	Lässt sich die Zunahme um 436 Anzeigen wegen Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen wirklich nicht erklären? Liegt es nicht an der Anzahl von Wegweisungen, damit an der politischen und polizeilichen Praxis in dieser Sache? <i>Antwort:</i> Ja bzw. Nein
-------------------------------	---

Auf Seite 143 habe ich nachgefragt weshalb die Anzeigen wegen Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen gegenüber dem Vorjahr um 436 Fälle angestiegen sind. Der Gemeinderat sagt, dies liesse sich nicht erklären. Auf meine Nachfrage, ob es denn nicht an der Anzahl der Wegweisungen und damit auch an der polizeilichen Praxis in dieser Frage liege, erhielt ich zur Antwort, man könne die Zunahme der Anzeigen nicht erklären und die polizeiliche Praxis der Wegweisungen habe damit nichts zu tun. Im statistischen Band des Jahresberichts haben wir eine Antwort auf eine Frage erhalten, die einen ähnlichen Bereich betrifft. Dort wurde seitens der Fraktion GB/JA! gefragt, weshalb sich die Anzeigen gegenüber dem Jahr 2003 verdoppelt hätten. Darauf wurde geantwortet, dass die Gründe dafür nicht genannt werden könnten. Diese Anzeigen kommen offenbar einfach so und der Gemeinderat und die Polizeidirektion wissen nicht weshalb. Vermutlich fallen sie einfach so vom Himmel. Man könne dies halt nicht eruieren, da die Anzeigenstatistik fallbezogen und nicht personenbezogen sei. Es wurden sehr viele Leute mehrfach wegen Missachtung von Wegweisungsverfügungen angezeigt. Will der Gemeinderat auch in Zukunft in seinem Bericht nicht darlegen, wie viele Personen von wie vielen Anzeigen betroffen sind? Es nützt nämlich wenig, wenn wir nur die Anzahl der Anzeigen kennen und nicht den Anteil derjenigen Anzeigen, welche dieselben Personen betreffen. Um als Stadträtinnen und Stadträte gut informiert zu sein, brauchen wir diese statistischen Angaben. Was wir dagegen nicht brauchen, sind Antworten des Gemeinderats und von der Polizeidirektion, die uns sagen, die Anzeigen hätten einfach so um rund 450 Fälle zugenommen, aber man wisse eigentlich nicht warum.

Natalie Imboden (GB): Ich möchte noch zu zwei Punkten Stellung nehmen. Wir haben im Vorfeld der Einführung von NSB befürchtet, dass die Frage der Gleichstellung, die von der Stadt Bern immer als wichtig erachtet worden ist, unter die Räder kommt. Deshalb werde ich nun zwei schon einmal gestellte Fragen erneut an die zuständigen Gemeinderatsmitglieder rich-

ten. Die eine Frage ist auf Seite 4 zu finden, und es geht um die Frage der Förderung von Teilzeitarbeit im Kaderbereich der Stadtverwaltung. Die Stadt Bern hat sich seit Jahren engagiert, dass im Kaderbereich Teilzeitarbeit gefördert wird, da man weiss, dass dies ein Instrument ist, welches es für Frauen einfacher macht, Führungsfunktionen zu übernehmen. Auf meine Frage weshalb in diesem Bereich keine positiven Ergebnisse sichtbar sind, schreibt der Gemeinderat in der Antwort, der zunehmende Leistungsdruck wirke sich spürbar bremsend auf das Interesse an Teilzeitarbeit im Kader aus. Ich möchte den Gemeinderat fragen, welche Massnahmen er zu ergreifen gedenkt. Wenn nämlich der Leistungsdruck dazu führt, dass Gleichstellung nicht realisiert werden kann, müssen wir Massnahmen ergreifen.

Die zweite Frage findet sich in der Zusammenstellung auf Seite 21. Hier geht es um die Frage der Neuanstellungen von Frauen im Kaderbereich. Ich habe den Gemeinderat gefragt, ob er beispielsweise Jobsharing-Programme bei der Ausschreibung von Kaderstellen geprüft habe. Es geht nicht um die bereits besetzten Stellen, dort haben wir nicht viele Einflussmöglichkeiten, aber im letzten Jahr hätte der Gemeinderat bei Neuanstellungen ganz konkrete Einflussmöglichkeiten gehabt. Der Gemeinderat antwortet hier sehr lapidar, dass am Schluss einfach das Anforderungsprofil darüber entscheide, wer berücksichtigt werde. Aus dieser Antwort ist zu schliessen, dass Frauen offenbar das Anforderungsprofil nicht erfüllen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Ich möchte herzlich für die grosse Arbeit danken, die in den vorberatenden Kommissionen und in den Fraktionen geleistet wurde. Es ist uns klar, dass das Ganze enorm papierlastig ist und dass die Abläufe noch nicht eingespielt sind. Die Doppelspurigkeiten wurden bereits erwähnt. Wir sind gerne bereit, Verbesserungsvorschläge für die Zukunft zu prüfen. Es wurde zum ersten Mal eine Berichterstattung in dieser Form erstellt, und es war auch für uns neu. Den von den Rednerinnen und Rednern ausgesprochene Dank an die Verwaltung leite ich gerne weiter und bedanke mich dafür. Es wurde sehr viel gearbeitet und diese neue Berichterstattung stellte auch für die Verwaltung eine grosse Umstellung dar, die mit einem Mehr an Arbeitsaufwand verbunden war. Es kann nicht genügend oft erwähnt werden, wie wichtig das Personal ist und wie gut es arbeitet.

Was die Fragen angeht muss ich sagen, dass es etwas schwierig wird, hier einfach so aus dem Stand Antworten zu geben. Dazu bin ich schlicht nicht in der Lage. Daniele Jenni hat reklamiert, dass Vorstösse zu spät behandelt würden. Es sei nicht richtig, wenn man sage, es bestehe ein sachlicher Zusammenhang und man behandle es deshalb auch zusammen. Ich verstehe, dass man aus politischen Gründen gerne mehrfach über das Gleiche reden möchte. Eine getrennte Behandlung ist durchaus vertretbar. Was die sichtbare Polizeipräsenz angeht, möchte ich sagen, dass dies bei Umfragen in der Bevölkerung eines der grossen Anliegen ist. Die Bevölkerung will sehen, dass uniformierte Polizei präsent ist. Das Sicherheitsempfinden ist einer derjenigen Punkte, die auf das Wohlbefinden in einer Stadt massgeblichen Einfluss haben. Eine sichtbare Polizeipräsenz ist deshalb durchaus erwünscht. Auch Verkehrskontrollen müssen sein, das ist klar. Man muss das eine machen und das andere nicht unterlassen. Aber zu sagen, eine sichtbare Polizeipräsenz sei eine falsche Priorität, deckt sich ganz sicher nicht mit der Ansicht eines Grossteils der Bevölkerung. Was die dritte Frage angeht, so kann man diesen Wunsch sicher einmal entgegennehmen. Wir können abklären, ob es möglich ist, eine Zusatzstatistik zu erstellen, damit man sieht, wie viele Personen von wie vielen Anzeigen betroffen sind. Ob das möglich ist, kann ich nicht beurteilen, da dieses Anliegen nicht meine Direktion betrifft. Zu Natalie Imboden muss ich sagen, dass ich diese Fragen hier nicht beantworten kann. Ich bin aber gerne bereit, noch einmal mit Stefanie Brander zu reden und zu schauen, ob wir vertiefere Antworten liefern können. Sicher ist, dass man Teilzeitarbeit im Kaderbereich fördern muss. Wir haben in letzter Zeit wieder einige Stellen ausgeschrieben und dabei festgestellt, dass halt eben das Verhältnis von Frauen und Männern, die sich auf

gewisse Stellen bewerben, nach wie vor nicht ausgeglichen ist. Wir arbeiten aber daran und haben zum Beispiel gerade jetzt eine Arbeitszeitreduktion im Kaderbereich aus familiären Gründen beschlossen. Uns ist bewusst, dass wir dort noch Nachholbedarf haben.

Ich möchte dem Stadtrat herzlich für die wohlwollende Aufnahme dieses neuen und umfangreichen Berichts danken. Für die finanziellen Aspekte möchte ich das Wort nun Kurt Wasserfallen übergeben.

Direktor FPI *Kurt Wasserfallen* für den Gemeinderat: Auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön an alle, die sich mit dem Jahresbericht befasst haben. Ebenso möchte ich den Beteiligten in der Verwaltung recht herzlich danken. Die hier gemachten Aussagen waren nach meinem Empfinden relativ stark rechnungslastig und nicht so sehr produktgruppen- oder steuerungsvorgabenlastig. Ich persönlich bedaure dies ein wenig. Es wäre eigentlich mitunter die Aufgabe des Parlaments zu schauen, ob die im Budget erteilten Aufträge auch erfüllt wurden. Es ist richtig, dass wir mit dem neuen Berichterstattungsverfahren noch in den Kinderschuhen stecken. Die Schwerpunkte sollten sich aber in Zukunft in der Debatte etwas mehr in Richtung Qualität und weg von reinen Zahlen verlagern.

Ich möchte noch kurz etwas zu den Finanzkennzahlen sagen, wie sie nun vorliegen. Es betrifft nur den steuerfinanzierten Haushalt. Der Selbstfinanzierungsgrad täuscht, da dort der Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrages enthalten ist. Wir müssen das einfach so in der Rechnung präsentieren. Wenn man den herausnimmt, haben wir noch gerade einen knapp genügenden Selbstfinanzierungsgrad. Beim Selbstfinanzierungsanteil sind wir jedoch nach wie vor ungenügend. Leider bleibt das auch so. Dafür konnten wir Verschiedenes amortisieren. Die Zinsbelastungsanteile und die Kapitaldienstanteile sind dadurch besser geworden.

Beat Zobrist hat sich zum Lastenausgleich geäußert. Ich bin nicht sicher, ob alle den Durchblick haben. Vielleicht hat ihn meine Kollegin Edith Olibet. Ich weiss nur, dass sich das in etwa auf 10% bis 12% vermindert, wenn wir in den Lastenausgleich einzahlen müssen. Wir müssen aber auch sehen, dass durch die restriktiveren kantonalen Verhaltensweisen noch nicht gesichert ist, dass alles, was wir wollen, auch wirklich in den Lastenausgleich kommt.

Hans Peter Aeberhard, Stephan Hügli-Schaad und Peter Bernasconi haben sich zur Revision geäußert. Wir setzen im nächsten Jahr alles daran, dass der Revisionsbericht rechtzeitig eintrifft. Man muss einfach sehen, dass diese Leute während ca. 6 Wochen revidieren. Zu den Bilanzierungsfragen: Wir verfügen über eine Antwort des Amtes für Gemeinden und Raumordnung. Die Revisionsstelle hat uns gebeten, wir sollen dort nachfragen. Was die Überstundenguthaben angeht ist klar, dass die 7,5 Millionen Franken ab 2007 bilanziert werden müssen. Das heisst für uns vom Gemeinderat hinsichtlich der Personalführung, dass wir Ende Jahr keine Überstunden mehr ausweisen dürfen. Sonst müssen wir sie bilanzieren und das würde die Rechnung stark belasten. Zu den PVK-Annuitäten: Hier muss man daran erinnern, dass die Rückzahlung über 20 Jahre in den 1980er Jahren durch den Stadtrat so beschlossen wurde. Hier nun zu sagen, man müsse das bilanzieren, ist falsch. Wir halten uns an den damaligen Beschluss des Stadtrats. Indem wir etwa 7 Millionen Franken pro Jahr abbauen können, sollten wir mit der Rückzahlung im Jahr 2012 abschliessen können. Es fehlen also noch 45,8 Millionen Franken und das müssen wir erfüllen. Es ist nun zu hören, man solle noch mit der Stiftungsaufsicht schauen. Ich persönlich finde das keine gute Lösung. Wir halten uns an den Stadtratsbeschluss. Wir möchten das nicht noch bilanzieren und plötzlich deswegen noch ein 30 Millionen Defizit einfahren. Zu den Löhnen der Alt-Gemeinderatsmitglieder: Auch die sind gemäss Angaben des Amtes für Gemeinden und Raumordnung nicht zu bilanzieren. In diesem Sinn lehne ich im Namen des Gemeinderats den Antrag der FDP/SVP/JSVP ab und bitte den Stadtrat, dasselbe zu tun.

Markus Blatter hat erwähnt, dass die Verpflichtungskreditkontrolle verbessert werden müsse. Das ist nicht so einfach. Wir sind aber daran, dies zu verbessern und geben uns Mühe. Bei

den Umlageschlüsseln musste ich feststellen, dass diese beinahe jährlich ändern, was die ganze Sache auch nicht transparenter macht.

Beat Zobrist hat zu Recht gerügt, dass die Angaben zu den Stadtbetrieben und zu ewb nicht vorliegen. Man muss bedenken, dass sie zuerst ihre Rechnungen machen und revidieren lassen müssen. Sie müssen dann durch den Verwaltungsrat und zu uns. Aber ich glaube, dass sich die angeschlossenen Betriebe nun bewusst sind, dass sie die ganze Sache früher vorbringen müssen. Immerhin sind die rechnungsrelevanten Zahlen in der Jahresrechnung enthalten.

Raymond Anliker hat einen sehr wichtigen Bereich angesprochen. Auch wir befinden uns in einem zeitlich engen Korsett und ich möchte hier ganz klar sagen, dass von unserer Seite kein einziger Tag mehr zu Gunsten des Parlaments drin liegt. So leid mir das tut, aber wir müssen diese Zeit haben, sonst können wir plötzlich die Rechnung nicht mehr seriös erstellen. Ob der Ablauf zwischen den Sachkommissionen und der BAK richtig oder falsch ist, und ob die Lesbarkeit ausreichend ist, kann man sicher diskutieren. Wir wären einer gewissen Vereinfachung gegenüber sicher nicht abgeneigt.

Stephan Hügli-Schaad hat die schlechte finanzielle Situation der Stadt angesprochen und davor gewarnt, neue Ausgaben zu beschliessen. Ich habe das auch heute Morgen an der Budget-Presskonferenz so gesagt, und ich möchte auch den Stadtrat bitten mitzuhelfen. Es ist eben nicht nur ein Problem der Sparschraube von Kanton und Bund, Natalie Imboden, dass wir finanziell nicht so gut dastehen. Die Probleme sind zum Teil eben auch hausgemacht. Dass 52 Steuerungsgrössen in der Revision beanstandet wurden, erscheint mir auch etwas viel. Das hat wohl damit zu tun, dass wir alle ein wenig Schwierigkeiten haben, Steuerungsgrössen exakt zu definieren. Ich bin mit Ihnen einverstanden, dass wir dort eine Verbesserung erreichen können.

Zu den Personalfragen: Alexander Tschäppät hat hierzu schon etwas gesagt. Letztlich stellt der Gemeinderat die Leute an. Wir müssen jene Leute berücksichtigen, die uns die besten Dienste erweisen. Das ist dann manchmal nicht eine Frau oder nicht immer jemand, der ein Job-Sharing wünscht.

Ich bitte den Stadtrat im Namen des Gemeinderats den vorliegenden Jahresbericht zu genehmigen und den Antrag der Fraktionen FDP und SVP/JSVP abzulehnen.

Raymond Anliker (SP): Es liegt noch ein schriftlicher Nichteintretens-Antrag von uns zur Liste der parlamentarischen Vorstösse vor. Wir stiessen in der Berichterstattung auf Widersprüchlichkeiten. Auch materiell sind wir zum Teil nicht ganz glücklich über Begründungen entweder für die Fristerstreckung oder die Abschreibung. Nun hat man aber von verschiedener Seite das Gespräch mit mir gesucht und darauf hingewiesen, dass man zwischen der Stadtkanzlei und dem Ratssekretariat, was das System der Geschäftskontrolle angeht, in konstruktiven Verhandlungen und Gesprächen ist. Wir wollen diese Bemühungen nicht unterlaufen und möchten deshalb den Antrag dahingehend abschwächen, dass wir nicht heute über diese Liste befinden, sondern dass uns das Ratssekretariat gegen Ende Jahr eine Regelung im Zusammenhang mit der Geschäftskontrolle vorlegt und wir erst zu diesem Zeitpunkt darüber befinden.

Zum Antrag der Fraktionen FDP und SVP/JSVP möchte ich nicht viele Worte verlieren. Wir stellen uns hinter jene Überlegungen, die Kurt Wasserfallen eben dargelegt hat. Wir haben gesehen, dass das Amt für Gemeinden und Raumordnung eine Empfehlung auf Bilanzierung abgegeben hat. Ebenfalls in dieser Empfehlung enthalten ist aber auch der Hinweis, dass man eine Harmonisierung im ganzen Kanton anstrebt. Wir haben eine Zielvorgabe, wonach dies bis 2007 umgesetzt bzw. danach den Gemeinden Zeit eingeräumt wird, entweder zu bilanzieren oder die Überzeiten abzubauen. Wir lehnen diesen Antrag also ab.

Stadtratspräsident *Philippe Müller* (FDP): Es gibt keine Opposition gegen das Vorgehen betreffend die Liste der parlamentarischen Vorstösse.

Beschlüsse

1. Der Antrag FDP und SVP/JSVP zur Jahresrechnung 2004 wird mit 21 : 43 Stimmen abgelehnt.
2. Punkt 1 des Gemeinderatsantrags zur Jahresrechnung 2004 wird mit 46 : 13 Stimmen bei 4 Enthaltungen genehmigt.
3. Punkte 2 - 4 des Gemeinderatsantrags zur Jahresrechnung 2004 werden mit 51 : 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

5 Bericht über die Verwaltungskontrollarbeit der Budget- und Aufsichtskommission im Jahr 2004

Geschäftsnummer 04.000068

BAK-Präsident *Beat Zobrist* (SP): Der vorliegende Verwaltungskontrollbericht der BAK ist stark durch den Systemwechsel geprägt. Die Besprechungen zum Verwaltungsbericht und zur Jahresrechnung 2003 basierten noch auf sieben Direktionen und fanden im Frühling 2004 statt. Sie sind aber bereits im Verwaltungskontrollbericht 2003 erwähnt. Im Berichtsjahr hat sich die BAK intensiv mit der Tierparkaffäre befasst. Im Rahmen der Delegationsbesuche hat sie sich von den zuständigen Stellen über Organisation und Führung auf der Stufe Direktion und Generalsekretariat informieren lassen. Die BAK-Delegationen haben in einigen Direktionen und Abteilungen eine angespannte Stimmung vorgefunden. Sie war geprägt durch die bevorstehenden Umstrukturierungen und Direktionszusammenlegungen. Weiter hat sich die BAK erneut mit dem Problem der Zinsgarantie gegenüber der Personalvorsorgekasse befasst. Der genaue Sachverhalt kann der Beilage des BAK-Berichts entnommen werden. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat den vorliegenden Verwaltungskontrollbericht der BAK zur Kenntnis genommen hat und beschränke mich darauf, allfällige Fragen zu beantworten.

Fraktionserklärungen

Thomas Weil (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Wir würdigen den Bericht der BAK über die Verwaltungskontrolle 2004 im Sinn wie ihn die BAK vorgelegt hat. Nämlich mit der Beschränkung auf ausgewählte Bereiche der Kontrolle. Vorweg können wir sagen, dass bei den Mitarbeitenden eine gewisse Unsicherheit bezüglich der bevorstehenden Reorganisationen in allen Direktionen geherrscht hat. Dies ist anlässlich der Zusammenlegung der Direktionen verständlich. Wir gehen davon aus, dass sich dies mit den neuen Strukturen aber wieder einspielen wird. Bei der Tierparkaffäre ist sicher einiges schief gelaufen. Die Presse hat beispielsweise bereits zu einem Zeitpunkt informiert, wo die BAK noch keine Auskunft erhalten hat. Da der betroffene Gemeinderat heute nicht mehr im Amt ist, möchten wir diese Affäre einfach als unglückliche Verwaltungsangelegenheit im Raum stehen lassen, denn er kann sich nicht mehr verteidigen.

Zur FPI können wir sagen, dass wir positiv zur Kenntnis nehmen, dass die Stadt zumindest für die nächsten fünf Jahre keine Lizenzgebühren für PCs mehr schuldet. Ebenso ist die Lösung betreffend vergessene Pensionskassenvermögen für die Angestellten der Verwaltung zu begrüssen. Was die Zinsgarantie der Stadt Bern gegenüber der Personalvorsorgekasse angeht, gibt der Bericht der FPI, welcher dem Verwaltungskontrollbericht angehängt ist, ent-

sprechend Auskunft. In diesem Zusammenhang haben zudem im Stadtrat schon diverse Diskussionen stattgefunden. Es wäre nicht angebracht, sich dazu nochmals zu äussern.

Zur DSO wurde schon fast alles gesagt. Hier stand sicher der Direktorinnenwechsel im Vordergrund. In der BUI wurden vor allem organisatorische Fragen diskutiert und einige Sachfragen, die unserer Ansicht nach aber nicht unbedingt Grundlage einer politischen Diskussion hier im Rat sein sollten. Zur Präsidialdirektion äussern wir uns nicht speziell, wir haben nichts Besonderes festgestellt. Zur Ombudsstelle äussern wir uns später.

Die Situation der Fahrenden hat in unserer Fraktion zu Diskussionen Anlass gegeben. Es wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die Fahrenden ihrerseits bereit sein sollten für eine offene Kommunikation mit der Stadt. Die Fahrenden scheinen sich nämlich nicht an die Vereinbarungen mit der Stadt zu halten. Wir fragen uns, ob ihre Kinder während des ganzen Jahres zur Schule gehen oder ob sie immer noch vom Frühling bis zum Herbst von der Schule ausgeschlossen werden? Werden die Pachtzinse bezahlt? Wir erwarten, dass angesichts der grosszügigen Leistungen der Stadt auch von ihrer Seite Bereitschaft besteht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass es sich um einen sehr kurzen Verwaltungsbericht handelt, was positiv zu werten ist. Der Überblick ist gewährleistet.

Margrith Beyeler-Graf (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion dankt der BAK für den interessanten Bericht. Wir finden es wichtig und richtig, dass sich die BAK Schwerpunkte setzt und diese vertieft anschaut und dass unschöne Vorkommnisse sorgfältig behandelt werden. Ich denke beispielsweise an die Tierparkaffäre oder an die Aufarbeitung der Anti-WEF-Demo. Durch die Delegationsbesuche, respektive durch das Gespräch, können begangene Fehler aufgezeigt und in Zukunft vermieden werden. Gerade bei heiklen Themen ist es wichtig, dass sich ein Vertrauensverhältnis zwischen der BAK und der Verwaltung bilden kann. Es ist auch wichtig, dass die Öffentlichkeit informiert wird. So ist es auch für die Einwohnerinnen und Einwohner nachvollziehbar, warum etwas nicht gut gelaufen ist. Alle können dadurch entsprechende Lehren ziehen. Wir finden es richtig, dass sich die BAK nicht auch noch vertieft um die Jahresrechnung gekümmert hat. Das ist unserer Ansicht nach nicht die Aufgabe der BAK, sondern die Aufgabe der Sachkommissionen. Die SP/JUSO-Fraktion anerkennt die grosse Arbeit und dankt der BAK für den ausführlichen Bericht.

Beschluss

Der Stadtrat verdankt den Bericht der Budget- und Aufsichtskommission über die Verwaltungskontrollarbeit im Jahr 2004

6 Tätigkeitsbericht 2004 der Ombudsstelle an den Stadtrat (BAK)

Geschäftsnummer 04.000352

BAK-Präsident *Beat Zobrist (SP)*: Zunächst soll einmal mehr festgehalten werden, dass die kleine Ombudsstelle sehr selbständig für die Stadtverwaltung wichtige und grosse Arbeit leistet. Die Arbeit ist direkt auf die Kundschaft ausgerichtet. Die Ombudsstelle hilft der Stadt, Imageschäden zu vermeiden und findet in Konfliktsituationen häufig Lösungen, die von beiden Seiten akzeptiert werden. Interessant ist, dass die Fallzahlen seit mehreren Jahren auf hohem Niveau stabil bleiben. Nach wie vor überwiegt der Aufwand für die Ombudstätigkeit mit 84% im Vergleich zum Aufwand für den Datenschutz mit 16%. Weil aber der Datenschutz in der heutigen Zeit auch in unserer Stadt immer eine grössere Bedeutung erhält, wäre es angezeigt, den Titel dieses Tätigkeitsberichts entsprechend zu ergänzen. Die meisten Dossiers

betreffen, wie eigentlich jedes Jahr, die Direktionen DSO und DSI (alte Bezeichnungen), nämlich insgesamt 50%. Bei den Sozialdiensten und bei der Polizei scheinen die von der Verwaltung erbrachten Dienstleistungen am meisten Konfliktstoff in sich zu tragen. Interessante Ergebnisse resultieren aus der Kundinnen- und Kundenbefragung. Mit dem Schlussergebnis waren die Leute zwar meist nicht zufrieden, aber sie haben sich vom Ombudsmann ernst genommen gefühlt und alle waren der Meinung, dass ihr Problem richtig erfasst wurde. Das ist ein positives Leistungsergebnis, wenn man berücksichtigt, dass es sich meist um sehr komplexe Konfliktsituationen handelt. Eine Verwaltung, die einen ernst nimmt, schafft Vertrauen. Die BAK schätzt es und findet es sinnvoll, dass im Rahmen des Tätigkeitsberichts immer Fallbeispiele geschildert werden, so dass die tägliche Arbeit dieser Stelle auch von Aussenstehenden nachvollzogen werden kann. Die BAK dankt Iris Frey und dem Ombudsmann Mario Flückiger für ihren Einsatz und empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, den Tätigkeitsbericht 2004 der Ombudsstelle zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Fraktionserklärungen

Christof Berger (SP) für die Fraktion SP/JUSO: „Es war für mich wichtig, jemanden zu finden, der mir bei meinem Problem behilflich sein konnte. Ich hoffe sehr, dass diese Anlaufstelle für Ratsuchende weiterhin bestehen bleibt.“ Das ist eine Reaktion einer Kundin oder eines Kunden der Ombudsstelle. Auch wir von der SP/JUSO-Fraktion finden die Ombudsstelle nach wie vor eine überaus wichtige Institution. Sie stärkt das gegenseitige Verständnis zwischen der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern. Die Beispiele im Tätigkeitsbericht des Ombudsmannes zeigen anschaulich, wie man Konflikte entschärfen kann. Sei es dadurch, dass man sie löst oder nur dadurch, dass ein Sachverhalt geklärt wird. Manchmal kann ein Konflikt nicht gelöst werden. Darüber, ob dies am Ombudsmann liegt, oder an dem, der ihn aufsucht, möchte ich hier nicht mutmassen. Das Feed-Back auf die Umfrage der Ombudsstelle zeigt aber klar in eine positive Richtung. Was sich auch zeigt, ist die Tatsache, dass sich immer mehr Fragen aufdrängen, die in Richtung Datenschutz gehen. Die Löschung von Polizeidaten ist ein Beispiel, oder die Publikation von IP-Adressen von Besucherinnen und Besuchern auf der Homepage von BERNMOBIL. Oder auch die Videoüberwachung an den S-Bahn-Stationen. Der Hacker-Angriffsvorwurf an die Adresse eines Verwaltungsangestellten ist wohl eher ein exotisches Beispiel. Viele der Datenschutzprobleme kann man nur erahnen, da sie versteckt auftreten. In diesem Bereich hat der Ombudsmann, der ja auch noch Datenschutzbeauftragter ist, mit weniger als 20 Prozent sicher eine Aufgabe, die nicht unbedingt befriedigend wahrgenommen werden kann. Der technische Fortschritt geschieht in hohem Tempo. Der Datenschutzbeauftragte mit seinen rund 15 Stellenprozenten hinkt dieser Entwicklung mehr oder weniger hilflos nach. Man muss sich deshalb fragen, ob es sich nicht lohnen würde, den Anteil am Datenschutz deutlich aufzuwerten, denn die Schäden, welche durch unsorgfältige Handhabung von sensiblen Daten entstehen, zeigen sich meistens zu spät. Wir danken Iris Frey und Mario Flückiger für ihre Arbeit, die sie im Dienst der Stadt und der Bevölkerung leisten, und wir danken auch für den Tätigkeitsbericht, welchen wir zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Erich Ryter (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Einmal mehr geht es um den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle, einmal mehr ist unsere Fraktion gleicher Meinung wie in den vergangenen Jahren. Die Arbeit der Ombudsstelle stellen wir nicht in Frage, es wird sicher grösstenteils gut gearbeitet. Wir sind aber immer noch nicht einverstanden, dass es diese Stelle überhaupt gibt. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass die Ombudsstelle parallel zu anderen bereits bestehenden Institutionen läuft. Sie ist Vermittlungsbüro, das auf andere Stellen und Ämter verweist, der Bürgerin und dem Bürger wird die Verantwortung abgenommen. Unsere

Fraktion ist der Meinung, dass man den Bürgerinnen und Bürgern mehr Verantwortung übertragen sollte. Selbstverständlich hat unsere Haltung aber nichts mit den Personen von Mario Flückiger und Iris Frey zu tun, sondern mit der Ombudsstelle an sich. Die Gesamtzahl der Konsultationen ist so tief wie noch nie seit dem Jahr 2000. Man kann aus diesen Zahlen nicht ersehen, ob es sich um Erstanfragen handelt, oder ob es sich um eine Klientel handelt, die bereits bekannt ist. Es wäre interessant zu wissen, wie viele Erstanfragen in den letzten drei Jahren registriert worden sind. Im Allgemeinen stellt man eine Abnahme der Anfragen fest, ein Trend, der sich möglicherweise fortsetzen wird. Der Anteil von Anfragen ausländischer Bürgerinnen und Bürger ist relativ gering, deshalb finden wir es unnötig, dass das Sprachsortiment der Informationsprospekte erweitert wurde. Das sieht nach Akquisition aus. Wer sich bei uns niederlässt, soll sich in unserer Sprache verständigen können, das ist auch ein Beitrag zur Integration. Wenn jemand das will, kann er oder sie es auch.

Noch ein Wort zum Datenschutz. Die Überwachung des öffentlichen Raums sehen wir nicht so problematisch. Das kommt offenbar daher, dass wir weniger zu verbergen haben. Es kann durchaus Sinn ergeben, gewisse Abschnitte des öffentlichen Raumes zu überwachen. In London ist das beispielsweise kein Problem.

Unsere Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Gabriela Bader-Rohner (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Fraktion dankt für den ausführlichen und interessanten Tätigkeitsbericht. Er gibt Einblick in eine Arbeit, die unserer Ansicht nach wichtig und nötig ist. Im Unterschied zur Fraktion SVP/JSVP finden wir nicht nur die gemachte Arbeit, sowohl im Bereich Ombudstätigkeit als auch im Bereich Datenschutz, nötig, sondern auch die Stelle. Unserer Meinung nach muss es ein Ziel einer offenen und demokratischen Gesellschaft sein, dass die Distanz zwischen der Bevölkerung und einer Amtsstelle möglichst klein ist und dass die Verwaltungsarbeit möglichst transparent gemacht wird. Dazu leistet die Ombudsstelle einen wichtigen Beitrag. Über 800 Anfragen pro Jahr belegen dieses Bedürfnis. Wenn man diesen Bericht liest und findet, es handle sich bei den meisten Fällen doch eher um Bagatellen, so empfinden es eben die Betroffenen selber anders. Für sie sind es relevante und wichtige Fragen. Es ist wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger ihren Ärger bei einer entsprechenden Stelle deponieren können. In der Berichterstattung in der Zeitung „Der Bund“ wurde in diesem Zusammenhang das Wort „deeskalierend“ verwendet. Ich finde das ziemlich zutreffend. Es ist wichtig, dass nicht nur jemand reagiert und zuhört, sondern dass man gemeinsam nach Lösungen sucht und vermittelnd eingreift, was ja in vielen Fällen auch gelingt. Ich selber habe in diesem Jahr die Erfahrung gemacht, dass die Ombudsstelle sehr schnell und engagiert reagiert und sich einer Sache annimmt. Wir sind der Meinung, dass diese Stelle der Stadt Bern gut steht. Erstaunlich wenige Städte in der Schweiz haben eine Ombudsstelle, zur Hauptstadt passt sie jedoch gut. Unserer Ansicht nach wäre es wünschenswert, auch auf kantonaler und nationaler Ebene Ombudsstellen zu haben. Wir danken für den Bericht und nehmen zustimmend davon Kenntnis.

Franziska Schnyder (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wo gearbeitet wird, werden auch Fehler gemacht. Wo Menschen miteinander Leben, gibt es Konflikte und unterschiedliche Auslegungen von Vorschriften. Damit die Konflikte zwischen der Stadt und ihren Bewohnerinnen und Bewohnern möglichst schnell und unbürokratisch gelöst werden können, wurde vor zehn Jahren die Ombudsstelle geschaffen. Wir feiern in diesem Jahr also ein Jubiläum. Die Ombudsstelle ist eine Erfolgsstory und entspricht einem Bedürfnis. Schon seit Beginn hat täglich mehr als eine Person an der Junkerngasse 56 angeklopft. Mario Flückiger und Iris Frey nehmen die Anliegen aller Bürgerinnen und Bürger ernst. Auch wenn sie die Probleme nicht immer zur Zufriedenheit der Ratsuchenden lösen können, fühlen sich die meisten trotzdem richtig verstanden. Immer geht es um Konflikte zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem

Staat. Auf unbürokratische und effiziente Weise versucht die Ombudsstelle die Konflikte zu lösen. Diese Konfliktlösungsmethode ist äusserst erfolgreich und kostengünstig. Die Fraktion GB/JA! muss auch in diesem Jahr einmal mehr bedauern, dass es immer noch keine kantonale, geschweige denn eine nationale Ombudsstelle gibt. Mit einer gewissen Regelmässigkeit wird die Ombudsstelle hier im Stadtrat kritisiert oder sogar, so wie auch heute, deren Abschaffung verlangt. Die Argumentation ist dabei auch immer dieselbe. Die Stelle koste zu viel und bringe nichts. Man betrachtet dabei aber die Alternativen nicht. Die Alternative wäre, wenn wir auf der Ebene der gewaltfreien Lösungsmethode sind, der Weg über die Gerichte. Jedes Gerichtsverfahren ist aber eine hochsubventionierte Veranstaltung. Die Gerichtskosten decken den Aufwand des Staates für diese Verfahren bei weitem nicht. Gerichtliche Verfahren kosten den Staat eine Unmenge an Geld und oft bleiben unzufriedene Verlierer zurück. Die Ombudsstelle hingegen hilft, Konflikte aussergerichtlich zu regeln. Das ist kostengünstig und effizient. Die Fraktion GB/JA! dankt Mario Flückiger und Iris Frey für ihre vermittelnde Arbeit. Beide nehmen eine äusserst wichtige Brückenfunktion zwischen der Verwaltung und den Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt Bern wahr. Wir nehmen den Bericht wohlwollend zur Kenntnis.

Hans Peter Aeberhard (FDP) für die Fraktion FDP: Es ist nicht so, dass die FDP-Fraktion der Ombudsstelle gegenüber nur kritisch eingestellt ist, weil sie immer sparen will. Wir teilen die Meinung der Fraktion SVP/JSVP, dass es die Ombudsstelle grundsätzlich nicht brauche, nicht. Es gibt kritische Stimmen, aber der Tenor ist trotzdem, dass wir uns sehr wohl bewusst sind, welche Arbeit Mario Flückiger und seine Mitarbeiterin leisten. Dafür gebührt ihnen unser Dank. Aus den Befragungen geht zudem hervor, dass nicht nur wir mit der Arbeitsweise zufrieden sind, sondern auch die Kundinnen und Kunden. Wenn man jährlich 812 Konsultationen macht und 265 Dossiers eröffnet, so hat man also mindestens das Pensum eines recht beschäftigten Anwalts mit zwei Personen bewältigen können. Der Ombudsmann hat keine Weisungskompetenz und kann deshalb also nicht vor Gericht gehen und ein Urteil für die Leute erstreiten. Er kann nur schlichten. Wenn hier gesagt wird, der Ombudsmann sei eigentlich überflüssig und verursache nur Kosten und man dann auf die Gerichtsverfahren verweist, die wesentlich teurer wären, ist eigentlich beides richtig. Was der Ombudsmann macht, ist eben gerade das, was normalerweise bei den Anwälten Sozialtarif oder Null-Tarif abgehandelt wird. Nämlich dort, wo keine Verfahren und keine unentgeltliche Prozessführung möglich sind. Und dennoch brauchen die Leute irgendwie Hilfe. Solche Fälle sind häufig. Diese Leute können eben nun zum Ombudsmann der Stadt gehen und ihre Anliegen vortragen, ohne dass es sie etwas kostet.

Ein anderer, hier nicht behandelte Aspekt der Ombudsstelle ist derjenige, dass sie mit ihren Fällen am Puls des Lebens wirkt. Das wird bei den Fallbeispielen im Bericht deutlich. Es geht bei diesen Beispielen von mir aus gesehen auch darum, dass man sie zu Händen der Verwaltung auswertet. Wenn man diese Fallbeispiele betrachtet, sieht man, dass offenbar die Verwaltung eine Kultur pflegt, die den Angestellten zunächst einfach mal verurteilt und Geld von ihm verlangt (siehe Beispiel „allzu forsch im Rückwärtsgang“). Dort sollte die Verwaltung etwas lernen. Nämlich, dass es so nicht geht. Wenn die Verwaltung nach der Konfliktlösung durch den Ombudsmann ihr Handeln nicht überdenkt und entsprechende Lehren zieht, ist das schlecht. Dasselbe gilt für das Beispiel „Kumulierung von Ordnungsbussen“. Offensichtlich kennt man beim Verkehrsdienst das technische Funktionieren der Parkuhren nicht, und die Securitas- und Parkwächter sind offenbar nicht in der Lage, die Situation richtig zu beurteilen. Die Fälle des Ombudsmannes müssen von der Verwaltung betrachtet werden, und es sollen entsprechende Lehren gezogen werden.

Einzelvotum

Ernst Stauffer (ARP): Nach zahlreichen Rückmeldungen aus der Bevölkerung, aber auch nach dem Durchlesen des Verwaltungsberichts, bin ich wirklich sehr froh, dass am 19. Mai dieses Jahres die Motion für die Abschaffung der Ombudsstelle vom Stadtrat abgelehnt wurde. So wie ich aber die Fraktion SVP/JSVP kenne, wird man sich aber weiterhin für den Erhalt dieser Ombudsstelle einsetzen müssen. Diese Stelle ist einfach eine wichtige, nicht mehr wegzudenkende Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die Probleme haben. Ob zu Recht oder zu Unrecht bleibe dahingestellt. Beat Zobrist hat davon gesprochen, dass Imageschäden vermieden werden sollen. Das ist genau richtig. Ohne dass grosse Kosten entstehen, können die Betroffenen auf eine einfache Art manchmal zu einer Lösung kommen. Ich habe in meinem Leben schon sehr viel erlebt und betone deshalb immer und immer wieder, dass Hilfe erhalten sollte, wer in dieser Stadt in Not oder Bedrängnis gerät. Vielfach betrifft es einfache Leute, Arbeitnehmende, Renterinnen und Rentner. Nicht zuletzt auch Frauen machen von dieser Ombudsstelle Gebrauch und holen sich Rat. Die ARP ist deshalb besonders dankbar für die Ombudsstelle und das Verständnis, welches den Hilfesuchenden entgegengebracht wird. Wir danken Mario Flückiger und Iris Frey für ihre Arbeit und für ihr Wirken.

Beschluss

Der Rat nimmt vom Tätigkeitsbericht 2004 der Ombudsstelle mit 50 : 5 Stimmen bei 1 Enthaltung zustimmend Kenntnis.

- Es wurden alle Traktanden zu Ende beraten. -

Eingänge

Es werden drei Dringliche Motionen, zwei Motionen, drei Postulate und eine Interpellation eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

Dringliche Motion Fraktion FDP (Thomas Balmer): Staumauer-Erhöhung in der Grimsel – Ja!

Der Stadtrat von Bern hat der Motion gegen die Staumauer-Erhöhung mit einem Mehrheitsentscheid der RGM gegen die bürgerlichen Fraktionen zugestimmt und ist damit auf die Argumente von fundamentalistischen Umweltschützern eingetreten, die im Grossen Rat weder durch die GFL noch durch die SP unterstützt werden.

Durch ein Rückkommen auf seinen Entscheid hat der Stadtrat die Chance für ein Projekt einzutreten, das Arbeitsplätze schafft und die Energieversorgung als wichtiges Element in der wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons Bern sicherstellt.

Der Gemeinderat ist zu beauftragen im Rahmen seiner Funktion als Aktionär des KWO, das Projekt Staumauer-Erhöhung im Interesse des Unternehmens zu unterstützen und der Entscheid des Stadtrates vom 19. Mai 2005 ist aufzuheben.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Stadt Bern hat einen laufenden Imageverlust und steht völlig quer in der energetischen und politischen Landschaft. Ein Handlungsbedarf ist deshalb notwendig, um die Glaubwürdigkeit auch gegenüber den Regionen nicht zu verlieren.

Bern, 23. Juni 2005

Dringliche Motion Fraktion FDP (Thomas Balmer), Jacqueline Gafner Wasem, Mario Imhof, Christoph Müller, Hans Peter Aeberhard, Christian Wasserfallen, Sibylle Burger-Bono, Markus Blatter, Stephan Hügli-Schaad, Margrit Thomet, Ueli Jaisli, Erich Ryter, Thomas Weil, Simon Glauser, Peter Bernasconi

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Dringliche Motion Fraktion FDP (Thomas Balmer, FDP/ Christian Wasserfallen, JF): Neues Eisstadion Bern-Arena – Bern steht zum SCB!

Nach einer utopischen Neuplanung des Stadions, die unter anderem auch wegen den restriktiven Auflagen des Gemeinderates für die Nutzung gescheitert ist, wird der Gemeinderat aufgefordert, umgehend die notwendigen planerischen und rechtlichen Schritte für die Sanierung des bestehenden Stadions zu unterstützen.

Weder die Bevölkerung noch die Besucher der Sportanlässe verstehen das Zögern und Verhalten des Gemeinderates.

Durch eine Totalerneuerung des Eisstadions mit den öffentlichen Eisfeldern entsteht eine neue attraktive Sportanlage der Stadt Bern. Der Vorteil dieses Vorgehens ist, dass keine Mantelnutzung zwingend notwendig ist, jedoch durch die Umnutzung der bestehenden Räume möglich wird. Damit könnte durch die Verdichtung der Nutzung mehrere Tausend Quadratmeter Bürofläche gewonnen werden, die eine kostengünstige Miete in bestehender Baustruktur erlaubt.

Bern hat die einmalige Chance, das Eisstadion Bern-Arena zu sanieren und damit 16'000 Sitzplätze und die einmalige Atmosphäre zu erhalten. Nutzen wir sie!

Begründung der Dringlichkeit:

Es macht wenig Sinn, die heutige Anlage zu warten und reparieren, wenn die Möglichkeit für Totalsanierung besteht und deshalb ist eine rasche Umsetzung eine notwendige Lösung.

Bern, 23. Juni 2005

Dringliche Motion Fraktion FDP (Thomas Balmer, FDP/Christian Wasserfallen, JF), Jacqueline Gafner Wasem, Ueli Haudenschild, Mario Imhof, Christoph Müller, Hans Peter Aeberhard, Markus Blatter, Sibylle Burger-Bono, Stephan Hügli-Schaad, Daniel Kast, Margrit Thomet, Ueli Jaisli, Erich Ryter, Thomas Weil, Simon Glauser, Peter Bernasconi

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Dringliche Motion Daniele Jenni (GPB): Jugendzentrum Graffiti – Sicherstellung des fortlaufenden Betriebs

Im Herbst 1984 entstand an der Scheibenstrasse 72 unter Beteiligung von Jugendlichen ein zum Teil aus Recyclingmaterial gebauter, energiefreundlicher Holzbau: Der Jugendtreff Wyler „Graffiti“. Dieses gibt es nun schon seit 20 Jahren. Die Benutzerinnen dieses Jugendtreffs sind Kinder und Jugendliche von 11 bis 18 Jahren, Gruppen von Jugendlichen von 16 bis 22 Jahren, die autonome Öffnungszeiten betreiben, und Mieterinnen von 18 bis ca. 30 Jahren. Es werden dort für Jugendliche und Lehrpersonen auch Kurse für jugendkulturelle Anliegen durchgeführt. Der Aussenraum dient als Quartiertreffpunkt der Jugendlichen, auf dem sie sich zu allen möglichen Zeiten treffen können, um Basketball zu spielen und zu diskutieren, ohne dass für das Quartier Lärmbelästigungen entstehen.

Die professionellen JugendarbeiterInnen arbeiten mit Eltern, Bezugspersonen, Schulen sowie Institutionen und Personen aus dem Jugendbereich zusammen. An der Vorbereitung und Durchführung von Projekten, Aktionen und Anlässen sind die Kinder und Jugendlichen beteiligt. Damit sollen ihre Eigeninitiative, Aktivität und Kreativität gefördert werden.

Die Jugendarbeit Bern-Nord kennt zudem noch folgende Angebote:

- Anlauf- und Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Bezugspersonen
- Unterstützung von Jugendlichen bei der Lehrstellen- und Arbeitssuche,
- umfassende Infothek zu jugendspezifischen Themen sowie Computerarbeitsplätze mit Internet-Anschluss
- Gesundheitsförderung, Prävention und Krisenintervention.

Im Spätsommer 2004 brannte es im Jugendzentrum Graffiti. Seitdem laufen im Hinblick auf einen Umzug in die Baracke an der Scheibenstrasse 64 Verhandlungen mit der Firma Losinger.

Im Herbst 2004 erklärten zwei Architekten unabhängig voneinander die Baracke Scheibenstrasse 64 aber als baufällig. Ausserdem entspreche diese Baracke nicht den Anforderungen an einen gleichwertigen Standort und Jugendtreff. Dieser neue Standort wurde deshalb fallen gelassen.

Dies hatte zur Folge, dass die Stadt ein Instandstellungsvorhaben am bestehenden Standort publizieren liess. Diese einer jugendgerechten Stadt entsprechende Priorität änderte sich nach einem am 1. Juni 2005 im „Bund“ erschienenen Artikel jedoch offensichtlich: Das Bauvorhaben zur Behebung des Brandschadens wurde ab 10. Juni 2005 unter Vorwegnahme einer politischen Entscheidung von den StaBe kurzerhand gestoppt.

Seit einem Jahr ist nun die Arbeit der JugendarbeiterInnen in unzumutbarer Weise erschwert. Mit den minimalen Renovationsarbeiten am Graffiti kann darum und auch deshalb nicht weiter abgewartet werden, weil das beschädigte Gebäude zahlreiche Gefahrenquellen für die BetreiberInnen und vor allem für die BenutzerInnen birgt:

- wegen fehlender Regenrinnen im Winter vereiste Treppen
- wegen unzureichendem oder defektem Dachprovisorium in diverse Räume eindringendes Wasser
- ein Dachprovisorium, das sich bei heftigen Winden loslösen kann.

Ein bezugsbereiter neuer Standort ist real nicht vorhanden, da die in Erwägung gezogene Baracke Scheibenstrasse 64 so baufällig ist, dass sie in Wirklichkeit für den vorausgesetzten Zweck abgerissen und neu erbaut werden muss, und weil mit entschiedenem Widerstand, also mit Einsprachen und weiteren Rechtsmitteln, seitens der Anwohnerschaft und der unmittelbar benachbarten Gewerbetreibenden zu rechnen ist.

Der Gemeinderat wird deshalb soweit möglich angewiesen und erhält im Übrigen zur Richtlinie,

1. den Baustopp gegenüber dem Standort Scheibenstrasse 72 aufzuheben und die notwendigen Reparaturarbeiten unverzüglich ausführen zu lassen; soweit erforderlich sind die StaBe entsprechend zu beauftragen
2. eine allfällige Veräusserung der Liegenschaft Scheibenstrasse 72 erst vorzunehmen oder zu beantragen, wenn ein gleichwertiger Ersatz für den Jugendtreff Graffiti bereitsteht
3. an der Bedingung festzuhalten, dass hinsichtlich des Standortes des Jugendtreffs ein zur Erfüllung der bisherigen Funktionen gleichwertiger Ersatz zur Verfügung stehen soll
4. als gewiss billigste Variante abzuklären, ob der gegenwärtige Standort des „Graffiti“ mit baulichen Massnahmen, vorab Facelifting und Lärmschutz, den Anforderungen der Industrie- und Gewerbezone („repräsentatives“ Vorhaben Losinger) angepasst werden kann.

Begründung der Dringlichkeit:

Die besonders auf den Winter hin fehlende Sicherheit im Gebäude des Graffiti und die unmöglichen Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen erlauben keine Verzögerungen. Ebenso drängt sich für alle Beteiligten eine rasche Lösung auf, die den Weiterbetrieb des Jugendtreffs im bisherigen Ausmass gewährleistet und bestehende Nutzungsansprüche innert nützlicher Frist zu beantworten vermag.

Bern, 23. Juni 2005

Dringliche Motion Daniele Jenni (GPB), Myriam Duc, Carolina Aragón, Karin Gasser, Franziska Schnyder, Hasim Sancar, Urs Frieden, Martina Dvoracek, Anne Wegmüller, Simon Röthlisberger, Catherine Weber, Ueli Stückelberger, Conradin Conzetti, Gabriela Bader, Martin Trachsel Beatrice Stucki, Andreas Zysset, Beni Hirt, Sarah Kämpf, Maya Widmer, Gisela Vollmer, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen, Corinne Mathieu, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Claudia Kuster, Christof Berger, Ruedi Keller, Andreas Krummen, Margrith Beyeler-Graf, Natalie Imboden

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat bejaht.

Motion Reto Nause (CVP), Thomas Weil (SVP): Für weniger Filz und mehr Transparenz

Zu Recht wird in der Privatwirtschaft die Offenlegung der Bezüge der Leitungsgremien gefordert. Zu Recht müssen die Interessensbindungen der Politikerinnen und Politiker in die Privatwirtschaft offen gelegt werden. Hingegen existieren gravierende Defizite was die Offenlegung der Interessen in Institutionen angeht.

- Nirgendwo ist ersichtlich, wie viel Subventionen, regelmässige Geldflüsse oder geldwerte Leistungen an Institutionen fliessen in der ein Mitglied des Stadtrats in leitender Funktion Einsitz hat.

- Nirgendwo ist ersichtlich, welche (regelmässigen oder sehr umfangreichen) Aufträge der Stadt an Institutionen vergeben werden, in denen Mitglieder des Stadtrats in leitender Funktion tätig sind.
- Nirgendwo ist ersichtlich, welche Gutachten seitens der Stadt an Institutionen vergeben werden, in denen Mitglieder der Legislative in leitender Funktion tätig sind.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf, die Bestimmungen über die Offenlegung der Interessen der Mitglieder des Stadtrats dahingehend zu ergänzen, dass

1. Mitglieder des Stadtparlaments, welche in leitender Funktion in einer Institution tätig sind, welche von der Stadt Bern Subventionen, regelmässige Geldflüsse oder geldwerte Leistungen bezieht, diesen Umstand offen zu legen haben (Gesamtbetrag, welcher an die entsprechende Institution fliesst)
2. Mitglieder des Stadtrats, welche in Institutionen in leitender Funktion beschäftigt sind und von regelmässigen oder sehr umfangreichen Aufträgen der Stadt profitieren, diesen Umstand offen zu legen haben (Gesamtvolumen des Auftrags)
3. Mitglieder des Stadtrats, welche in Institutionen beschäftigt sind, welche Gutachten im Auftrag der Stadt erstellen, diesen Umstand offen zu legen haben (Gesamtvolumen des Auftrags).

Alle Einträge ins Register der Interessensbindungen sind zeitlich ohne Befristung vorzusehen: Das bedeutet, dass jede Stadträtin und jeder Stadtrat grösstmögliche Transparenz über die eigenen Verflechtungen – auch in der Vergangenheit – herstellt.

Ohne diese neuen Offenlegungspflichten droht die Gefahr der „Selbstmandatierung“: Stadtratsmitglieder könnten dann als Mitglied der Legislative wiederkehrende Leistungen an Institutionen einfordern und beschliessen, in welchen sie selber tätig sind. Die Offenlegungspflicht beugt drohender Intransparenz und der Gefahr der Selbstmandatierung vor.

Bern, 23. Juni 2005

Motion Reto Nause (CVP)/Thomas Weil (SVP), Daniel Kast, Daniel Lerch, Erich Ryter, Margrit Thomet, Peter Bernasconi, Ueli Jaisli, Simon Glauser, Beat Gubser

Motion Reto Nause (CVP), Christian Wasserfallen (JF), Ueli Stückelberger (GFL): Zur Verwirklichung von e-Government und bürgernaher Verwaltung in Bern

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Behördenverkehr in der Stadt Bern auf die Erbringung umfassender e-Government-Dienstleistungen auszurichten. e-Government-Dienstleistungen sind bürgernah, kostengünstig und rund um die Uhr abrufbar.

Insbesondere muss das Angebot der Stadt folgende Dienstleistungen umfassen:

1. Einfache Bürger-Prozesse sind von A bis Z über das Internet-Portal der Stadt Bern abzuwickeln: Herunterladen und ausfüllen entsprechender Formulare, Bezahlung von Dienstleistungen via Internet, automatisierte Zustellung der gewünschten, rechtsgültigen Dokumente.
2. Insbesondere gilt dies für: Die Bestellung von Parkkarten, Registrierung von Geburten und Hochzeiten, Niederlassungsausweise, Ehefähigkeitsausweise, elektronische Meldung von Fundgegenständen, Erstattung einer Anzeige usw.
3. Bestehende Software-Lösungen in anderen Gemeinden und Städten (z.B. Jona, Baden) sind – allenfalls adaptiert auf die Bedürfnisse Berns – zu implementieren. Auf kostspielige Eigenentwicklungen kann verzichtet werden.

Es wird heute unterschieden zwischen vier Stufen im Bereich des e-Government:

- Auf einer ersten Stufe bieten Internet-Portale der öffentlichen Hand Informationen zum Herunterladen an.
- Auf der zweiten Stufe können amtliche Formulare herunter geladen werden.

- Auf der dritten Stufe können Formulare und Aufträge vollständig elektronisch abgewickelt werden.
- Auf der vierten Stufe schliesslich kann der gesamte Prozess inklusive eines Entscheids und der Abgeltung von Gebühren über das Portal der öffentlichen Hand erfolgen.

Die Stadt Bern bewegt sich heute mit ihrem Angebot noch weitgehend auf der ersten Stufe. Der Gemeinderat wird mit dieser Motion aufgefordert, das städtische Angebot umfassend und schnell auf das vierte Niveau anzuheben.

Bern, 23. Juni 2005

Motion Reto Nause (CVP)/Christian Wasserfallen (JF)/Ueli Stückelberger (GFL), Daniel Lerch, Daniel Kast, Christoph Müller, Hans Peter Aeberhard, Stephan Hügli-Schaad, Conradin Conzetti, Ueli Haudenschild, Jacqueline Gafner Wasem, Sibylle Burger-Bono, Dana Dolores, Anna Coninx, Conradin Conzetti, Barbara Streit-Stettler, Gabriela Bader, Eric Mozsa, Peter Künzler

Postulat Urs Frieden (GB): Sportlich zum Sport

Gemäss Studien der Universität Bern beträgt der Anteil des Sportverkehrs (motorisierter Individualverkehr zu Trainings und Wettkämpfen) etwa 15 Prozent am Gesamtverkehr. Dieser Anteil wiederum wird grösstenteils nicht etwa, von ZuschauerInnen verursacht, sondern von den Aktiven selber (80 Prozent). Es würde sich also lohnen, den aktiven SportlerInnen für den Weg zu ihrer sportlichen Betätigung Alternativen aufzuzeigen.

Seit vier Jahren läuft im Kanton Bern das auch von eidgenössischen Amtsstellen unterstützte Projekt „Sportlich zum Sport“ mit dem Ziel, den Sportverkehr zu reduzieren bzw. auf umweltfreundliche und gesunde Mobilität umzulagern. Im Jahr 2004 wurde das Projekt mit fünf Berner Pilotgemeinden, darunter Herzogenbuchsee und Schönbühl-Urtenen, weiterentwickelt. Es läuft Ende 2005 aus. Zum Projekt gehören beispielsweise eine Website (www.sportlichzum-sport.ch) mit Tipps und ein Wettbewerb. Auch die Möglichkeit für ein webbasiertes Eigen-Rating wird geboten.

Angesichts der ständig wachsenden Verkehrsbelastung rund um die Sportanlagen, die vielfach in Wohnquartieren oder in Naherholungsgebieten angesiedelt sind, beantragen wir dem Gemeinderat, die nachfolgenden Forderungen aufzunehmen und dem Stadtrat Bericht zu erstatten:

1. die erprobten Instrumente von „Sportlich zum Sport“ zu übernehmen und in ein städtisches Projekt zu übertragen
2. bei der Bewilligung von Sport-Events den Verkehr von Aktiven und ZuschauerInnen verstärkt zu berücksichtigen und gezielt auf den öV und den Langsamverkehr umzulenken
3. in Zusammenarbeit mit den Agglomerationsgemeinden und den Pilotgemeinden, beispielsweise im Rahmen der VRB, ein Konzept zur Reduktion des Sportverkehrs zu entwickeln.

Bern, 23. Juni 2005

Postulat Urs Frieden (GB), Anne Wegmüller, Karin Gasser, Myriam Duc, Franziska Schnyder, Hasim Sancar, Martina Dvoracek, Daniele Jenni, Simon Röthlisberger, Catherine Weber, Martin Trachsel, Barbara Streit-Stettler, Conradin Conzetti, Gabriela Bader, Erik Mozsa, Ueli Stückelberger, Anna Coninx, Carolina Aragón, Natalie Imboden, Peter Künzler

Postulat Reto Nause (CVP), Erich Ryter (SVP): Zur Sicherstellung der Versorgung der Stadt Bern mit Mobilfunktelefonie

Der Gemeinderat wird aufgefordert, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die Grundversorgung der Stadt Bern mit Mobilfunktelefonie längerfristig sichergestellt werden kann und wie die Stadt auch die Etablierung neuer Technologien im Bereich des Mobilfunks in Bern sicherstellt. Schon heute stellen wir auf dem Stadtgebiet Versorgungslücken fest. Teilweise ist in der Hauptstadt die räumliche Abdeckung der Anbieter noch nicht optimal. Zum anderen treten in Spitzenzeiten – zahlreiche Gespräche über dieselben Antennenanlagen – Engpässe auf. Mit dem weiterhin zunehmendem Gebrauch von Mobilfunktelefonen sind ernsthafte Versorgungslücken zu befürchten. Besonders gravierend ist diese Tatsache für den Standort der Bundesverwaltung und des nationalen Parlaments. Gleiches gilt für Konzernstandorte und KMU-Betriebe in Bern: Die öffentliche Hand und die Privatwirtschaft sind auf die Garantie der Versorgungssicherheit und auf eine moderne und leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur angewiesen.

Das gleiche gilt für die Entwicklung neuer Technologien: Der Standort Bern darf nicht durch Einschränkungen neuer Technologien im Mobilfunkbereich an Attraktivität verlieren.

Wird diese Garantie zur Grundversorgung (im Bereich bestehender und neuer Technologien) – zum Teil durch politische Entscheide der Stadtbehörden – eingeschränkt, so droht Bern als Standort politischer Institutionen und der Privatwirtschaft Ungemach. Dies gilt es zu verhindern und aufzuzeigen, wie Bern entlang den Leitplanken des bestehenden Bundesrechts die Grundversorgung sichern kann.

Bern, 23. Juni 2005

Postulat Reto Nause (CVP)/Erich Ryter (SVP), Daniel Kast, Daniel Lerch, Thomas Weil, Ueli Jaisli, Simon Glauser, Beat Gubser

Postulat Simon Glauser (SVP): Öffnungszeiten der Lesesäle in der Hauptbibliothek der Stadt- und Universitätsbibliothek (StUB)

Studierenden mit einer Legitimationskarte der Universität Bern und Personen mit einer Benutzerkarte stehen in der Hauptbibliothek der Stadt- und Universitätsbibliothek (StUB) zwei Lesesäle als Lernstandorte zur Verfügung. Die beiden Lesesäle bieten 55 (Lesesaal A) und rund 90 (Lesesaal U) Lernplätze. Diese Lernplätze sind durchwegs gut ausgelastet.

Während den Hauptvorbereitungszeiten vor Semester- und Abschlussprüfungen kommt es aber immer wieder zu Engpässen. Im Besonderen an den Wochenenden ist die Situation oftmals prekär.

Wer beispielsweise an einem Sonntag einen der begehrten Lernplätze ergattern will, muss sich schon geraume Zeit vor Türöffnung bei der Hauptbibliothek einfinden. Nach Türöffnung beginnt ein regelrechter „Run“ in den Lesesaal und meist reichen die Plätze nicht für alle Studierenden. Kommt dazu, dass an einem Sonntag nur der Lesesaal U geöffnet wird. Der Lesesaal A bleibt geschlossen.

Die momentanen Öffnungszeiten der beiden Lesesäle gestalten sich wie folgt:

Lesesaal A	Montag-Freitag	08.00-21.00 Uhr
	Samstag	08.00-12.00 Uhr
Lesesaal U	Montag-Freitag	08.00-21.00 Uhr
	Samstag	08.00-12.00 Uhr
Wochenendöffnung des Lesesaals U	Samstag	12.00-18.00 Uhr
	Sonntag	10.00-18.00 Uhr

Diese speziellen Wochenendöffnungen gelten jeweils von Ende Oktober bis Ende Juni. Während den Semesterferien bleibt der Lesesaal U geschlossen, was auch durchaus Sinn macht. Gemäss verschiedenen Aussagen von Studentinnen und Studenten entspricht es einem grossen Bedürfnis, dass beide Lesesäle sowohl am Samstag, wie auch am Sonntag durchgehend von 08.00-21.00 Uhr geöffnet werden.

Demnach bitte ich den Gemeinderat zu prüfen bzw. sich beim Kanton einzusetzen, dass die Öffnungszeiten der beiden Lesesäle A und U entsprechend der vorgenannten Zeiten verlängert bzw. erweitert werden können.

Bern, 23. Juni 2005

Postulat Simon Glauser (SVP), Margrit Thomet, Ueli Jaisli, Erich Ryter, Peter Bernasconi, Thomas Weil, Reto Nause, Christoph Müller, Sibylle Burger-Bono, Stephan Hügli-Schaad, Dana Dolores, Hans Peter Aeberhard, Jacqueline Gafner Wasem, Christian Wasserfallen, Ueli Haudenschild, Ueli Stückelberger, Anna Coninx, Conradin Conzetti, Martin Trachsel, Peter Künzler, Verena Furrer-Lehmann, Gabriela Bader, Erik Mozsa

Interpellation Simon Glauser (SVP): Wer bezahlt Mehrwertsteuer in der Berner Reitschule?

Am 26. Oktober 2004 wurde bei der Stadtkanzlei die Volksinitiative „Keine Sonderrechte für die Reitschule“ mit 5'419 gültigen Unterschriften eingereicht. Im Initiativtext wird gefordert, dass die Stadt Bern den Betreibern der Berner Reitschule für die Nutzung der Gastgewerbebetriebe, Wohn- und Geschäftseinrichtungen ortsübliche Mietzinsen und Nutzungsgebühren in Rechnung stellt. Die Betreiber haben die gesetzlich vorgeschriebenen Steuern, Abgaben und Gebühren zu entrichten.

Seit Einreichung dieser Initiative hat sich einiges getan in der Berner Reitschule. So haben die Betreiber im Mai dieses Jahres zum ersten Mal in der 18-jährigen Geschichte des autonomen Kulturzentrums an einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit einen Jahresbericht inkl. Finanzbericht präsentiert. Verschiedenste Zahlen aus dem Jahre 2004 wurden zusammengetragen und zu einer improvisierten Jahresrechnung zusammengestellt.

Leider sind diese Zahlen in den wichtigsten Bereichen (Steuern, Gebühren und Abgaben) alles andere als aussagekräftig. Die verschiedenen Finanzflüsse und Quersubventionen entbehren jeglicher Transparenz. Es lässt sich beispielsweise nicht eruieren, ob die einzelnen Institutionen (Restaurant Sous-le-pont, Dachstock, Kino, I-Fluss etc.) sowie die verschiedenen Betriebs- und Arbeitsgruppen die gesetzlich vorgeschriebene Mehrwertsteuer ordentlich abrechnen und bezahlen.

Im Hinblick auf die voraussichtlich im November dieses Jahres zur Abstimmung gelangende Initiative wären aber gerade diese Informationen für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von grossem Interesse. Ansonsten die Gefahr droht, dass während des Abstimmungskampfes mit falschem Zahlenmaterial oder falschen Vorwürfen argumentiert wird.

In Anbetracht der vorgenannten Feststellungen stelle ich dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Entrichten die Reitschulbetreiber die gesetzlich vorgeschriebenen Mehrwertsteuern und wird demnach eine geordnete Mehrwertsteuerabrechnung geführt?
2. Wenn ja, welche der einzelnen Institutionen, Vereine, Arbeits- und Betriebsgruppen in der Berner Reitschule verfügen über eine eigene Mehrwertsteuerabrechnung?
3. Welche Institutionen, Vereine, Arbeits- und Betriebsgruppen in der Berner Reitschule bezahlen keine Mehrwertsteuern?
4. Führt der Verein „Grosse Halle“ ebenfalls eine Mehrwertsteuerabrechnung?

5. Ist der Gemeinderat bereit, die Mehrwertsteuerabrechnungen des Jahres 2004 (sofern vorhanden) der Öffentlichkeit vorzulegen oder allenfalls bei den Reitschulbetreibern darauf hinzuwirken, dass diese die Abrechnungen vorlegen?

Begründung der Dringlichkeit:

Der Vortrag und die Abstimmungsbotschaft der Initiative „Keine Sonderrechte für die Reitschule“ wurden vom Gemeinderat bereits bereinigt, genehmigt und an die vorbereitende Kommission (SBK) weitergeleitet. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Initiative im November 2005 dem Stimmvolk unterbreitet wird. Da die geforderte Transparenz einem Bedürfnis der Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern entspricht und für den Abstimmungskampf wichtig ist, ist die Dringlichkeit aus Sicht des Interpellanten gegeben.

Bern, 23. Juni 2005

Interpellation Simon Glauser (SVP), Margrit Thomet, Erich Ryter, Thomas Weil, Ueli Jaisli, Peter Bernasconi

Schluss der Sitzung: 22.20 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Philippe Müller*

Der Protokollführer: *Matthias Uhlmann*



Stadtratssitzungen vom 23. Juni 2005

Stand: 26. Mai 2005

Anhang Stadtratsprotokoll vom 23. Juni 2005

Jahresbericht 2004

Fragen aus dem Stadtrat / Antworten des Gemeinderats

Fraktion SP/JUSO:

Die SP/JUSO-Fraktion verzichtet bewusst auf das Einreichen von Fragen zum erstmals vorliegenden Jahresbericht. Die Zeit zwischen Zustellung des Berichts und dem Eingabetermin von Fragen lässt es für das einzelne Ratsmitglied nicht zu, seriöse Fragestellungen auszuarbeiten. Die Fraktion wird deshalb anlässlich der Ratsdebatte sowohl eine umfassende politische Würdigung des Berichts vornehmen wie auch zu gewissen Bereichen zusätzliche Fragen mündlich stellen.

BAND 1 **Jahresrechnung**

	Keine Fragen

BAND 2 **Produktgruppen-Rechnung**

PRD	Fraktion GB/JA! <i>EURO 2008</i>
S. 62 100 Generalsekretariat	Was ist unter „ersten Vorbereitungsarbeiten“ für das Projekt Euro 08 zu verstehen, wie sieht die Projektorganisation aus und wer hat innerhalb der Stadtverwaltung die federführende Koordination? <i>Antwort:</i> Unter „ersten Vorbereitungsarbeiten“ im Jahr 2004 werden Tätigkeiten wie Informationsbeschaffung, Vorabklärungen, Aufbauen einer sachgerechten Projektorganisation, Regelmässige Koordination mit den Projektverantwortlichen der andern Austragungsorte sowie konzeptionelle Vorarbeiten auf Stadtebene verstanden. Die politische Projektoberleitung obliegt dem Stadtpräsidenten. Die federführende Koordination auf Verwaltungsebene erfolgt über den dem Stadtpräsidenten unterstellten städtischen Gesamtprojektleiter EURO 2008 Bern, Dr. Marcel Brühlhart. Dem Gesamtprojektleiter steht folgende Projektorganisation EURO 2008 Bern zur Seite: Teilprojekt Verkehr und Abfallbe-

	<p>wirtschaftung, Teilprojekt Sicherheit, Projektteam EURO 2008 mit Vertretungen aus den projektrelevanten Bereichen wie Sport, Finanzen, Rahmenprogramm, Kommunikation und Rechtliches.</p>
	<p>Fraktion GB/JA! <i>Umsetzung Verwaltungsreform/Abteilung Stadtentwicklung</i> Ist die Verwaltungsreform abgeschlossen? Was für eine Bilanz wird gezogen, was waren die Auswirkungen auf das Personal, konnte für alle Betroffenen eine gute Lösung gefunden werden? Was sind die Aufgaben (Pflichtenheft) und Stellenprozente der neuen Abteilung Stadtentwicklung?</p> <p><i>Antwort:</i> <i>Umsetzung Verwaltungsreform:</i> Mit seinen Entscheiden zur Regierungs- und Verwaltungsreform 2004 hat der Gemeinderat die aufgrund der von den Stimmberechtigten angenommenen Initiative 5 statt 7 Gemeinderatsmitglieder nötig gewordene Reorganisation in den wesentlichsten Teilen umgesetzt. Per 1. Januar 2005 steht eine handlungs- und startfähige Organisation, wenn auch noch nicht alle Umsetzungsarbeiten im Detail abgeschlossen sind. Die bisherigen Projektarbeiten verliefen somit aus Sicht des Gemeinderats erfolgreich. Im Sinne einer umsichtigen Umsetzungsstrategie ist weiterhin ein pragmatisches Vorgehen angezeigt, um die neue Struktur nun gut zu verankern und weitere Aufbau- und Anpassungsarbeiten durchzuführen. Primär diesen Arbeiten gilt es, das nötige Augenmerk zu widmen. Im 2004 wurde im Stadtrat das Postulat Natalie Imboden (GB): Zwischenbericht Umsetzung Regierungsreform mit derselben Stossrichtung wie die vorliegenden Fragen eingereicht. Der Gemeinderat wird, vorausgesetzt der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich, was er beantragt, einen Prüfungsbericht vorlegen. <i>Abteilung Stadtentwicklung:</i> Die Abteilung Stadtentwicklung ist zuständig für das vorausschauende, innovative und koordinierende Bereitstellen von Grundlagen sowie das Planen, Koordinieren und Realisieren von Massnahmen im Bereich Stadtentwicklung. Sie</p> <ol style="list-style-type: none"> a. unterstützt die Stadtpräsidentin oder den Stadtpräsidenten und den Gemeinderat in für die Stadtentwicklung relevanten Fragen; b. beobachtet und analysiert das für die Entwicklung der Stadt relevante Umfeld und erstattet dem Gemeinderat Bericht; c. erarbeitet Grundlagen und Konzepte sowie Stellungnahmen zu Themen der ganzheitlichen Stadtentwicklung; d. arbeitet bei Projekten mit, die stadtentwicklungsrelevante Belange betreffen und führt eigene Projekte; e. koordiniert stadtentwicklungsrelevante Bestrebungen und Massnahmen auf städtischer Ebene; f. erarbeitet wohnpolitische Grundlagen und Konzepte, setzt die wohnbaupolitischen Ziele des Gemeinderats um und koordiniert die wohnpolitischen Aktivitäten der Stadtverwaltung; g. pflegt Beziehungen zu Bund, Kanton und Agglomeration, zu Städten, Kommunalverbänden und weiteren Organisationen und berät die Stadtpräsidentin oder den Stadtpräsidenten, den Gemeinderat, die Direktionen und die Stadtkanzlei in dieser Aufgabe; h. initiiert, koordiniert und begleitet das politische Controlling des Gemeinderats und bereitet insbesondere die Legislaturrichtlinien federführend

	<p>vor, überwacht deren Umsetzung, erstattet darüber Zwischenberichte und bereitet den Schlussbericht federführend vor;</p> <p>i. führt statistische Erhebungen durch und besorgt die Datenaufbereitung sowie die Datenanalyse für die stadtbernische Statistik. Näheres regelt der Gemeinderat in einer Verordnung.</p> <p>Für die Erfüllung der Aufgaben stehen folgende Kapazitäten zur Verfügung:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Koordination Wohnbautätigkeit: 200 Prozent (unverändert, aus PVT verschoben) – Dienstleistungen Statistik: 650 Prozent (unverändert, aus FPI verschoben) – Koordination Aussenbeziehungen (Aufstockung um 20 auf 100 Prozent, aus der SK verschoben) – Koordination Politisches Controlling (Reduktion um 20 auf 80 Prozent, aus dem Generalsekretariat PRD verschoben) – Leitung, Administration (200 Prozent, neu geschaffen mit GRB 0723 vom 12. Mai 2005)
<p>S. 63 100</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Direktionsstabsdienste</i></p> <p>Wie lautet der Auftrag der „Bundesstadtstudie“ und wie/wann wird das Parlament über den Inhalt informiert?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <p>Im Rahmen der Studie wurden die positiven und negativen Effekte untersucht, die sich für die Stadt Bern als Bundesstadt ergeben. In vielen Fällen ist neben der Stadt Bern auch der Kanton Bern von Effekten betroffen. Auch diese waren zu ermitteln. Es galt, die zentralen Grunddaten zu erheben, die bestehenden bundesstadtbedingten Finanzströme zwischen verschiedenen Ebenen darzustellen sowie die direkten und indirekten, positiven und negativen Effekte abzuschätzen.</p> <p>Wie bereits der SBK in Aussicht gestellt, kann die umfangreiche Studie gerne der zuständigen Kommission des Stadtrats vorgestellt werden.</p>
	<p>Fraktion GB/JA! <i>FIS Langlauf</i></p> <p>Welche Kosten sind der Stadt Bern insgesamt entstanden (Aufwand Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz) und worin besteht der Gebührenerlass von 60'000 Franken?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <p>Der Gemeinderat hat einen Gebührenerlass in der Höhe von Fr. 120'000.00 bewilligt. Effektiv erlassen wurden Fr. 74'000.00, und zwar für das Schützen der Natursteinplatten auf dem Bundesplatz, Vaubangitter, Bühne, Mithilfe beim Auf- und Abbau der Überführungen, Sonderreinigung effektiv nach erfolgtem Anlass (Tiefbauamt/FISTA 63'000.00, Reinigung 10'300.00, Abfall 945.00). Weiter hat der Gemeinderat die Übernahme von Kosten Dritter in der Höhe von Fr. 60'000.00 bewilligt (effektiv angefallen sind Fr. 60'000.00).</p>

<p>S. 69 100300</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Gleichstellung</i> Welche (quantitativen und qualitativen) Wirkungen hatte das abgeschlossene Projekt SCHATZ (Förderung Teilzeit im Kaderbereich) innerhalb der Stadtverwaltung?</p> <p><i>Antwort:</i> Quantitativ ist ein leicht zunehmender, positiver Trend bei der Entwicklung der Teilzeitstellen im Kader festzustellen (2003/2004), auch bei den Männern (+2%). Teilzeitarbeit ist aber nach wie vor weiblich, und zwar über alle Funktionsstufen hinweg. Es sind auch weder quantitativ noch qualitativ gesicherte Aussagen über unmittelbare, allein auf das Projekt zurückzuführende Auswirkungen möglich. Nicht nur wegen der zu kurzen Zeitspanne sondern auch weil die Anwendung der betriebsintern entwickelten Instrumente zur Förderung der Teilzeitarbeit im Kader und für Männer (Handbuch und Instrumentenmappe Teilzeitarbeit/Job-Sharing bzw. Schulung für Vorgesetzte, Sensibilisierung u.a. durch Weiterbildungsangebote und MAZ-Schwerpunktbeitrag) freiwillig ist. Die Schaffung von neuen, qualifizierten Teilzeitstellen und Job-Sharings steht und fällt mit der Bereitschaft der verantwortlichen Führungskräfte bzw. Direktionen in der Stadtverwaltung. Der zunehmende Leistungsdruck wirkt spürbar bremsend auf das Interesse an Teilzeitarbeit. Die projektbedingten betriebsinternen Massnahmen haben zur Versachlichung der Diskussion über Teilzeitarbeit und Job-Sharing beigetragen und das Bewusstsein für den Gleichstellungsauftrag im Bereich Arbeitszeitmodelle (Art. 3.3 und 9.1. Personalreglement) geschärft. Die nötige fachliche Unterstützung für die Umsetzung dieses Auftrags ist dank dem Projekt vorhanden.</p>
<p>S. 75/81 11000</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Neues Übertragungsreglement</i> Gibt es Vorarbeiten bezüglich dem neuen Übertragungsreglement für die neuen Leistungsverträge im Kulturbereich (Anstellungsbedingungen des Personals im Kulturbereich)?</p> <p><i>Antwort:</i> Die geltenden Leistungsverträge im Bereich der Kultur laufen vom 1.1.2004 bis zum 31.12.2007. Die Vorarbeit für die neue Vertragsperiode 2008 bis 2011 wird 2006 aufgenommen. Die Leistungsverträge mit den 5 grössten Kulturinstituten (Stadttheater, Symphonie-Orchester, Kunstmuseum, Historisches Museum und Zentrum Paul Klee) unterliegen der Möglichkeit von Artikel 1 Absatz 4 des Übertragungsreglements, da in allen 5 Fällen die Stadt Bern Aufgaben gemeinsam mit andern Gemeinwesen (den Kanton Bern und den 82 Gemeinden der Regionalen Kulturkonferenz Bern, beim Historischen Museum zusätzlich mit der Burgergemeinde Bern) überträgt) und die Abgeltung der Stadt weniger als 50 % der von allen Gemeinwesen zusammen zu tragenden Kosten ausmacht (bei 4 Instituten 39 %, beim Historischen Museum 22,33 %). Die Leistungsverträge mit den andern Kulturinstituten schliesst ausschliesslich die Stadt ab. Sie unterliegen dem Übertragungsreglement und der Übertragungsverordnung und werden auf die neue Periode hin dem neuen Recht angepasst werden.</p>

<p>S. 80 110000</p>	<p>Fraktion GB/JA!: <i>Steuerungsvorgabe Zeitgenössische Kultur</i> Warum sinkt der Anteil „Zeitgenössische Kultur“ und wie kann dieser (unerwünschte) Trend gestoppt werden?</p> <p><i>Antwort:</i> Gegenüber dem Voranschlag 2004 liegt der tatsächliche Anteil aus zwei Gründen tiefer. Zum einen bewilligte der Stadtrat einen Nachkredit von 0,5 Mio. Franken für das Stadttheater. Zum andern genehmigte der Stadtrat rückwirkend auf den 1.1.2004 die Leistungsverträge mit der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule und dem Trägerverein Grosse Halle; dies bedingte einen Nachkredit zur Übernahme der beiden Mieten von insgesamt 0,52 Mio. Franken durch die Stadt (Abteilung Kulturelles). Gegenüber diesen beiden Erhöhungen blieben die Förderkredite für das zeitgenössische Kulturschaffen im budgetierten Rahmen. Das resultierende Ungleichgewicht konnte durch eine Erhöhung der Förderkredite für zeitgenössisches Kulturschaffen im Voranschlag 2005 etwas korrigiert werden. Um ein sachlich gerechteres Verhältnis zu finden, braucht es vermehrte Korrekturen in dieser Richtung. Es gibt keinen anderen Weg, weil die Abgeltung an die Kulturinstitute vertraglich gebunden ist.</p>
<p>S. 92 PG 140000 Finanzinspektorat Revision</p>	<p>Fraktion GB/JA!: <i>Revision</i> Wie erklärt sich der Kostendeckungsgrad von 139,20%?</p> <p><i>Antwort:</i> Die Kostenüberdeckung erfolgt aus der Tatsache, dass der durchschnittlich verrechnete Erlös pro Stunde die Kosten pro Stunde übersteigt. Grundsätzlich werden die Kosten gemäss städtischem Gebührenreglement je nach Funktionsstufe der Mitarbeitenden pro geleistete Stunde weiterverrechnet. Es gibt aber auch Arbeiten, die zu einem fixen Betrag erledigt werden. Je nach dem wie viele Stunden mit den Stundensätzen verrechnet und wie viele Stunden mit fixen Erlösen erarbeitet werden, kann die Kennzahl schwanken.</p>
<p>S. 110 PG 160000</p>	<p>Fraktion GB/JA!: <i>Wirtschaftsamt</i> Wird beim Standortmarketing „Marke Bern“ die Frage der verfügbaren Kinderbetreuungsstrukturen einbezogen?</p> <p>Kürzung Personalbestand um 120 Stellenprozente: Wurden Mitarbeitende entlassen, wenn ja wie viele und weshalb?</p> <p><i>Antwort:</i> <i>Kinderbetreuungsstrukturen:</i> Beim Argumentarium sowohl für Firmenansiedlungen als auch für das Wohnortmarketing ist dieser Aspekt aufgeführt. Bei der Standortentscheidung von Swisscom Mobile wurde, obschon der Standort in der Stadt Bern den Zuschlag nicht erhalten hat, das Betreuungsangebot in der Stadt Bern von der Swisscom Mobile ausdrücklich gelobt. <i>Kürzung Personalbestand:</i> Keine Entlassungen. Zwei Mitarbeiterinnen (180 Stellenprozente) haben das Wirtschaftsamt auf Ende ihres befristeten Arbeitsvertrags hin per 30.6.2004 verlassen. Neu arbeitet eine Mitarbeiterin</p>

	mit einem Pensum von 60%.
S. 110/115	<p>Fraktion GB/JA! <i>Ausländische Erwerbstätige</i> Warum ist der Rückgang (Freier Personenverkehr ab 1.6.04) geringer als erwartet? Wie ist unter Zielerreichung (S. 115) der Satz zu verstehen: „Die Annahme in Bezug auf das Mengengerüst wurde übertroffen“?</p> <p><i>Antwort:</i> <i>Rückgang:</i> Es darf aufgrund der Gesuchsmenge ab 1.6.2004 davon ausgegangen werden, dass der Bedarf der Arbeitgeberschaft, insbesondere an Hilfskräften und Berufsleuten ohne besondere Ausbildung, zum grossen Teil mit einheimischen Arbeitskräften aus Drittstaaten abgedeckt werden konnte. <i>Mengengerüst:</i> Es wurden deutlich mehr Gesuche eingereicht als erwartet (angenommenes Mengengerüst 2004: 5'000 - 5'500, tatsächlich eingereichte Gesuche: 6'784).</p>
DSI S. 121 Abschnitt 1	<p>Daniele Jenni, GPB: Enge Präsenz der Polizei, Gummischrot über die Marktgasse hinweg, unerklärliche Einkesselung in der Zeughausgasse, Erschwerung der Organisation allgemein: Was veranlasst den Gemeinderat, bei einem solchen Einsatz (Antifa-Abendspaziergang 20. März 2004) von einem „umsichtigen“ Polizeieinsatz zu sprechen? Wurde so nicht eher in Kauf genommen, Zwischenfälle zu verursachen (die es nach Abschluss in vergleichsweise geringem Ausmass auf dem Bollwerk denn auch gab)?</p> <p><i>Antwort:</i> Die Zusammensetzung der Teilnehmenden des Antifa-Abendspaziergangs vom 20. März 2004 wies von Beginn an ein sehr hohes Gewaltpotential auf. Nicht zuletzt Dank dem besonnenen Vorgehen der Polizei konnten Sachbeschädigungen an Gebäuden in der Innenstadt verhindert werden. Aufgrund der engen Gassen konnte jedoch nicht verhindert werden, dass Dutzende von parkierten Autos im Vorbeigehen zerkratzt und auch Ausenspiegel abgebrochen wurden. Es wurden Sachschäden in der Höhe von Fr. 122'00.00 verursacht. Während sich ein grosser Teil der Kundgebungsteilnehmenden in die Reithalle zurückzog oder Richtung Grosse Schanze/Bierhübeli abzog, leisteten kleinere Gruppierungen der Polizei bis nach Mitternacht Scharmützel im Raum Schützenmatte. Der Gemeinderat vertritt daher nach wie vor die Auffassung, dass die Polizei umsichtig gehandelt hat.</p>
S.122 letzter Abschnitt	<p>Daniele Jenni, GPB: Ist es angängig, die Behandlungszeiten für Vorstösse dann nicht zu beachten, wenn ein Reglement zum gleichen Thema geplant ist? Vorstösse wollen unter anderem Reglemente gestalten, sollten also vorher behandelt werden.</p> <p><i>Antwort:</i> Es besteht ein enger sachlogischer Zusammenhang (Einheit der Materie) zwischen den Anliegen der 3 Vorstösse und dem Videoreglement. Deshalb hat der Gemeinderat beschlossen diese 4 "Vorlagen" zusammenhängend</p>

	zu beraten und zu verabschieden.
<p>S. 132/133 210 Stadtpolizei</p>	<p>Fraktion GB/JA!:</p> <p><i>Übersicht</i></p> <p>Wieviele neue Patrouillenwagen wurden gekauft und was kosten die in den Fahrzeugen eingebauten Computer? Auf welche Datenbanken haben die PolizistInnen damit direkten Zugriff?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <p>Im 2004 wurden 3 Ford Patrouillenwagen gekauft. Der eingebaute Computer kostet Fr. 6'600. Hierbei handelt es sich um einen Industrie Computer, der den Erschütterungen (ständige Vibration aufgrund der Kopfsteinpflaster etc.) und der Witterung (Temperaturschwankungen, Feuchtigkeit etc.) Stand hält. Aus diesem Grund ist der Preis nicht mit einem gewöhnlichen Computer zu vergleichen.</p> <p>Beim Einbau der Computer in die Patrouillenwagen handelt es sich um einen Versuch. Nach erfolgter Auswertung wird über das weitere Vorgehen entschieden.</p> <p>Die Polizistinnen und Polizisten haben Zugriff auf die geläufigen Polizeiapplikationen, wie z.B. das Fahndungssystem, die Fahrberechtigungsdatenbank, das Strassenverkehrsamt sowie auch auf das Telefonbuch und Karten.</p> <p>Förderseminare: Worin genau bestehen diese (Inhalte, Zeitdauer)?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <p>Das Förderseminar (Gruppenassessment) wird vom Personalamt der Stadt Bern seit Jahren im Rahmen des ordentlichen Weiterbildungsprogramms angeboten.</p> <p>Wir zitieren aus diesem Programm:</p> <p>„Interne Nachwuchs-Führungskräfte haben 1 bis 3 Jahre vor Übernahme einer Führungsfunktion ein Förderseminar in Form eines Gruppen-Assessments zu besuchen (Art. 10 PVO)". Diese personalpolitische Bestimmung bietet Ihnen Gelegenheit zu einer persönlichen Standortbestimmung. In verschiedenen Einzel- und Gruppenarbeiten wird Ihr Führungspotenzial von erfahrenen höheren Führungskräften beobachtet und beurteilt. Am Ende erhalten Sie nicht nur ein ausführliches mündliches und schriftliches Feedback, Sie vereinbaren ausserdem in Zusammenarbeit mit den Linienvorgesetzten individuelle Fördermassnahmen.</p> <p>Die Teilnehmenden werden beobachtet und beurteilt hinsichtlich</p> <ul style="list-style-type: none"> - Problemlösungsverhalten (intellektuelle Fähigkeiten) - Kommunikations- und Kooperationsverhalten - Führungsanspruch und -wirksamkeit - Präsentationsfähigkeit - Leistungsbereitschaft - Offenheit und Emotionalität <p>Die Kursdauer beträgt 2 1/2 Tage.</p>

<p>S.133 Abschnitt 2 (Verkehrssicherheit)</p>	<p>Daniele Jenni, GPB: Bedeutet der Hinweis auf WEF 2004 und Papstbesuch, dass die Steuerungsvorgaben Verkehrskontrolle nur bei einer häufigen Mobilisierung des Nordwestschweizerischen Polizeikonkordats eingehalten werden können? Wird die Beanspruchung des Konkordats zur Gewohnheitssache?</p> <p><i>Antwort:</i> Nein; dieser Hinweis weist darauf hin, dass die Ziele im Bereich Verkehrssicherheit trotz dem WEF und Papstbesuch erreicht oder sogar übertroffen werden konnten. Dies ist nicht selbstverständlich, weil solche Anlässe eine grosse Anzahl an Ressourcen bindet.</p>
<p>S. 135 Abschnitt 1 (Motion Stärkung Verkehrsdienst)</p>	<p>Daniele Jenni, GPB: Weshalb wurde zur Stärkung des Verkehrsdienstes und damit zur Erfüllung der Motion nicht eine Prioritätenverschiebung von Sicherheits- zu Verkehrspolizei geprüft?</p> <p><i>Antwort:</i> Weil alle Budget-Ziele und Vorgaben des SR eingehalten bzw. erreicht wurden, war dies nicht nötig.</p>
<p>Seite 137 Vorgabe 1)</p>	<p>Daniele Jenni, GPB: Weshalb wurde nicht der Verkehrsdienst priorisiert, statt 5'672 Stunden „sichtbare Präsenz“ der Sicherheitspolizei mehr zu leisten als budgetiert?</p> <p><i>Antwort:</i> Weil alle Budget-Ziele und Vorgaben des SR eingehalten bzw. erreicht wurden, war dies nicht nötig. In erster Linie sind die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.</p>
<p>S. 139 PG 210000/ P 210220</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Aufklärung Betäubungsmitteldelikte</i> Wie erklärt sich der Erlös von 6,2 Mio. Franken bzw. wie wird der Aufwand berechnet?</p> <p><i>Antwort</i> Der Erlös kommt aus der Abgeltung der gerichtspolizeilichen Tätigkeit durch den Kanton. Der Aufwand wird gemäss Vollkostenrechnung berechnet.</p>
<p>S. 142/143 210</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Häusliche Gewalt</i> Warum und worin unterscheidet sich die Anzahl Interventionen von 151 von der im Statistikband S. 100 genannten 141 Anzeigen. Warum werden im Statistikband Tabelle 3, S. 98 DELIKTE dieses seit 1.4.04 als Offizialsdelikt geltend nicht ausgewiesen? Wo sind die 59 Fälle mit polizeilichem Gewahrsam und Polizeihaft in der Deliktstatistik ersichtlich?</p> <p><i>Antwort:</i> Häusliche Gewalt wird wie folgt umschrieben: "Wir sprechen von häuslicher Gewalt, wenn Personen innerhalb einer bestehenden oder aufgelösten familiären, ehelichen oder nicht ehelichen Beziehung physische, psychische oder sexuelle Gewalt ausüben oder androhen". Häusliche Gewalt ist damit ein Sammelbecken verschiedenster Straftaten</p>

	<p>gegen Leib und Leben, die sexuelle Integrität und gegen die Freiheit. Auch nach der Officialisierung kann nicht in jedem Fall, in dem die Stadtpolizei Bern ausrückt, eine Anzeige erstattet werden. Es gibt auch heute noch gewisse Verhaltensweisen, die zwar unter die Definition der Häuslichen Gewalt fallen, aber straflos bleiben. Daher stammt die Differenz zwischen der Zahl der polizeilichen Interventionen und der Anzeigen.</p> <p>Häusliche Gewalt ist in der Deliktsstatistik nicht als einheitliches Delikt ausgewiesen weil es sich nicht um ein Delikt im Sinne des Strafgesetzbuches handelt. Die Fälle von häuslicher Gewalt erscheinen in der Statistik als Körperverletzungen, Vergewaltigungen, Tötlichkeiten, Nötigungen, etc. Deshalb wurde auch die Kriminalstatistik um ein Statistikblatt zur häuslichen Gewalt ergänzt. Die betreffenden Daten müssen jedoch separat erhoben werden. In der Deliktsstatistik wird die Zahl der Zwangsmassnahmen pro Straftatbestand nicht erfasst. Dies erfolgt ausschliesslich im Zusammenhang mit der Statistik zur häuslichen Gewalt, insbesondere um die verschärfte Gangart der Polizei in solchen Fällen überprüfen zu können</p>
<p>S. 143 zu Kennzahl 2:</p>	<p>Daniele Jenni, GPB: Lässt sich die Zunahme um 436 Anzeigen wegen Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen wirklich nicht erklären? Liegt es nicht an der Anzahl von Wegweisungen, damit an der politischen und polizeilichen Praxis in dieser Sache?</p> <p><i>Antwort:</i> Ja bzw. Nein</p>
<p>S. 148 Ruhe und Ordnung</p>	<p>Daniele Jenni, GPB: Wie erklärt sich die starke Zunahme gegenüber 2003 (+69%), aber auch gegenüber den budgetierten Zahlen (von 1'472'450 auf 1'855'135)?</p> <p><i>Antwort:</i> Die starke Zunahme ist auf eine Zunahme der Lohnkosten zurückzuführen. Diese wiederum ist die Folge von Personalverschiebungen im Produktgruppenbudget zurückzuführen. Zur Zeit der Budgeterstellung 2004 im Frühjahr 2003 waren Stellen in der Produktegruppe 230100 angesiedelt. Bei einer Überprüfung durch den Direktionspersonaldienst stellte sich dann aber heraus, dass diese in die Produktegruppe 230200 gehören. Dadurch ergibt sich die Differenz zwischen Budget und Rechnung. Verschiebungen wirken sich im Produktgruppenbudget respektive der Jahresrechnung sehr schnell sehr stark aus.</p> <p>Fälschlicherweise wurden bei der Einführung des Produktgruppenbudgets andere Kriterien bei der Zuordnung des Personals zu den Produktgruppen angewendet; heute scheint die Zuordnung jedoch klar zu sein.</p> <p>Fortlaufende Erhebungen und dadurch resultierende neue Erkenntnisse schliessen zukünftige Änderungen nicht aus</p>
<p>S. 149 Polizeiinspektorat Übersicht</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Gebührentarif Marktpolizei</i> Nachdem im Stadtrat lange über den neuen Gebührentarif gestritten worden ist wird er nun offenbar nicht angewandt? Welche Gebühren sind im Jahr 2004 verlangt worden und gibt es einen Gemeinderatsbeschluss darüber, dass die neuen Tarife nicht angewendet werden? Wenn ja, wie lautet die Begründung?</p>

	<p><i>Antwort:</i> Es handelt sich hier um ein Missverständnis. Selbstverständlich werden die Gebühren gemäss Gebührenreglement (neuer Gebührentarif) erhoben. Im Rahmen des Sparmassnahmenpakets 9 wurde die Erhöhung der Marktgebühren als Massnahme D 08 festgelegt. Mittels einer Hochrechnung wurden die dadurch resultierenden Mehreinnahmen auf Fr. 100 000.00 geschätzt. Aufgrund der Umstände, wie sie im Jahresbericht auf Seite 149 dargestellt werden (Wirtschaftslage, Bautätigkeiten, fehlende Nachfolgerinnen und Nachfolger mit entsprechendem Rückgang der Marktfahrenden), konnte die Vorgabe, diese Mehreinnahme zu erwirtschaften, nicht umgesetzt werden. Da bis heute und auch in naher Zukunft eine Verbesserung nicht in Aussicht ist, beantragte das Polizeinspektorat die errechneten Mehreinnahmen der Massnahme D 08 abzuschreiben.</p>
<p>DSO S. 202 PG 300200</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Drogenhilfe</i> Kennzahl 8) Um wieviele Personen handelt es sich effektiv, bzw. wieviele Mehrfachanhaltungen sind darin eingeschlossen?</p> <p><i>Antwort:</i> 1701, davon 658 Auswärtige (nicht 758, wie fälschlicherweise im Jahresbericht vermerkt).</p>
<p>S. 207/236 310 Sozialamt Übersicht</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Anpassung ESB (neue Einreihung Sozialberufe)</i> 1. Welche Berufsgruppen wurden angepasst <i>Antwort:</i> Im Sozialdienst/SoA nur die Richtfunktion der Berufsgruppe „Sozialarbeiter/in“ und damit verbunden diejenige der Sektionsleitungen.</p> <p>2. Welches sind die finanziellen Auswirkungen? <i>Antwort:</i> Im Jahr 2004 noch keine Auswirkungen, die neue Einreihung wurde erst auf den 1.1.2005 vorgenommen. Die Überführungskosten im Jahr 2005 betragen ca. Fr. 240'000 für sämtliche Neueinreihungen im Zusammenhang mit dem Einreihungsüberprüfungsprojekt ESB</p> <p>3. Wie viele Frauen haben davon profitiert? <i>Antwort:</i> Im Sozialdienst: 36 Frauen/Sozialarbeiterinnen, das sind 65% aller Angestellten mit der Ausbildung als Sozialarbeiterin.</p> <p>4. Gibt es Folgen für weitere Berufe? <i>Antwort:</i> Ja, für Berufe auch in anderen Ämtern, für Kleinkindererzieher/innen, Sozialpädagogen/innen, Betriebsleiter/innen in Kinder- und Jugendeinrichtungen und für Mandatsträger/innen im Amt EKS. Sämtliche Neueinreihungen wurden per 1. Januar 2005 vollzogen. Bei den Stellen, die lediglich um eine Lohnklasse angehoben wurden (Mehrheit der Stellen), gab es eine Frankenüberführung in die nächst höhere Lohnklasse.</p>

	<p>Sorgenkind KISS: Wie ist der Stand der Einführung (wo gibt es noch Probleme, wo ist KISS noch nicht eingeführt) und wieviel hat KISS bisher gekostet?</p> <p><i>Antwort:</i> Sowohl technisch (Programmierwerkzeuge, Betriebssystem, PC's usw.) wie auch betrieblich sind sehr viele Veränderungen erfolgt (z. B. Reorganisation Amt für Erwachsene und Kinderschutz). Auch die gesetzlichen Vorgaben erfuhren seit der Vergabe des Projekts verschiedene Anpassungen (z.B. SKOS-Berechnungsgrundlagen, Asylwesen, Statistik des Bundesamts). Der vom Stadtrat genehmigte Investitionskredit ist trotz der langen Entwicklungszeit und der vielen Veränderungen nicht überschritten worden. Von den 2,1 Mio. Fr. (inklusive der Beschaffung der ersten Hardware für die Sozialarbeitenden) wurden bisher 2,07 Mio. Fr. ausgegeben. Das Projekt steht kurz vor dem Abschluss. Anfangs Juni wird das Asylmodul eingeführt. Die definitive Abnahme erfolgt im 4.Quartal. 2005.</p> <p>Insgesamt arbeiten bereits heute mit KISS rund 200 Personen. Das Programm besteht aus den Modulen Basis, Fallführung, Sozialhilfe, Inkasso, Vormundschaft, Mündelbuchhaltung, Schnittstelle, Finanzbuchhaltung.</p>
<p>S. 209 310130</p>	<p>Fraktion GB/JA!: <i>Kita-Konzept</i> Wird das neue KITA-Konzept dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht?</p> <p><i>Antwort:</i> Das Kita-Konzept liegt seit Oktober 2004 in gedruckter Form vor. Es wird gemäss Stadtratsbeschluss 156 vom 29. April 2004 der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur zur Kenntnis gebracht und kann beim Jugendamt bezogen werden.</p>
<p>S. 212 310</p>	<p>Fraktion GB/JA!: <i>Neues Übertragungsreglement</i> Gibt es Vorarbeiten bezüglich dem neuen Übertragungsreglement für die neuen Leistungsverträge im Sozialbereich (Anstellungsbedingungen des Personals im Sozialbereich)?</p> <p><i>Antwort:</i> Zur Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 28.8.2003, wonach bis Ende 2005 grundsätzlich von den im Wirkungsbereich der ehemaligen DSO tätigen Leistungsvertragspartnerinnen der Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrags (GAV) zu - im Vergleich mit der Stadt - gleichwertigen Anstellungsbedingungen gefordert wird, und des Stadtratsbeschlusses (SRB 253) vom 5.9.2002, wonach neue Leistungsverträge für die Jahre nach 2006 dem Stadtrat bis Ende 2005 vorgelegt werden müssen, hat die BSS in Zusammenarbeit mit der FPI einen Muster-GAV erarbeitet, welcher als Grundlage für die Leistungsvertragspartnerinnen in den GAV-Verhandlungen sowie als Richtschnur der geforderten Gleichwertigkeit dient.</p>
<p>S. 226 PG 310500</p>	<p>Fraktion GB/JA!: <i>Asylkoordination</i> Stand Zielerreichung: Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende: Wird ein Ausbau dieses Angebots angestrebt und wenn ja mit welchem Zeit-</p>

	<p>plan?</p> <p><i>Antwort:</i> Das Angebot wird laufend ausgebaut. Ziel sind 30 Jahresarbeitsplätze bis Mitte 2005. Gegenwärtig werden 23 Plätze angeboten. Ein Projekt mit dem Naturschutzinspektorat wird in den nächsten Wochen mit 5 Personen starten und im Laufe des Sommers ausgebaut auf 10-15 Plätze. Das Projekt Bernmobil (Reinigungsarbeiten) befindet sich noch in der Pilotphase bis Ende Juni 2005. Die Chancen auf Weiterführung und Ausbau stehen sehr gut.</p>
<p>S. 235/236 Jugendamt Übersicht</p>	<p>Fraktion GB/JA!:</p> <p>1. Was genau versteht der Gemeinderat unter „randständigen Jugendlichen“ – ist er nicht auch der Meinung, dass dies ein ziemlich missglückter Begriff ist?</p> <p><i>Antwort:</i> Der Gemeinderat teilt die kritische Haltung zum Sprachgebrauch, deshalb ist ja die Rede von „sogenannten Randständigen“ und deshalb hat er das Zitat wie folgt formuliert: „Zu grossen Sorgen Anlass gibt die Tatsache, dass neben Erwachsenen auch immer mehr Jugendliche durch das soziale Netz zu fallen drohen, sich von der Gesellschaft verabschieden und zu sogenannten Randständigen werden.“</p> <p>2. Welches sind die Resultate der überprüften Organisation Tagesbetreuung und welche Massnahmen werden aufgrund dieser Überprüfung ergriffen?</p> <p><i>Antwort:</i> Die Organisationsüberprüfung der Tagesbetreuung von Kindern bei Tageseltern ist im Gang. Der Entscheid liegt bis Ende 2005 vor.</p>
<p>S. 236 330</p>	<p>Fraktion GB/JA!:</p> <p><i>Kinderbetreuung und neuer Tarif seit 01.03.2005</i></p> <p>Wie werden allfällige Entwicklungen bezüglich der Zusammensetzung der Eltern verfolgt und kann unterjährig interveniert werden? Gibt es von Elternseite Rückmeldungen zum neuen Tarif, wenn ja welcher Art?</p> <p><i>Antwort:</i> Die familiäre und soziale Situation der betreuten Kinder und ihrer Eltern/Bezugspersonen wird jährlich erfasst und liegt im Mehrjahresvergleich vor - desgleichen die Einkommensverhältnisse. Die Veränderungen durch die neuen Tarife infolge der Umsetzung des städtischen Tagesstättenreglements TAR; vom 29.04.04, der dazugehörigen Verordnung vom 15.12.04 und der kantonalen Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration ASIV werden aufmerksam verfolgt. Kurzfristig kann beim Tarif nicht interveniert werden, da die ASIV ab Mitte 2006 einheitliche Tarife (die von Details abgesehen den heutigen Tarifen der Stadt Bern entsprechen) für den gesamten Kanton vorgegeben wird. Die Kriterien zur Aufnahme in Kita, Tagi und Kinderhäuser – insbesondere die Aufnahme nach sozialer Dringlichkeit - sind aber durch die erwähnten städtischen Erlasse festgelegt und führen in der Praxis zu einer laufenden Intervention im verordneten Sinne.</p>

	<p>Der Gemeinderat ist beim Kanton vorstellig geworden und hat die Einführung eines zusätzlichen Geschwisterrabatts angeregt. Auf Änderungsbegehren will dieser jedoch erst nach einer 2-jährigen Versuchsphase mit der neuen Verordnung eintreten.</p> <p>Die neuen Tarife wurden im Berichtsjahr noch nicht angewendet. Sie erhöhen im Schnitt die Elternbeiträge. Tiefere Einkommen werden allerdings dabei entlastet (Ausnahme: Mindestansatz). Die Festlegung der neuen Elternbeiträge hat zu einigen Beschwerden, Kündigungen oder Reduktion der Betreuungspensen geführt.</p>
<p>S. 249 330420</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Vorschulalter/KITA</i></p> <p>Wie erfolgt die Erfassung der KundInnenzufriedenheit? Wird diese in KITAS, Tageseltern, Privat und städtisch gleich erhoben? (z.B. Steuerungsvorgabe 5)</p> <p><i>Antwort:</i></p> <p>Zur Ermittlung der Kundenzufriedenheit wird jährlich eine schriftliche Vollerhebung mit Fragebogen durchgeführt. Die Erhebung der für die Steuerungsvorgabe relevanten summarischen Zufriedenheit erfolgt für alle Betriebe und Betreuungseinrichtungen methodisch gleich. Andere Bestandteile des Fragebogens dagegen sind auf die spezifischen Bedürfnisse der Bereiche ausgerichtet. Die quantitative und qualitative Auswertung erfolgt im Jugendamt.</p>
<p>S. 250 330440</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Tageseltern</i></p> <p>Warum hat sich die Zufriedenheit bei den Tageseltern verschlechtert und was wird dagegen getan?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <p>Bei der Tagesbetreuung von Kindern bei Tageseltern ist der Auslastungsgrad gesunken. Das hängt damit zusammen, dass bei zahlreichen Teilzeitplätzen die Bedürfnisse der Betreuenden oft nur mit Mühe mit jenen der Nachfrage in Übereinstimmung gebracht werden können. Das bedingt einen grossen Koordinationsaufwand. Die Kundenzufriedenheit mag zudem dadurch beeinflusst sein, dass viele Kundinnen und Kunden die Tageseltern nur als vorübergehendes Provisorium ansehen, bis ein Kita-Platz gefunden ist. Die Organisation der Tagesbetreuung durch Tageseltern wird gegenwärtig überprüft (Siehe dazu auch die Frage/Antwort weiter oben.).</p>

<p>S. 250 330450</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>neue Plätze Tagesbetreuung</i></p> <p>Die Nettokosten pro Tag mit Fr. 77.79 sind um einiges tiefer als budgetiert und vor allem deutlich tiefer bei den bisherigen Plätzen. Wie erklärt sich dies? Gibt es einen Zusammenhang mit der Qualifikation des beschäftigten Personals (Betreuungsquote) oder der Qualität der Betreuung?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <p>Die tieferen Nettokosten sind dadurch bedingt, dass 55.5 anstatt der vorgesehenen 40 Plätze geschaffen worden sind. Einen Zusammenhang mit der Qualifikation des beschäftigten Personals oder der Betreuungsqualität gibt es nicht. Es konnten kostengünstige Plätze dank Nutzung von Synergien vor allem bei den subventionierten Kita, aber auch bei den Städtischen Kita und Tagi geschaffen werden.</p>
<p>BUI</p> <p>S. 305 PG 410100</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Kindergärten, Volks- und Sonderschulen</i></p> <p>Übergeordnete Ziele: Beim Abbau der Wartelisten versch. Angebote (insbes. Sonderschulen) besteht Handlungsbedarf. Was unternimmt die Stadt dagegen und v.a. gegen die Plafonierung des Spezialunterrichts durch den Kanton? Steht diese nicht im Widerspruch zum geplanten Integrationsartikel im Volksschulgesetz?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <p>Die Plafonierung des Spezialunterrichts durch die Erziehungsdirektion ist für die Stadt Bern tatsächlich ein gravierendes Problem. Die Fachinstanzen und Schulen melden seit Jahren die Zunahme von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen, d.h., sie müssen heilpädagogisch betreut und gefördert werden, weil sie lernbehindert, sprachbehindert oder verhaltensauffällig sind. Auf eine erste Reduktion der Lektionen im Spezialunterricht hat die Stadt Beschwerde erhoben. Aufgrund des ablehnenden Entscheids müssen auf den 1. August 2005 weitere 55 Lektionen abgebaut werden. Die Erziehungsdirektion würdigt zwar die besonderen Verhältnisse in der Stadt Bern, indem sie dieser eine Quote Spezialunterricht von 0.085 Lektionen pro Schülerin und Schüler zugesteht. Aufgrund der sinkenden Schülerinnen- und Schülerzahl will die Erziehungsdirektion aber unter Einhaltung der höheren Quote von 0.085 Lektionen auch in den kommenden Jahren Lektionen abbauen.</p> <p>Die Einführung von Art. 17 Volksschulgesetz (Integrationsartikel; VSG;) kann nur unter der Voraussetzung erfolgen, dass der Kanton zusätzliche Ressourcen bereitstellt: für die Weiterbildung, die Beratung und das Coaching der einzelnen Lehrpersonen und der Kollegien, für die spezielle Förderung integrierter Schülerinnen und Schüler, für die fachliche Vernetzung bestehender Sonderschulen mit den Regelschulen. Der sukzessive Abbau des Spezialunterrichts sendet für die Einführung von Art. 17 VSG die falschen Signale. Es ist eine wesentliche Aufgabe der Direktion BSS, beim Kanton kontinuierlich auf die nötigen Rahmenbedingungen und Ressourcen für die Einführung der integrativen Schule hinzuwirken. Sie tut dies im Verbund mit andern Städten und Gemeinden. Seitens des Kantons wird dem steigenden Druck durch Hinausschieben des Inkraftsetzungstermins für den Integrationsartikel begegnet.</p>
<p>S. 313</p>	<p>Fraktion GB/JA!</p>

<p>410240</p>	<p><i>Ferieninseln</i> Warum wird dieses Produkt mit Fr. 0.- verrechnet? Wo sind Kosten, Kennzahlen und Vorgaben erwähnt? Wie viele Ferieninseln mit wie vielen Kindern und welcher Warteliste gibt es?</p> <p><i>Antwort:</i> Das Pilotprojekt "Ferieninseln" wurde Ende 2004 abgeschlossen und ab 2005 in ein ordentliches Angebot der Stadt überführt. Im Budget 2004 - und damit auch im Jahresbericht - war das Angebot "Ferieninseln" im Produkt P410220 (Aufgabenhilfe und Horte) integriert. Ab Budget 2005 wurden die "Ferieninseln" in ein eigenständiges Produkt mit Kennzahlen überführt. Im Jahr 2004 wurden in den vier Angeboten (Sportwoche, Frühlings-, Sommer- und Herbstferien) insgesamt 328 Kinder an vier Standorten betreut. Ein Teil dieser Kinder besuchten die Ferieninseln während mehreren Ferienwochen (Belegungsdauer zwischen einem halben Tag und mehreren Wochen). Alle angemeldeten Kinder konnten aufgenommen werden. Da die Nachfrage nach wie vor stark zunimmt, mussten Anfang 2005 Anmeldungen für einzelne Tage zurückgewiesen werden.</p>
<p>S. 316 PG 410</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Tagesbetreuung: Personal ohne pädagogische Betreuung</i> Die Anzahl Personal ohne pädagogische Betreuung ist von 48 (2002), auf 87 (2003) bis 104 im Jahr 2004 gestiegen. Die Zunahme beim betreuenden Lehrpersonal war hingegen weniger stark (122, 142, 173). Wie erklärt sich diese Entwicklung? Welche Auswirkungen hat diese auf das Betreuungsverhältnis? Auf die Betreuungsqualität?</p> <p><i>Antwort:</i> Hauptgrund für die Zunahme der Betreuungspersonen ohne Lehrpatent: Schulen, welche das Tagesschulangebot neu einführen, übernehmen gemäss der Verordnung über die Tagesschulen- in der Regel das Personal der aufgelösten Horte und Mittagstische (in den Jahren 2003 und 2004 waren dies über 30 Personen). Bei späteren Vakanzten werden dann oft eher Lehrkräfte angestellt, was das Verhältnis mittel- und langfristig wieder "ausgleicht". Die altersgerechte und fachlich kompetente Betreuung ist selbstverständlich gewährleistet. Hinweis: Die Anzahl Personen allein sagt nur wenig über das Betreuungsverhältnis aus, da die jeweiligen Pensen nicht berücksichtigt sind.</p>
<p>S. 367 PG 420100</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Umweltschutz</i> Wurden auch Massnahmen zur Messung und Reduktion von Feinstaub ergriffen, wenn nein weshalb nicht bzw. sind solche geplant wie beispielsweise zusätzliche Messstellen zu der offenbar einzigen an der Brunnghalde (gem. JB Band 3, Seite 157)?</p> <p><i>Antwort:</i> Es wird an folgenden Stellen gemessen: Brunnghalde (Durchschnittsbelastung für die Stadt Bern), Eigerplatz (durch Verkehr stark belasteter Ort) und bei Brünnen, um die Auswirkungen des Baus von Westside zu überwachen.</p>

	<p>Massnahmen Aful gegen Feinstaub: Bei Bauvorhaben werden Baumaschinen und Lastwagen mit Partikelfiltern verlangt, Kontrolle der Feuerungen, Bekämpfung der illegalen Abfallverbrennung, Projekte zur Förderung der nachhaltigen Mobilität (Libero gegen Fahrausweis, 22. September). Auf Anregung des Aful werden bei Bernmobil nun auch Gasbusse evaluiert, die sowohl tiefere Feinstaub- als auch tiefere NOx-Emissionen aufweisen verglichen mit Dieselnbussen.</p>
<p>HSE</p> <p>S. 410/411 530 Tierpark</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Übersicht</i></p> <p>Wieweit hat der Gemeinderat die Diskussion über die bezüglich Bärengraben/Bärenpark eigentliche Gretchenfrage geführt, ob die Stadt Bern lebende Bären braucht oder nicht (mehr)?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <p>Dass lebende Bären zur Geschichte der Stadt Bern gehören und auch in Zukunft gehören sollen war eine Rahmenbedingung bei der Ausarbeitung des Projektes. Sofern das Projekt Bärenpark nicht realisiert werden kann, wird der Gemeinderat sich (erneut) ausgiebig mit dieser Frage beschäftigen müssen.</p>
<p>FPI</p> <p>S. 434 1600</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Übersicht</i></p> <p>Für alle Direktionen finden sich im Jahresbericht 2004 Hinweise auf Reduktion Personal, längere Nichtwiederbesetzung vakanter Stellen etc. bei meist gleichbleibender Aufgabenlast.</p> <p>Gibt es eine Übersicht über die dadurch erfolgten Einsparungen, bzw. in welcher Relation zu den auf verschiedenste Weise eingesparten Personalkosten (Stellen) steht die massive Zahl von Überstunden?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <p>Die Personalbestände (ohne Lehrkräfte) der Stadtverwaltung haben von Dezember 2003 auf Dezember 2004 um 105 Personaleinheiten zugenommen. Es kann jedoch sein, dass während dem Jahr gewisse Stellen nicht besetzt waren oder die Stellen im Rahmen des Globalbudgets für andere Dienstleistungen verschoben wurden.</p> <p>Die Auszahlungen der Überstunden haben um knappe 6% zugenommen.</p> <p>Da die Ferien- und Überstundenguthaben für den Jahresbericht das erste Mal erfasst wurden, kann kein Vergleich mit dem Vorjahr gemacht werden. Das durchschnittliche Guthaben von rund 2 Ferientagen pro Person ist gemäss dem städtischen Personalrecht, das max. 5 Tage für den Übertrag ins neue Jahr vorsieht vertretbar. Die durchschnittlich rund 2 Tage Überstunden pro Person können erst in einem Mehrjahresvergleich beurteilt werden.</p>
<p>S. 446 610 Finanzverwaltung</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Übersicht</i></p> <p>Nach welchen Kriterien sind die aufgeführten Anleihen getilgt worden (und nicht andere)?</p> <p>Woher/von wem kommt der Auftrag, für ewb 135 Mio. Franken auf dem Kapitalmarkt zu beschaffen und wie werden die dabei entstandenen Kosten verrechnet?</p>

	<p>Personalaufwand weiter gesenkt trotz hoher Gesamtbelastung: Welche Stellen sind damit gemeint bzw. wo ist die Grenze des Personalabbaus bei der Finanzverwaltung?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> a) Anleihen und Darlehen haben eine feste Laufzeit; deshalb wurden diese und nicht andere Anleihen zurückbezahlt, wovon per Saldo 125 Mio. Fr. ohne Refinanzierung (Neuaufnahme von Fremdkapital) zurückbezahlt werden konnten, was die Zinslast stark reduziert. b) ewb kann selbständig Fremdkapital beschaffen; tut ewb dies aber über die Stadt, dann können günstigere Konditionen ausgehandelt werden. ewb war denn auch Auftraggeber und bezahlt die Beschaffungs- und Zinskosten selber. Abgelöst wurden damit Darlehensschulden bei der Stadtkasse. c) Im Zuge einer Pensionierung (Fachspezialistin Tresorerie) wurden die betreffenden Aufgaben intern neu aufgeteilt und 40 Stellenprozent eingespart. Im Jahr 2005 wird dank Rationalisierungen (SAP) und Auslaufen der NSB-Teilprojektleitungsaufgabe (PGB, Jahresbericht) die Kapazität um weitere 50 % abgebaut. Damit dürfte die Grenze des Personalabbaus erreicht sein. Ohne Statistikdienste (neu PRD) hat die Finanzverwaltung aktuell noch 11,6 Stellen.
<p>S. 458 620 Liegenschafts- verwaltung</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Übersicht</i> Was ist unter „namhafter Teil von Liegenschaften“ zu verstehen?</p> <p><i>Antwort:</i> Bis Ende 2004 konnte bei ca. 80% der Liegenschaften gemäss Liegenschaftsinventar Ende 2001 zwischen den Stadtbauten Bern und dem Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik Einigkeit gefunden werden. Teilweise sind diese Liegenschaften schon übertragen, teilweise sind die entsprechenden Anträge noch bei den zuständigen Behörden in Behandlung.</p>
<p>S. 466 630 Steuerverwal- tung</p>	<p>Fraktion GB/JA! <i>Übersicht</i> Was ist unter folgender Bemerkung konkret zu verstehen: „Leitende Angestellte als Wochenaufenthalter wehren sichauf Heftigste?“ und was kann dagegen unternommen werden?</p> <p><i>Antwort:</i> Der steuerrechtliche Wohnsitz am Wochenaufenthaltsort ist erst gegeben, wenn die Person mindestens 4-5 Mal pro Woche am Arbeitsort übernachtet. Mittlerweile ist die Übernachtungszahl weit herum bekannt. Die betreffenden Personen geben dadurch in den meisten Fällen eine geringere Übernachtungszahl an, weshalb eine allfällige Steuerteilung zwischen dem Arbeitsort und dem Familienort resp. dem zivilrechtlichen Wohnort nicht möglich ist. Die Anzahl der Übernachtungen ist für die Steuerverwaltung nicht überprüfbar. Solange keine Änderung der Verhältnisse eintritt, kann die Steuerverwaltung nichts unternehmen. Sie versucht durch Hartnäckigkeit in Zusammenarbeit mit der Steuerverwaltung des Kantons Bern, Abteilung Recht und Gesetzgebung die effektiven Wohnsitzverhältnisse aufzuklären.</p>

PVT	Fraktion GB/JA!:
S. 591/592 850 Sonderrechnung Tiefbauamt Stadtentwässerung	<p>Was ist das Ziel des geplanten Konzepts „Entwässerungsplanung der Stadt Bern“?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Die generelle Entwässerungsplanung ist das wichtigste Planungs- und Führungsinstrument der Stadt für den Vollzug der gesetzlichen Gewässerschutzvorgaben und -ziele. - Sie dient der stadtweiten Koordination aller Entwässerungsplanungen und -projekte, zur Definition der erforderlichen Entwässerungsmassnahmen und zur Festlegung der Prioritäten in der Abwasserentsorgung. - Um eine effiziente Entwässerungs-, Unterhalts- und Erneuerungsplanung zu gewährleisten, müssen die im Tiefbauamt grösstenteils vorhandenen Arbeitsinstrumente besser genutzt werden. Wichtige Entscheidungsgrundlagen für die Entwässerungsplanung sind digital aufzuarbeiten. - Mit einer mittel- und langfristigen Finanzplanung wird die Basis für eine fundierte und weitsichtige Gebührenpolitik geschaffen. <p>Kennzahl 2) Notwendige Mittel für Werterhaltung Wasserbauten: Weshalb bleibt dieser Betrag von Jahr zu Jahr derselbe (215 000)?</p> <p><i>Antwort:</i> Es handelt sich um einen Durchschnittswert, der auf dem errechneten Werterhaltungsbedarf basiert.</p>

BAND 3 Statistik

Allgemeiner Teil	Fraktion GB/JA!:
S. 34 BUI	<p><i>Postulat Doris Schneider (GB) vom 2. November 2000: Koordination und Überprüfung der Tagesbetreuung von Kindern. Partizipativer Prozess</i></p> <p>Wird der Strategiebericht familienergänzende Kinderbetreuung im Schulalter (Postulat Schneider) dem Stadtrat zu Kenntnis gebracht? Wenn ja wann?</p> <p><i>Antwort:</i> Der Strategiebericht wird dem Stadtrat zu gegebener Zeit zur Kenntnis gebracht. Er kann nicht losgelöst von der Entwicklung auf kantonaler Ebene erstellt werden. Bekanntlich hat der Kanton im Mai 2005 die Verordnung über die Angebote der sozialen Integration mit 2-jähriger Verspätung beschlossen. Die Folgewirkungen für die Stadt Bern müssen nun geprüft werden. Nach der Zusammenführung der familienergänzenden Betreuungsangebote unter ein Dach wird der flächendeckende Ausbau der Tagesschulen voraussichtlich 2006 erfolgt sein, so dass dannzumal auch dessen Rückwirkung auf den Bedarf an Tagesbetreuungsplätzen eingeschätzt werden kann. Es gilt ferner, die Auswirkung der neuen Tarifordnung (Verteuerung) in die Überlegungen einzubeziehen sowie die vom Kanton im Jahr 2006 geplante Überführung der Tagesschulen als schulisches Angebot in den Verantwortungsbereich der Erziehungsdirektion.</p>

	<p>Zudem ist heute noch nicht bekannt, welche Angebote ab 1. Januar 2006 als anrechenbarer Aufwand in die Lastenverteilung nach Sozialhilfegesetz miteinbezogen werden. Die Anrechenbarkeit setzt eine förmliche Ermächtigung voraus, die auf dem Gesuchsweg einzuholen ist. Die Gesuche waren bis Ende Mai 2005 zu stellen.</p>
<p>S. 38 FPI</p>	<p>Fraktion GB/JA!: <i>Interfraktionelle Motion GB/JA!/GPB, SP/JUSO, GFL/EVP (Natalie Imboden, GB/Béatrice Stucki, SP/Anna Coninx, GFL) vom 20. Februar 2003: „Gleichstellungs-Controlling“ über die Umsetzung des Personal- und Gleichstellungskonzepts PGK</i></p> <p>Wie sieht der Stand Einführung des Personalcontrollings aus und wie wird das Parlament darüber informiert? (gemäss S. 478 Bd. 1 erfolgt Bericht zweite Hälfte 2005) und wie erfolgt die Integration der Umsetzung des Personal- und Gleichstellungscontrollings PGK?</p> <p><i>Antwort:</i> Der Gemeinderat wird nach den Sommerferien über einen ersten gesamtstädtischen Personalcontrolling-Bericht diskutieren. Der Controlling-Bericht ist als Führungsinstrument für das Exekutiv-Gremium zu verstehen. Der Stadtrat soll ebenfalls darüber orientiert werden. Im oben erwähnten Bericht wird die Wirksamkeit der getroffenen Massnahmen zur Gleichstellungsfrage gesamtstädtisch beurteilt. Zurzeit werden die Resultate auf Direktionsstufe zum PGK ermittelt. Die Resultate werden im Rahmen der Antwort zu der erwähnten Motion im Herbst aufgezeigt</p>
<p>PRD S. 73 Bauinspektorat</p>	<p>Fraktion GB/JA!: WerG: Welches sind die (ersten) Ergebnisse, der für das 2004 geplanten Stichproben-Kontrolle?</p> <p><i>Antwort:</i> Im Rahmen der ausserordentlichen Kontrollaktion im Jahr 2004 wurden ausgewählte Häuserzeilen und –gruppen in allen Stadtteilen, welche auf Grund ihrer Lage, Struktur und Architektur für eine gewerbliche Umnutzung besonders geeignet sind, nutzungsmässig überprüft. Bei 413 überprüften Liegenschaften wurden 7 nicht bewilligte Umnutzungen festgestellt, was einer Quote von 1.7% entspricht. Bei diesen Fällen wurde ein Verfahren eingeleitet. Nicht alle Übertretungen werden zwingend zu einer Rückführung der ursprünglichen Nutzung führen. Wo die gesetzlichen Fristen verjährt sind oder die Umnutzung nachträglich rechtmässig bewilligt werden kann, wird keine Wiederherstellung stattfinden.</p>
<p>DSI S. 91 GS Rechtsdienst</p>	<p>Fraktion GB/JA!: Wie sind die aufgeführten 14 bzw. 31 Beschwerden gegen Wegweisungen erledigt worden (wieviele gutgeheissen, wieviele abgelehnt)?</p> <p><i>Antwort:</i> Die 14 Beschwerden auf Stufe Kanton (Regierungsstatthalteramt und Verwaltungsgericht) wurden allesamt abgelehnt. Von den 31 durch die Direktion für Öffentliche Sicherheit erledigten Beschwerden wurden 25 abgelehnt und 3 gutgeheissen. In 3 Fällen wurde von der Stadtpolizei zu Gunsten der Beschwerde führenden Partei neu verfügt.</p>

<p>S. 100 Statistik Wegweisungen</p>	<p>Fraktion GB/JA! Weshalb haben sich die Anzeigen gegenüber 2003 verdoppelt? Wieviele betreffen Mehrfachanzeigen?</p> <p><i>Antwort:</i> Gründe können nicht genannt werden. Die Polizeipraxis hat sich auf jeden Fall nicht geändert. Mehrfachanzeigen können nicht eruiert werden, weil die Anzeigestatistik vorfall- und nicht personenbezogen geführt wird</p>
<p>S. 103 Veloparkordnung</p>	<p>Fraktion GB/JA! Wo werden die Zahlen der, gestützt auf das im 2004 eingeführte Veloparkregime konfiszierten Fahrräder bzw. verzeigten FahrradhalterInnen aufgeführt?</p> <p><i>Antwort:</i> Die Anzahl konfiszierter Fahrräder und die verzeigten FahrradhalterInnen werden nicht separat ausgewiesen. Es ist zu erwähnen, dass es höchst selten zu einer Anzeige von FahrradhalterInnen kommt, weil diese Delikte normalerweise innerhalb vom Ordnungsbussenverfahren abgewickelt werden.</p>
<p>DSO</p> <p>S. 125 Kompetenzzentrum Arbeit</p>	<p>Fraktion GB/JA! Anschlusslösungen nach Programmaustritt: Was sind die Hauptgründe dafür, dass 72% (205 Personen) keine Stelle gefunden haben und welche Massnahmen sind möglich, notwendig und geplant um diese Situation zu verbessern?</p> <p><i>Antwort:</i> Die Gründe für dieses Ergebnis sind vielfältig.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Im Vordergrund steht die Situation auf dem Arbeitsmarkt: Es gibt zu wenig Stellen. 2. Allfällige Anschlussmassnahmen an den Besuch eines „Programms zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB)“ (z.B. Sprachkurs, weitere individuelle Massnahme) werden von den Personalberatenden der RAVs verfügt. <p>Auf 2006 hat das beco die PvB inhaltlich neu konzipiert. Die Anbietenden, zu welchen nach der der öffentlichen Ausschreibung auch das Kompetenzzentrum Arbeit KA wiederum gehört, haben zukünftig einen dreifachen Auftrag zu erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Abklärung – Qualifizierung (Einsatzprogramme mit integrierter Bildung) – Integration <p>Es bleibt abzuwarten, inwiefern diese Neuausrichtung der PvB zu vermehrten Anschlusslösungen führen wird.</p>
<p>BUI</p> <p>S. 160 Lebensmittelkontrolle</p>	<p>Fraktion GB/JA! Nach welchen Kriterien werden zu prüfende Betriebe ausgewählt und wieviele zusätzliche Personalressourcen wären notwendig, um alle erforderlichen Inspektionen durchführen zu können?</p> <p><i>Antwort:</i> Das Personal der Lebensmittelkontrolle wurde auf 1.1.05. um 30 Stellen-% aufgestockt. Damit sollte es möglich sein, wieder alle Betriebe zu kontrol-</p>

	<p>lieren. In erster Priorität wurden Betriebe kontrolliert, die ein hohes Gefährdungspotential haben, also Betriebe die verderbliche Frischwaren verkaufen bzw. bearbeiten (z.B. Beizen).</p>																
<p>FPI</p> <p>S. 177/178 Sonderstellen</p>	<p>Fraktion GB/JA!:</p> <p>Warum ist der Frauenanteil bei den Sonderstellen mit 70% deutlich höher als bei den ordentlich städtischen Beschäftigten mit 36%?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <p>Das Reinigungspersonal ist aufgrund seines besonderen öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnisses ausschliesslich bei den Sonderstellen aufgeführt.</p>																
<p>S. 177/178 Vollzeit/Teilzeit</p>	<p>Fraktion GB/JA!:</p> <p>Hat der Teilzeitanteil gegenüber 2003 zu- oder abgenommen (Frauen/Männer; Kader/nicht Kader)?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <p>Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist bei 26% stagnierend. Bei den leitenden Angestellten ist die Teilzeitarbeit mit 15% unterdurchschnittlich. Die Umsetzung des Projektes SCHATZ erfolgte vor kurzem und kam 2004 noch nicht voll zum tragen. Aufgrund der hohen Belastung der leitenden Angestellten, konnte auch in diesem Bereich keine Erhöhung erreicht werden.</p>																
<p>S. 177/178 Frauenanteil</p>	<p>Fraktion GB/JA!:</p> <p>Der Frauenanteil hat bei den städtischen Angestellten von 34 auf 36% leicht zugenommen und ist bei den Sonderstellen gleich geblieben. Beim Kader hat es leichte Veränderungen bei der Kaderstufe 3 (+2%) und 1 (+3%) gegeben, während Kaderstufe 2 und 4 unverändert blieben.</p> <p>- Wie viele Anstellungen (je nach Kaderstufe 1-4) wurden 2004 neu besetzt? (Anzahl Frauen/Männer)</p> <p>- Warum konnten nicht mehr Stellen mit Frauen besetzt werden? Wurden Jobsharing oder andere frauenfreundliche Modelle für Stellenbesetzungen geprüft?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <table border="0"> <tr> <td>KS 1</td> <td>3 Stellen</td> <td>1 Frau</td> <td>2 Männer</td> </tr> <tr> <td>KS 2</td> <td>8 Stellen</td> <td>2 Frauen</td> <td>6 Männer</td> </tr> <tr> <td>KS 3</td> <td>19 Stellen</td> <td>3 Frauen</td> <td>16 Männer</td> </tr> <tr> <td>KS 4</td> <td>20 Stellen</td> <td>2 Frauen</td> <td>18 Männer</td> </tr> </table> <p>Auf allen Stufen war man bestrebt Frauen anzustellen. Zudem werden die Instrumente aus dem Projekt SCHATZ auch auf dieser Stufe angewendet und frauenfreundliche Modelle geprüft. Die Selektionsverfahren werden im Hinblick auf eine Erhöhung der Frauenanteile geführt und wenn immer möglich auch Frauen berücksichtigt. Am Schluss entscheidet jedoch, wer das Anforderungsprofil am besten abdeckt.</p>	KS 1	3 Stellen	1 Frau	2 Männer	KS 2	8 Stellen	2 Frauen	6 Männer	KS 3	19 Stellen	3 Frauen	16 Männer	KS 4	20 Stellen	2 Frauen	18 Männer
KS 1	3 Stellen	1 Frau	2 Männer														
KS 2	8 Stellen	2 Frauen	6 Männer														
KS 3	19 Stellen	3 Frauen	16 Männer														
KS 4	20 Stellen	2 Frauen	18 Männer														
<p>S. 181/182 Bezahlte Überstunden</p>	<p>Fraktion GB/JA!:</p> <p>Zuwachsrate von 7,8% bei den bezahlten Überstunden; Umfang von 3,29 Mio. Franken. Was sind die Gründe in den einzelnen Direktionen für derart viele Überstunden und wieweit gibt es einen Zusammenhang mit der Verwaltungsreform? Gibt es eine Strategie diese zu reduzieren bzw. folgt der</p>																

	<p>Gemeinderat den Vorgaben im Revisionsbericht?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <p>Die Vorgehensweise bei der Erfassung von Überstunden führt dazu, dass relativ viele Stunden ausgewiesen werden: In den Zahlen sind ausbezahlte Stunden bei Austritten, Ferien- und Gleitzeitguthaben bei Pensionierungen enthalten. Kapazitätsengpässe bei lang andauernden Krankheitsabwesenheiten, Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaube sowie Vakanzen sind ebenfalls in den Zahlen inbegriffen. Die Auszahlung statt der Kompensation von Überstunden aus Piketteinsätzen verfälscht zusätzlich die Angaben.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Den grössten Anteil an Überstunden haben Stadtpolizei, Sanitätspolizei und Feuerwehr aufgrund ihrer ausserordentlichen Einsätze: <ul style="list-style-type: none"> - Stadtpolizei und Sanitätspolizei: Unterbestände, die durch die laufenden Schulen erst gegen Jahresende aufgestockt werden konnten. Zudem fanden spezielle Anlässe wie GP Bern, Kath. Jungentreffen/Papstbesuch, Armadacup auf dem Wohlensee statt. - Verdreifachung der Überstunden bei der Feuerwehr wegen der Zunahme von mittelgrossen und Gross-Einsätzen; Die Überstunden mussten abgebaut werden, da diese nicht kompensiert werden konnten. - Bei der Direktion für Soziale Sicherheit führten Kapazitätsengpässe wegen Krankheitsausfällen, Auszahlung von Gleitzeitsalden bei Austritten und längeren Vakanzen im Jugendamt zu einer Erhöhung um rund Fr. 20'000.-. - Bei der Finanzdirektion führte die Auszahlung von Ferien und Stundenguthaben bei der Pensionierung eines leitenden Angestellten zu einer Erhöhung um Fr. 32'742.-. - Bei der Direktion für Planung, Verkehr und Tiefbau ist im Betrieb- und Unterhalt eine markante Zunahme ersichtlich, die hauptsächlich von der Auszahlung der Piketteinsätzen und angeordneten Überstunden her stammt. <p>Grundsätzlich darf festgehalten werden, dass die Überstunden sich im Rahmen eines Prozentes bewegen. Es darf nicht das Ziel sein, auch beim Personal Reservekapazitäten bereitzustellen.</p>
<p>S. 185 Nicht ausbezahlte Überstunden (Ferien, Treueprämien, Überzeit)</p>	<p>Fraktion GB/JA!:</p> <p>Was passiert mit den rund 180'000 Stunden? (nicht bezogene Ferien, Treueprämien, Überzeit) und: Handelt es sich bei dieser Statistik um Überstunden (wie im Titel) oder Überzeit (wie in der Tabelle)?</p> <p><i>Antwort:</i></p> <p>In der Regel werden die Stunden im Folgejahr abgebaut. Wie die Entwicklung im konkreten Vergleich zum Vorjahr aussieht, kann erst ab dem Jahresbericht 2005 aufgezeigt werden, wenn erste Vergleichszahlen vorliegen. Zurzeit sind keine Schlussfolgerungen möglich.</p> <p>Mit Mitarbeitenden, die hohe Ferien-/Überstunden-/Treueprämien-Saldi aufweisen, werden spezielle Abbaupläne vereinbart.</p> <p>Es handelt sich um Überstunden. Der vom Arbeitsgesetz anders verwendete Begriff der Überzeit hat sich noch nicht ganz aus der städtischen Überstunden-Terminologie verabschiedet.</p>